

Als wir dann bei der Bezirkshauptmannschaft interveniert und sie aufgefordert haben, von ihrem gesetzlichen Rechte Gebrauch zu machen und darauf Einfluß zu nehmen, daß die Wählerlisten anständig angelegt werden, hat man die Ausrede gemacht, das kann man nicht, der Krankenkasse seien die Adressen der Kassemitglieder unbekannt. Als wir dann ein Mitglied unseres Wahlkomitees zur Krankenkasse hingeschickt haben, um die Wählerliste abzuschreiben, hat man natürlich dem Betreffenden alle Schwierigkeiten in den Weg gelegt und ich habe dann selbst interveniert, und der Mann mußte stehend schreiben, man hat ihm keine Tinte gegeben und man hat alle möglichen Formen versucht, um den Mann hinauszubringen. Bei der Wahl hat sich dann folgendes ergeben: Das Statut schreibt ausdrücklich vor, daß die Stimmzettel bei der Gemeinde abzuführen sind und nicht bei der Krankenkasse. Wir haben aber festgestellt, daß Stimmzettel wieder dort abgeliefert wurden. Wir haben nun die Anzeige an die Bezirkshauptmannschaft gemacht und was geschieht? Man hat dort erklärt, daß dies bei 6 oder 7 Stimmzetteln der Fall gewesen sei, wir konnten die Richtigkeit aber nicht kontrollieren. Man hat versprochen, unserem Verlangen zu entsprechen, als wir verlangten, darauf zu sehen, daß die Wahl gesetzlich durchgeführt werde. Als wir auch auf alle sonstigen Schwierigkeiten hingewiesen haben, hat uns der Obmann H a r r i c h vom unpolitischen Wahlausschuß zur Antwort gegeben, es ist so, weil man nicht haben will, daß die Kasse sozialdemokratisch wird. Wir haben nun schon seinerzeit bei der ersten Wahl eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet, weil bei der Wahl vom 26. Jänner die Wahlfreiheit mißbraucht wurde. Die Staatsanwaltschaft, die sonst stets bereit ist, unsere Funktionäre anzugreifen, hat aber beim Direktor S o m a n n nichts gefunden, man hatte schon vorher die Untersuchung abgeschlossen, bevor noch die politische Behörde ihre Untersuchung abgeschlossen hatte. Auch dieser Beweis zeigt uns, daß man hierzulande scheinbar zuerst immer fragt, welcher politischen Richtung der Betreffende angehört, bevor man gegen ihn mit der nötigen Objektivität, wie es das Gesetz vorschreibt, vorgeht. Zu dem zweiten Wahlverfahren müssen wir ebenfalls bemerken, daß auch da wieder, unbekümmert um die Vorkommnisse, dem Rekurse keine Folge gegeben wurde, da — nachdem die Wahl zum zweitenmal ausgeschrieben ist — man wieder jene Schwindelmanöver anwendet, wie im Jahre 1923 und wiederum Leute hinaussendet, um sich leere Stimmzettel unterschreiben zu lassen, die dann mit Namen ausgefüllt werden, die der unpolitische Wahlausschuß aufgestellt hat, um die Wählerschaft der Kasse zu täuschen. Und wenn man diesen Herren das Ungeheuerliche vor Augen hält, so haben sie nicht geantwortet, sie haben nur mit den Achseln gezuckt und sind der Meinung, wenn man an der Macht ist, so ist alles erlaubt. Ich muß darauf verweisen, daß ein Teil der Kassenbeamten auf Grund dieses Wahlverfahrens — obwohl nach dem Wahlrecht die geheime Wahl vorgeschrieben ist, wodurch dieser Punkt, wo er persönlich sich unterschreiben muß, zur Farce geworden ist — auf ihr Wahlrecht Verzicht geleistet und es nicht ausgeübt haben.

Wir hoffen, daß bei diesem zweiten Rekurs, der jetzt der Bezirkshauptmannschaft überreicht worden ist — und wenn ihm nicht stattgegeben wird, so wird die Sache wiederum im Rekurswege an die Landesregierung gelangen — daß der Herr Landeshauptmann eine gründlichere Untersuchung, als bei dem ersten Fall, einleiten wird, daß man diesmal diesen Herren die Belehrung zuteil werden läßt, daß auch in diesen Fällen das Gesetz für sie zu gelten hat. Ich habe in diesem Beispiel gezeigt, wie es eben bei den einzelnen Fällen in den Gemeinden, in welchen Industrie vorhanden ist und wo eine sozialdemokratische Mehrheit ist, vorkommt, wie das, mit zweierlei Maß messen, hierzu, lande ausfieht.

Ich will mich nun einem anderen Kapitel zuwenden und das ist die Frage des Eisenbahnbaues. Es ist, bevor ich dieses Kapitel vollständig erwähne, dem Herrn Landeshauptmann sicherlich auch bekannt, daß am 1. Juli die Graz-Köflacher Bahn wahrscheinlich von Doktor W u t t e übernommen wird. Und ich habe es vermisst, daß uns der Herr Landeshauptmann in einer solchen, so sehr einschneidenden und wichtigen Frage im hohen Hause eine Erklärung unterbreitet hätte, in welcher Form die Interessen der Allgemeinheit gewahrt bleiben. Wir, die Allgemeinheit, haben ein Interesse daran. Denn wenn man uns auch heute ruhig entgegenhalten kann, daß der Dr. W u t t e die Aktienmehrheit ja schon besitzt und er in den Tarifen, die schon wiederholt, auch in der Nationalversammlung, zu Klagen Anlaß gegeben haben, selbständig ist, so ist es aber noch bedeutend wirkungsvoller, wenn nun der Betrieb ebenfalls in seine Hände übergeht und seine gewaltige Monopolstellung in der Weststeiermark stärkt. Die Glasindustrie wird ein Lied davon singen können, was es bedeutet, seitdem die Graz-Köflacher Bahn in die Hände des Dr. W u t t e übergegangen ist und es ist für uns gewiß nicht bedeutungslos, zu erfahren, wie die Interessen des Landes bei dieser Übernahme weiterhin geschützt werden können, besonders, weil ich daran erinnern möchte, daß wir im alten Österreich schon sehr üble Erfahrungen mit Privateisenbahnen gemacht haben, wo dann der Staat oder eine sonstige öffentliche Körperschaft, die das zu übernehmen gehabt hat, damals schon Millionen und Millionen Kronen an Investitionen hineinstecken mußte, um die Bahn wieder nach jenen gesetzlichen Vorschriften herzustellen, wie es notwendig war. Ich muß Sie unter andern daran erinnern, und es wäre bei der Graz-Köflacher Bahn nicht ausgeschlossen, daß dort nicht auch ein Zustand eintreten könnte, wie bei der Nordbahn im Jahre 1908, wo es dem Staate passiert ist, daß er bei der Übernahme 2000 Waggons gebrauchsunfähig vorgefunden hat, oder bei der Übernahme der alten Steg, wo es vorgekommen ist, daß man verfaulte Schwellen gefunden hat, bei denen man an den Schienen die Nägel herausziehen konnte. Es ist sehr wichtig, die Stellung des Herrn Landeshauptmannes zu wissen, weil die Frage des Personalabbaues und der Zölle mit dem innig zusammenhängt, und die Landesregierung auf das eingehendste durch die Übernahme der Graz-Köflacher Bahn in den Betrieb des Herrn W u t t e berührt wird. Zu dem Kapitel der Eisenbahn

selbst, der steirischen Landesbahnen, möchte ich noch erwähnen, daß ich dem Wunsch, den ich im vorigen Jahre geäußert habe, daß ein eigener gedruckter Vorschlag erscheinen möchte, der das steirische Eisenbahnetz, das ja fast 160 km groß ist, also nicht zu den kleinsten in Österreich gezählt werden kann, übersichtlich darstellt, der Bedeutung des Betriebes gerecht wird, damit die Mitglieder des hohen Hauses in einem solchen Bericht, und zwar nicht nur die Mitglieder des Finanzausschusses und des Eisenbahnausschusses, die Gelegenheit haben, einen solchen Betrieb wie die Landesbahnen, mit einer solchen Ausdehnung, in Bezug auf die Tarifierstellung, den Betriebskoeffizienten und auf die sonstigen Auswirkungen im wirtschaftlichen Leben überblicken zu können. Es hat uns der Herr Referent der Landesbahnen berichtet, daß es ihm gelungen sei, teilweise eine Herunterdrückung der Tarife herbeizuführen. Es ist unter andern auch eine Resolution beschlossen worden im Eisenbahnausschuß, die dahin lautet hat, daß wir wünschen, daß denjenigen Eisenbahnbauten, die bereits in Angriff genommen wurden, die Möglichkeit gegeben wird, sie auch zu vollenden, und es ist zum Ausdruck gekommen, daß beim Budget des Landes, das über 300 Milliarden Kronen aufzuweisen hat, es nicht von so einschneidender Wirkung sein kann, wenn eine bestimmte Summe Jahr für Jahr für die Eisenbahnen zur Verfügung gestellt wird. Wenn ich nun besonders auf den einen Fall hinweise, auf den steckengebliebenen Bahnbau Feldbach—Gleichenberg—Radkersburg, so ist es gewiß sehr notwendig, daß im Budget des nächsten Jahres eine solche Summe eingestellt wird, die dann von Jahr zu Jahr wiederholt werden müßte. Aber eine andere Erscheinung hat uns bei den Eisenbahnen noch etwas eigentümlicher berührt, die ich nicht dem Herrn Referenten jetzt als Schuld beimeße. Aber ich möchte im Gegenteil ihm sagen, der Herr Landesrat Winkler, der mitunter einen sehr energischen Ton anschlagen kann, möchte auch die Energie auf dieses Gebiet hinüberwenden. Es ist das die Frage der Pensionisten und noch eine Frage, in der um Aufklärung ersucht wird, weil man die Absicht hat, auch eine Verwaltungsstelle zu schaffen und das Eigentümliche zum Ausdruck kommen will, daß einer der Pensionisten, der von der Direktion als überflüssig abgebaut worden ist, in dieser Verwaltungsstelle neuerdings aufscheint. Der Herr Referent hat immer und immer wieder zugegeben, daß die Personalvertretung der freien Gewerkschaft bei den Landesbahnen sehr viel mitgewirkt hat zu einer ökonomischen Gebarung auf den Landesbahnen, und wir müssen zu unserem Staunen wahrnehmen, daß gerade die Personalvertretung der freien Gewerkschaft in einer Art und Weise angefeßt worden ist, weil man sich erlaubt hat, hier im Landtag über ein Mißverhältnis die Anfrage zu richten, wieso es kommt, daß jene Herren in Doppelbezügen bei dem allgemeinen Personalabbau vorhanden sind? Wir haben seinerzeit zwei Anfragen an den Herrn Referenten gerichtet (Winkler: „Ich werde diese auch jetzt bei der Budgetdebatte beantworten!“), und ich möchte darauf verweisen, daß, wenn auch die Personalvertretung berichtet, daß die Angelegenheit zum Teil geändert ist, daß doch draußen bei der Gleis-

dorf—Weizer Bahn und bei der Muraltalbahn noch immer jene Herren vorhanden sind, die in heftigen Angriffen es der Personalvertretung verübelt haben, daß wir hier im Landtage diese Anfrage gerichtet haben. Ich möchte betonen, daß diese Ziffern, die ich damals genannt habe, ja heute bereits weit überholt sind. Wenn ich in der damaligen Anfrage auf diese Ziffern verwiesen habe, so muß ich nebenbei bemerken, daß sich die Besoldungsverhältnisse gegenüber diesen Ziffern heute schon verschoben haben. Es ist nicht vielleicht Neid, den ich gegenüber den Beamten an den Tag legen wollte oder daß die Vertretung der freien Gewerkschaft ihnen diese Bezüge neidig wäre, aber in der Zeit des Abbaues, da muß man sich schon die Frage vorlegen, ob es gerechtfertigt erscheint, daß eine Reihe von Personen Doppelbezüge aufzuweisen haben. Diese Doppelbezüge sind nicht von geringer Bedeutung. Beispielsweise ist bei der Muraltalbahn ein Beamter namens Rogenhöfer, der als Betriebsleiter in Verwendung steht. Er soll als Oberbauführer der Bundesbahnen mit 15 Jahren pensioniert sein, soll bei der Landesbahn die Bezüge nach der Besoldungsgruppe 16 beziehen, außerdem 3 Prozent vom Reingewinn erhalten und separat noch von der Holzverwertungs-Aktiengesellschaft der Murtaler weitere Honorare bekommen. Als Aufwandsentschädigung für die Strecke bezieht er außerdem 300.000 K monatlich. Rogenhöfer soll ferner die bei der Bundesbahn zurückgelegten 15 Jahre für die zweite Pensionsberechtigung beim Lande eingerechnet erhalten, wiewohl die Anmeldung im Pensionsstatut mit Rücksicht auf die hohen Nachzahlungen mit 1. Jänner erfolgen mußte. Er bekommt nun einen Monatsbezug von der Landesbahn, an Gehalt, Ortszuschlag und Teuerungszulage von zusammen 2.490.000 Kronen und separat als Pension der Bundesbahn einen Monatsbezug von 1.200.000 K. Es ist aber heute bereits bedeutend mehr, weil die Gehalte gestiegen sind. Der zweite Herr, um den wir angefragt haben, ist der Betriebsleiter Oberinspektor Malenicher der Betriebsleitung Lokalbahn Weiz. Er wurde von der Südbahn übernommen und vom Verwaltungsrat der Landesbahn angestellt. Der Anstellung sicher, ließ sich Malenicher mit 24 Pensionsjahren bei der Südbahn pensionieren. Nun soll er als Landesbahnbeamter übernommen worden sein. Er bezieht außer seiner Pension die vollen besoldungsmäßigen Bezüge der Besoldungsgruppe 16 mit 24 Dienstjahren als definitiver Angestellter. Es kommen ihm, wie allen anderen drei Vorrückungen infolge langjähriger geleisteter Dienstzeiten zugute. Zuerst sollten dem Malenicher die 24 Dienstjahre für die Pensionierung angerechnet werden. Obzwar er gleich Rogenhöfer ab 1. Jänner 1923 dem Pensionsinstitut angemeldet wurde, war die Einbeziehung von jenen beabsichtigt. An Aufwandsentschädigung für die Strecke erhält er monatlich 260.000 K, an Monatsbezügen von Gehalt, Ortszuschlag und Teuerungszulage zusammen 2.650.000 Kronen, separat einen Pensionsbezug von der Südbahn von 1.800.000 K. Die Sache kann sich natürlich seit dieser Zeit verändert haben.

Weiters Inspektor Janota, Stationsvorstand in Weiz, 39 Jahre alt, ist unter gleichen Umständen von

der Südbahn als Oberrevident der Verwendungsgruppe 13 übernommen und angestellt worden. Er wurde mit 18 Jahren Pensionsbemessung pensioniert und bezieht alle besoldungsmäßigen Bezüge in der Verwendungsgruppe 14. Obwohl ihm von der Südbahn die volle Auswirkung der Besoldungsordnung zuteil wurde, erhielt er in seiner neuen Verwendung die Begünstigung der Gruppe 14 zuerkannt, außerdem kommen ihm auch noch drei Vorrückungen zu und er steht somit im Doppelbezug der Pensions- und Aktivitätsbezüge, und zwar hat er einen Monatsbezug von 2.080.000 K und einen monatlichen Pensionsbezug von 1.000.000 K.

Und so geht bezüglich einer ganzen Reihe von Herren, die dem Referate ja bekannt sind, die Anfrage fort.

Wieder die gleiche Anfrage wird bezüglich des Revidenten Lippert gestellt, bezüglich des Inspektors Klosser, dann noch eine weitere Anfrage bezüglich des Maschinenmeisters Van de Castel; und nun das Eigentümliche, daß gerade jene betreffenden Herren in Rückerrückmeldung an den Experten der Landesbahnen, der zumeist nach den freien Gewerkschaften die Mehrheit der Personalvertretung besitzt, damit die Anklage zu entkräften versuchen, daß man einfach spöttisch von dem Bahnmeisterinspektor spricht, als wie wenn das eine Entwürdigung für den Betreffenden bedeuten könnte, und nicht seinen stichhaltigen Behauptungen nachgegangen ist, daß es unzutreffend sei und nicht im Interesse der Landesbahnen liegen könnte, daß diese Herren in dieser Form Doppelbezüge erhalten. Vor allem müssen wir heute feststellen, daß wir schon einen eigenen Personalstand haben, daß wir daher nicht mehr darauf angewiesen sind, von draußen Kräfte anzustellen. Es ist notwendig gewesen, nachdem diese zwei Anfragen seinerzeit von uns gestellt worden sind, daß ich sie heute zur Sprache bringe. Ich kann aber auch von dieser Stelle erklären, nachdem uns Landesrat Winkler selbst niemals, wie auch der Generaldirektor eine Klage gegenüber der freigewerkschaftlichen Personalvertretung hätte begründen können, daß diese Vertretung nur im ökonomischen Interesse der Verwaltung diese Fälle aufgezeigt hat, daß wir die Angriffe der deutschen Verkehrsgewerkschaft gegen den Betreffenden entschieden zurückweisen, die meint, daß man Behauptungen dadurch entkräften kann, wenn man den Betreffenden in seiner Person heruntersetzt. Denn von Seite der Direktion muß zugestanden werden, daß er gewiß nichts anderes verfolgt hat, wie die berechtigten ökonomischen Interessen des Personals zu vertreten und sich verpflichtet gefühlt hat, diesen Zustand aber auch der Verwaltung gegenüber anzuzeigen. Ich will nun diese anderen Angriffe und besonderen Bemerkungen, die angeführt worden sind, womit man der Personalvertretung vereiteln wollte, sich mit diesen Fällen zu beschäftigen, nicht weiter herausgreifen, denn ich weiß schon aus den letzten Erklärungen, daß dem Referenten und dem Generaldirektor eindringlichst vor Augen geführt worden ist, was notwendig ist und wo die Schwächen überhaupt liegen. Es erscheint uns, und über diese Frage wird uns wohl der Herr Referent Auskunft geben können, daß gerade die Ruheständler auf der Weizer Linie sich so gehässig gegenüber der

Personalvertretung geäußert haben, eine Linie, die gerade nach dem Ertragnisausweise nicht am besten gestellt ist von allen Linien, die wir im steirischen Landeseisenbahnen aufzuweisen haben. Die Murtalbahn ist bisher als beste vom Referate bezeichnet worden. Die Weizer Linie ist bisher nicht als die beste bezeichnet worden. Wenn diese Verhältnisse jetzt besser werden, so kann uns das nur freuen. Ich habe jetzt das Kapitel der Landesbahnen nur kurz gestreift, um meinem Empfinden Ausdruck zu geben, daß wir es für notwendig halten, daß man den Eisenbahnen die Beachtung schenkt, die wir wünschen. Das ist selbstverständlich, daß bei den Eisenbahnen, einem so großen Betriebe, eine andere Beachtung Platz greifen mußte.

Ich muß aber jetzt zurückkommen auf die Vorwürfe, die hier gefallen sind, daß wir nicht sachlich unsere Beschwerden zum Ausdruck gebracht hätten, wovon ich nur einen Teil jetzt erwähnt habe. Es ist bereits gesagt worden, welche Schwierigkeiten den Bundesangestellten bereitet werden, wenn sie sich bei uns als unsere Funktionäre betätigen, weiters welchen Schwierigkeiten wir von Seite der Bundes begeben, wenn es sich um die Bemessung der Abgabenertragsanteile handelt. Ich muß noch auf das Kapitel, welches das charakteristischste ist, und zwar an jene Fälle erinnern, die uns mein Kollege Rosenwirth hier vor kurzem erzählt hat, und berichten, daß auch bei unserer Gendarmerie sich in ähnlicher Weise derselbe Fall gezeigt hat. Nach einer Inspizierung bei der Bahngendarmerie sind vor kürzerer Zeit, nachdem ich Wohnungsreferent der Gemeinde Mürzzuschlag bin, zwei Gendarmen zu mir gekommen mit der Meldung, es sei ihnen vom Gendarmeriedirektor Ragoßnig versprochen worden, daß er darauf einwirken werde, daß sie eine Wohnung erhalten, wenn sie der staatsverhaltenden Gewerkschaft der Gendarmerie beitreten. Ich darf dieses Kapitel nicht unerwähnt lassen, um zu zeigen, mit welchen Mitteln man hier einwirken möchte, um die Gendarmerie, die unserer Gewerkschaft nahesteht, zu veranlassen, sich jenen Organisationen gefügig zu zeigen, die von der Gegenseite gewünscht werden. Der Geist ist charakteristisch. Ragoßnig ist ja schon genügend gekennzeichnet worden. Bei einer Meldung, als der Gendarmerieinspektor, der Dienst hatte, ihm angezeigt hat, so viele Gendarmeriebeamte sind gestellt, hat er ihm bedeutet, bei mir gibt es keine Beamten, bei mir gibt es nur Mannschaft. Das war die seinerzeitige geistige Richtung der alten Monarchie, wo man zum Gendarmen nicht Beamter gesagt hat, sondern Soldat und Unteroffizier. Die Beeinflussung hat nun in der Weise eingeseht, und das kann im Wohnungsamte erwiesen werden, daß man jenen Gendarmen, die sich der staatsförderlichen Gendarmerie anschließen, versprochen hat, bei der Verwaltung den Einfluß dahin geltend zu machen, daß sie Wohnungen erhalten, während andere keine bekommen können. Da fragt sich die Gegenseite noch, wie es möglich ist, daß die Generaldebatte sich so in die Länge zieht. Das kann eben niemand mehr ertragen, daß hier mit zweierlei Maß gemessen wird, und wir sehen nicht ein, daß gerade die zweitstärkste Partei in diesem Lande sich das gefallen lassen soll, daß ihre Angehörigen, wie wir bei jeder Gelegenheit

beobachten können und wie ich heute schon gesagt habe, als Staatsbürger zweiten Grades behandelt und betrachtet werden, daß alle möglichen Mittel erlaubt sind gegen uns. Eines jener Mittel ist in der vorletzten Sitzung des hohen Hauses hier besprochen worden. Man mußte staunen, daß dies möglich ist, und auch der Abschwächungsversuch des Herrn Landesrates Dr. Hübler hat an der Sache nichts geändert, die uns neuerdings den Beweis geliefert hat, daß man sich alles erlauben kann, wenn es sich nur um Sozialdemokraten handelt, da wird der Mantel der christlichen Nächstenliebe über alles gebreitet (Wichl: „Christliche Nächstenliebe ist gut!“), dann gibt auch unser Herr Finanzreferent seinen Segen dazu, trotzdem die linke Seite des Hauses sich entschieden gegen diese Form verwahrt hat, und es hat uns nur gewundert, daß er nicht neuerdings zum zweitenmal seinen Händedruck verabschiedet hat. (Prisching: „Ich schaue mir die Leute an!“) Dann dürfen sich aber die Herren nicht wundern, wenn derlei Dinge zur Sprache kommen müssen, die nachgewiesenermaßen zeigen, daß man bei uns, wie wir Ihnen wiederholt klar beweisen mußten, glaubt, daß gegen uns, gegen die Parteianhänger der sozialdemokratischen Partei, wenn sie in besonderer Stellung sich befinden, alles erlaubt sei, daß man sie schonungslos vernichten kann, daß wir uns demgegenüber aber zur Wehre setzen müssen. Der Abg. Kandler, der uns heute Belehrungen gegeben hat über die Sachlichkeit, wie wir uns zum Voranschlage verhalten sollen, übersieht, daß er uns das Recht nicht nehmen kann, Dinge hier zur Sprache zu bringen, wegen der wir eben gezwungen sind, jenen Weg im Hause hier zu betreten, um vorwiegend die Mißstände der Herren drüben aufzuzeigen und zu trachten, daß diese Mängel beseitigt werden. Der Herr Abg. Kandler, der uns hier Obstruktionsabsichten vorgeworfen hat, hat aus dem ganzen Verlaufe der Debatte, der Reden, die meine Kollegen hier vorgebracht haben, nicht entnehmen können, daß hier eine mutwillige Absicht vorliege, die Verhandlungen des Hauses hinauszuschieben und aufzuhalten, sondern er kann nur das daraus entnehmen, daß eben allen jenen Debatten, die meine Vorredner geführt haben, Beschwerden zugrunde liegen sind. Abg. Kandler hat auch darauf hingewiesen, daß mein Kollege Pichler 5½ Stunden zum Reden für sich in Anspruch genommen hat, daß das eben eine ausgewachsene Obstruktion sei. Man darf doch das meinem Kollegen Pichler nicht nachtragen, wenn er hier im hohen Hause die Gelegenheit benützt hat, um auf alle jene unsinnigen Verleumdungen, die über Bruck geäußert worden sind, zu antworten. (Horarik: „Gar so unsinnig sind diese Klagen nicht!“) Herr Kollege Horarik, wenn Sie von Terror sprechen und von den Brucker Verhältnissen, so möchte ich Ihnen antworten, daß ich Ihnen ja eben hier gezeigt habe, was sich bei uns abgespielt hat. Herr Kollege Horarik, ich würde mich sehr freuen, wenn Sie die Belehrungen, die Sie uns über Terror geben, auch Ihren großdeutschen Freunden zukommen ließen. (Zwischenruf: „Dort wären sie angebracht!“) Ich meine, daß man nicht die Unternehmerngewalt mißbrauchen soll, um ein günstiges Wahleresultat herbeizuführen. Der Herr

Kollege Kandler hat sich so sehr gewundert, daß gerade von unserer Seite Ihnen Schwierigkeiten in den Weg gelegt würden und nicht die sachliche Mitarbeit geboten werde, die er im Interesse des Voranschlages so sehr erwünschen würde. Wenn wir ihm den Voranschlag beleuchtet haben und er betont hat, daß nur eine einseitige Industriebelastung herbeigeführt wird, und wenn er die Zollfrage beleuchtet hat, so müssen wir dem hohen Hause in Erinnerung rufen, daß bei unserem Voranschlag, obwohl man die Beobachtung machen kann, daß das zutrifft, die Industrie Steuern weit niedriger eingestellt werden, als sie tatsächlich waren. Ich bitte, aber uns nicht vielleicht vorhalten zu wollen, als wäre von dieser Seite nur immer von Forderungen die Rede und die Industrie zahle nichts. Die Industrie allein zahlt nichts, wenn nicht die Arbeiterschaft als schaffender Teil sich darin befindet. Wenn wir im Voranschlag sehen die Behandlung zwischen landwirtschaftlicher Bevölkerung und Industriebevölkerung, daß da ein ziemlich beträchtlicher Unterschied zutage tritt, so möchte ich gleich feststellen, daß wir, auch wenn die Abg. Witzany und Hartleb in ihren Reden behauptet haben, wir seien auf einem falschen Geleise, nicht Gegner einer gesunden Produktionspolitik sind. Wir sind sehr dafür, wenn die Landwirtschaft sich modern entfalten und ein wirkliches Erträgnis abwerfen kann. Wir haben aber das gleiche Recht, dieselbe Fürsorge, die für die landwirtschaftliche Fortentwicklung in den Schulen zutage tritt, auch für die Industriebevölkerung zu verlangen. Ich möchte auch darauf verweisen, daß uns Dr. Threr in seiner Erwiderung gesagt hat, wobei er mit der vom „Grazer Volksblatt“ angekündigten unwiderstehlichen Schneid gesprochen hat, daß er alle unsere Oppositionsredner nach der Reihe hernehmen wird, daß er aber uns auf den eigentlichen Inhalt unserer Reden, daß wir immer wieder betont haben, daß wir nicht mehr verlangen, als gleiches Recht für alle, die Antwort schuldig geblieben ist. Wenn die Herren sich verwundert die Frage vorlegen, was unsere Anklagen bedeuten sollen und das Aufzeigen der Mißstände in der Verwaltung, so können sie diese Frage sehr leicht lösen, wenn sie uns nur erklären, daß auch im Lande Steiermark gleiches Recht für alle gelten wird. Mitunter sieht man aber, wenn man die einzelnen Vorkommnisse betrachtet und wenn auch der Herr Landeshauptmann uns gegenüber einen noch so konziliananten Ton anschlägt, doch das Paschalik des Landeshauptmannes, ohne daß man seine berühmte energische Hand sieht, die Ordnung schaffen soll in den verschiedenen Zweigen. Immer wieder wird der Beweis erbracht, daß man nicht nach Recht und Gesetz fragt, sondern darnach, nach welcher politischen Richtung man den Betroffenen beurteilen muß. Auf eines muß ich noch zurückkommen, womit uns der Kollege Hübler geglaubt hat, moralisch einen Vernichtungsstoß zu versetzen. Er hat uns unsere Haltung während des Krieges in Erinnerung gerufen und hat sich bemüht, einen Leitartikel des „Arbeiterwille“ dem hohen Hause vorzulesen, um zu beweisen, daß die Sozialdemokraten, besonders der „Arbeiterwille“ in Graz, in den Augusttagen des Jahres 1914 als kriegsbegeistert erschienen seien. Alle Mitglieder

des hohen Hauses werden uns bestätigen, wenn sie den Artikel aufmerksam mitgelesen haben, daß nicht die geringste Spur von irgend einer Kriegsverherrlichung zu finden gewesen ist. Auch scheint der Herr Dr. Hübler vergessen zu haben, daß zu jener Zeit der Gewaltmethode es überhaupt keiner Zeitung möglich gewesen wäre, eine pazifistische Richtung einzunehmen, daß es überhaupt nicht möglich gewesen ist, sich nur anti-kriegsmäßig zu äußern. Man scheint vergessen zu haben, daß damals die militärische Behörde die Zeitungen gezwungen hat, sich nach ihren Wünschen zu richten. Man hat ganz einfach die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung damit begründet, daß es im Interesse des Krieges und Durchhaltens liege. Es könne keine Kritik über die Auffassung des Krieges gestattet werden. Der sittliche Ernst, der in diesem Artikel liegt, muß jedem Mitgliede des hohen Hauses gesagt haben, daß es die einzige Form war, was die Strophe *Herwegh*s zum Ausdruck bringt, daß man den Wunsch gehabt, daß es der letzte Krieg sein möge, daß man nicht den Krieg verherrlicht, sondern ihn als das größte Unglück empfunden hat. Dr. Hübler war es vorbehalten, dieses Gedicht anders aufzufassen und eine kriegsbegeisterte Zustimmung zu finden, weil wir uns damals auch gegen den Zarismus gewendet haben. Dieser war 1914 jener Hort der europäischen Reaktion, auf welchen alle Reaktionäre hoffnungsvoll ihren Blick nach Moskau und Petersburg gewendet haben, jener Staat, der die edelsten Geister seiner Nation nach Sibirien verbannt hat und mit größter Brutalität verhindert hat, daß sich gleiches Recht in Rußland entwickeln konnte. Daß wir diesen Staat mit anderen Augen betrachteten, aber vor allem seine Macht haben und nicht das russische Volk, das ist doch klar. Außerdem scheint Dr. Hübler vergessen zu haben, daß wir damals zu Beginn des Krieges über die Dokumente des 7. Juli 1914, die einwandfrei nachweisen, was sich da abgespielt hat, nicht unterrichtet gewesen sind, daß man noch keine Ahnung hatte, was sich damals im geheimen Schoße des *Stürgkh* und des *Tisza* abgespielt hat. Wir sind als Sozialdemokraten auf dem Standpunkte gestanden, die gesamten Imperialisten, ob Franzosen, Deutsche oder Italiener, alle jene, die zu dem Weltbrande beigetragen haben, bezeichnen wir als Schuldige. Und alle jene, die das Unglück gehabt haben — ich bin persönlich berührt gewesen vom 1. August 1914 bis 12. November 1918 —, an der Front draußen zu sein, haben den einen Gedanken nach Hause getragen, nicht was Dr. Hübler hier angeregt hat, daß wir das große Ereignis des Wiedererlebens des Krieges in uns feiern sollen, sondern uns ist vielmehr in Erinnerung geblieben, daß wir sagen, wenn die Nachwelt jener Opfer gedenken will, die da draußen als Opfer des Imperialismus aller Nationen gefallen sind, dann können sie ein viel besseres Wiedersehen feiern, wenn sie für die Krüppel des Krieges, für die Opfer des Krieges, jene Beträge widmen, die sie bei solchen Wiedersehensfesten aufbringen. Das wäre ein Gemeingut aller jener Menschen, die jahrelang sich in diesen Kampf und Dienst stellen mußten.

Ich möchte noch an etwas zurückerrinnern, und zwar daran, daß der Herr Landeshauptmann und auch sein geehrter Herr Stellvertreter auf ihrem Parteitage erklärt haben, daß sie die Rechte der Minderheiten schützen wollen. Da möchte ich Sie bei Ihren eigenen Worten nehmen und möchte darauf verweisen. Ich könnte noch Fälle aufzählen von Minoritäten, wo wir uns in der Minorität befinden in einigen politischen Bezirken, wie da mit der sozialdemokratischen Minorität umgesprungen wird. Wir verlangen, daß Sie dieses Versprechen, das Sie dort gegeben haben, in jenem objektiven Sinn für Gerechtigkeit und Recht auffassen. Was wir während der ganzen Zeit der Generaldebatte betont haben, ist, daß wir von der Mehrheit des hohen Hauses nicht mehr und nichts anderes verlangen, als daß wir als gleichberechtigte Bürger im Lande Steiermark behandelt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat nunmehr Herr Abg. *Leichin*.

Leichin: Hohes Haus! In diesem hohen Hause hat in den letzten Tagen in der Debatte die Frage, ob wir Sozialdemokraten für den Krieg begeistert waren und uns mit allen Mitteln für denselben einsetzten, sehr breiten Raum eingenommen. Die Herren haben versucht, dafür einen Beweis damit zu erbringen, daß sie aus dem „Arbeiterwille“ ein Gedicht und auch einen Zeitungsartikel vorgelesen haben. Es wäre vielleicht jetzt angebracht, auch aus den bürgerlichen Blättern aller Richtungen nur einiges vorzulesen. Das wäre schon deshalb notwendig, weil auf der anderen Seite des Hauses Leute sitzen, die das Christentum predigen und von den Kanzeln verkünden: Du sollst nicht töten, weil alle Menschen Kinder Gottes sind und nach seinem Ebenbilde geschaffen wurden. Unter Führung der Vertreter Gottes, der Geistlichkeit, wurde am 26. August 1917 gelegentlich einer Soldatenmesse im Grazer Dom unter Orgelbegleitung von der Mannschaft folgendes Lied gesungen (liest):

„Die Donnerworte der Geschütze
Sind Deinem Ruhm und Preis geweiht;
Der Schlachten rote Feuerblitze
Verkünden Deine Herrlichkeit!
Du bist der Herr der blut'gen Saaten,
Du bist des Siegers mächt'ger Drang,
Und aller Helden großer Taten
Send' Deiner Größe Lobgesang.“

Sie sehen, daß man nicht nur in den Zeitungen, sondern auch in der Kirche, wo man die Nächstenliebe täglich predigt, den Mord des Nächsten, den Völkermord, verherrlicht hat. Das ist nun ein Beispiel für viele. Aber auch außerhalb der Kirche haben geistliche Herren alles getan, um den Menschenmord zu fördern; haben christliche Zeitungen mit Kriegsgedichten versorgt, damit in die Bevölkerung der nötige Kriegsenthusiasmus hineinkommt. Zu ihnen gehörte der steirische Dichter Pfarrer Kernstock, der folgendes Gedicht „Den Steirern ins Stammbuch“ schrieb (liest):

„Steirische Holzer, holzt mir gut
Mit Büchsenkolben die Serbenbrut!
Steirische Jäger, trifft mir glatt

Den russischen Zottelbären aufs Blatt!

Steirische Winger, preßt mir fein

Aus Welschlands Früchten blutroten Wein!

(Bravorufe bei den Christlichsozialen. — Wallisch: „Pfui!“). Wenn Sie dieses Gedicht jetzt noch mit „Bravorufe“ begrüßen, dann zeigen Sie, daß Sie keine Christen, sondern Barbaren sind, ja selbst unter den Barbaren stehen. Uns wurde der Vorwurf gemacht, daß wir Kriegsenthusiasten gewesen waren. Dem steht die Tatsache gegenüber, daß am Tage vor dem Kriegeausbruch eine gegen uns verhetzte Masse vor dem Grazer Parteihause demonstrierte. Natürlich nicht, weil sie uns beglückwünschen wollte, weil wir für den Krieg eingetreten sind, sondern deshalb, weil wir stets gegen den Krieg waren. Es unterliegt keinem Zweifel, daß damals die Masse von einer ungeheuren Kriegspsychose erfaßt und beherrscht wurde, unter welcher auch ein großer Teil der sozialdemokratischen Arbeiter gelitten hat. Diese Kriegspsychose war auch erklärlich. Wurde doch alles getan, um diese Kriegspsychose zu erzeugen. Ich erinnere daran, daß in den bürgerlichen Zeitungen die Heße bereits im Jahre 1913 eingesetzt, um die Massen für den Krieg reif zu machen. Damals wurde im Parlament das Kriegsdienstleistungsgesetz beraten und man wußte schon, was man damit verfolgen und in den nächsten Jahren zu erwarten war. Ohne der bestimmten Kriegsabsicht wären die führenden Militärs nicht darangegangen, dieses Gesetz im Parlament einzubringen und durchzudrücken. Man war sehr gut unterrichtet und wußte, welche Zwecke die Herren damit verfolgten.

Während noch das Kriegsdienstleistungsgesetz in Vorberatung war, taten die bürgerlichen Zeitungen ohne Ausnahme das ihrige, erzeugten in der Masse der Bevölkerung die notwendige Kriegsbegeisterung. Da wurde der national Andersgesinnte als schlecht und minderwärtig hingestellt, als einer, der kulturell tiefer steht, der uns feindlich gesinnt ist. Diese Taktik war nicht neu und wurde von der nationalen Presse im Ausland genau so befolgt, wie bei uns. Wenn wir heute die Kriegsliteratur des Auslandes nachlesen, so finden wir in derselben genau dieselbe Methode, wurde auch dort mit dem Mittel der nationalen Verhetzung auf die Massen eingewirkt. Aber nicht nur, daß man den national Andersgesinnten als kulturell niedriger hinstellte, es hatte auch die ganze Kriegsheße eine sehr materielle Grundlage. Man war sich bewußt, daß die Bevölkerung diese fortwährenden Rüstungsausgaben auf die Dauer nicht ertragen können, daß auch der Staat, der seit 1908 eine passive Handelsbilanz aufwies, auf die Dauer diese Ausgaben nicht nicht tragen können, und daher unter dieser Last zusammenbrechen muß. Die letzte Rettung war der Krieg. Jetzt oder nie! Diesen Gedanken suchte man durch die Presse der Masse des Volkes aufzudrängen. Dieser Kriegsgedanke war nicht nur unter der Arbeiterschaft, sondern vor allem unter dem Bürgertume und einem großen Teile der Beamtenschaft verbreitet. Ich kann mich gut an eine Begegnung mit einem kärntnerischen Landesbeamten in Klagenfurt am Tage nach dem Kriegeausbruche erinnern, der mir enthusiastisch erklärte: „In einigen Monaten werden wir die Serben geschlagen haben und

dann wird das Wirtschaftsleben Österreichs aufblühen, unserer Arbeiter- und Beamtenschaft wird es dann bedeutend besser gehen. Aus diesem Grunde ist es notwendig, daß wir diesen Krieg führen.“ Mir blieb nichts übrig, als zu sagen: „Ich wünsche, daß sich Ihre Hoffnungen erfüllen mögen.“ Wie weit diese Hoffnungen in Erfüllung gegangen sind, wissen wir heute ja, nachdem wir alle Opfer dieses ungeheuren Weltkrieges geworden sind. Der Kriegsenthusiasmus wurde überall, auch im Auslande, mit denselben Mitteln gefördert. Wir haben uns in Österreich, wie in Deutschland sofort nach Ausbruch des Krieges gegen den Krieg gewendet. Ihnen dürfte sicher jene Erklärung bekannt sein, die im Juli 1914 von Seite unserer Parteigenossen im österreichischen Parlamente abgegeben wurde, in welcher wir die Verantwortung für den Krieg ablehnten. Dasselbe hatten auch unsere Genossen in Deutschland getan. Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat am 25. Juli 1914 folgenden Aufruf veröffentlicht:

„Die vom österreichischen Imperialismus entfesselte Kriegsfurie schickt sich an, Tod und Verderben über ganz Europa zu bringen. Verurteilen wir auch das Treiben der großserbischen Nationalisten, so fordert doch die frivole Kriegsprovokation der österreich-ungarischen Regierung den schärfsten Protest heraus. Sind doch die Forderungen dieser Regierung so brutal, wie sie in der Weltgeschichte noch nie an einem selbständigen Staat gestellt sind, und können sie doch nur darauf berechnet sein, den Krieg geradezu zu provozieren.“

Das klassenbewußte Proletariat Deutschlands erhebt im Namen der Menschlichkeit und der Kultur flammenden Protest gegen dies verbrecherische Treiben der Kriegsheßer. Es fordert gebieterisch von der deutschen Regierung, daß sie ihren Einfluß auf die österreichische Regierung zur Aufrechterhaltung des Friedens ausübt.“

Sie sehen also, daß auch unsere Parteigenossen im Deutschen Reiche, als der Krieg auszubrechen drohte, alles getan haben, um den Krieg hintanzuhalten. Erst als der Krieg in Gang gewesen ist, da hat sich ein größerer Teil der deutschen Sozialdemokratie für den Krieg eingesetzt. Sie wollten sich erst darüber Gewißheit verschaffen, ob es sich um einen Angriffskrieg handelt oder ob Deutschland der Angegriffene ist. Und wenn die ersten Kriegskredite in Deutschland mit Zustimmung der gesamten Sozialdemokraten bewilligt wurden, so ist das nur unter diesem Vorbehalte geschehen. Die sozialdemokratische Partei wollte sich erst Aufklärung verschaffen — soweit das damals möglich war — wer schuld an dem Kriege sei, was für ein Ziel damit verfolgt wird. Natürlich ist dies in einer Zeit der allgemeinen Verwirrung und gegenseitigen Abspernung nicht leicht möglich. Hatten doch alle Regierungen ein Interesse, daß nichts von den Dokumenten, die darüber Aufschluß geben könnten, in die Öffentlichkeit kommt, während jene, die veröffentlicht wurden, so gehalten waren, daß aus ihnen immer nur die Schuld der anderen ersichtlich gewesen ist. Nachdem einige Monate ins Land gegangen sind und unsere Parteigenossen in Deutschland das wahre Ziel des Krieges erkannt zu haben glaubten, hat der bedeuten-

dere Teil unserer Parteigenossen sofort gegen den Krieg Stellung genommen, was bekanntlich zur Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie in Deutschland führte. Auch wir in Österreich haben uns damals sofort auf die Seite der unabhängigen Sozialdemokraten gestellt. Wir waren niemals Anhänger jener Richtung, die von Scheidemann vertreten wurde, sondern stellten uns nach der Spaltung sofort auf die Seite jener Richtung, an deren Spitze Haase und Ledebur standen. Wenn nun Scheidemann, der eine nicht gerade schöne Rolle während des Krieges gespielt hat, einiges über den Krieg in seinem Buche „Der Zusammenbruch“ geschrieben hat, so möchte ich nur kurz erklären, daß wir mit dem Buche und seinem ganzen Inhalte nicht einverstanden sind; wie ja auch das, was er über die österreichische Sozialdemokratie geschrieben hat, nicht den Tatsachen entspricht.

Aber nicht genug, daß uns von unseren Gegnern der Vorwurf gemacht wird, daß wir für den Krieg begeistert gewesen waren, was sie mit dem Verlesen eines Artikels und eines Gedichtes, die in Wirklichkeit einen ganz anderen Sinn hatten, beweisen wollten, sind sie gleichzeitig bemüht, das Gegenteil den Arbeitern nachzusagen. Schon während der Wahl des Jahres 1922 war auf einer Reihe von Plakaten der christlichsozialen Partei zu lesen, daß die Arbeiter die Schuld am Kriege tragen, weil sie die Waffen erzeugten. Hätten die Arbeiter die Erzeugung von Waffen eingestellt, hätte der Krieg nicht so lange gedauert und die Menschheit Europas wäre von diesem Unglück verschont geblieben. Es wurde dieser Unsinn erst vor einigen Tagen hier im Landtag wieder aufgewärmt und gestern hat ein christlichsozialer Strohkopf in einer Versammlung dasselbe behauptet (Neumann: „Der Herr Landesrat Prisching in Oblarn auch!“ — Widerspruch.). Ja, Herr Landesrat Prisching, ich habe dasselbe von Ihnen in Aussée gehört, ich und mein Parteigenosse Pichler, die wir Ihnen damals im „Prater-Saal“ in Aussée entgegengetreten sind. Herr Finanzreferent, als guter Christ dürfen Sie solche Tatsachen nicht ableugnen. Aber bleiben wir bei der Sache. Wie war es während des ganzen Krieges? Ich kann eine Menge von Beweisen aus dem „Kärntner Tagblatt“ und dem „Grazzer Volksblatt“ erbringen, in denen wiederholt bei Lohnbewegungen den Arbeitern gesagt wurde: „Ihr dürft keinen höheren Lohn fordern. Schaut einmal an die Front, dort opfern sich Millionen von Arbeitern und Bauern; die opfern dort ihr ganzes Leben, kommen vielleicht siech und als Krüppel nach Hause, einzig und allein, weil sie das Vaterland schützen. Diese Millionen von Soldaten fordern keinen höheren Lohn, fordern kein besseres Los, sondern sind freudig bewegt von den Opfern, die sie dem Vaterland und der Gesamtheit bringen dürfen.“ Es wurde auch auf unsere Frauen mit allen Mitteln eingewirkt, damit sie in größerer Anzahl als Arbeiterinnen in die militärischen Gewehr- und Geschosfabriken eintreten sollen. Es wurde ihnen auf folgende Weise zugeredet: „Ihr Frauen und Mädchen, in demselben Moment, als Ihr durch höhere Lohnforderungen die Erzeugung der Waffen und Munition unmöglich macht, werdet Ihr selbst zu Mördern eurer Väter, Männer und Brüder.“ Haben Sie also

während des Krieges auf die arbeitenden Schichten auf diese Weise eingewirkt, um durchzuhalten und den Krieg erst zu ermöglichen, so haben Sie heute kein Recht, den Arbeitern daraus einen Vorwurf zu machen, weil sie unter dem Zwange der Verhältnisse Waffen und Munition erzeugten, das getan haben, wozu Ihre Presse alles mobilisierte. Man kann nur das eine oder das andere gut heißen oder das eine oder das andere verdammen und verurteilen. Aber Sie, meine Herren, beurteilen die Ereignisse nur nach Ihren jeweiligen demagogischen Bedürfnissen, um Ihr Ziel zu erreichen.

Nun erheben Sie noch eine dritte Anklage. Nicht nur, daß Sie die Arbeiter anklagen, sie waren für den Krieg, sie tragen die Schuld am Kriege, weil sie die Waffen erzeugten, klagen Sie die Arbeiter auch gleichzeitig an, daß sie es gewesen sind, die die Front von rückwärts erdolchten. Die Arbeiter haben den berühmten Dolchstoß gegen die Front geführt und damit das Unglück über das Vaterland gebracht. Wir wollen auch diese Beschuldigung prüfen, wollen prüfen, ob das richtig ist, ob diese Behauptung unserer Gegner zutrifft, die immer nur die Arbeiter beschuldigen, wobei ihnen kein Mittel zu schlecht ist. Fragen wir uns einmal, wie die militärische Lage Ende 1917 und in der Mitte des Jahres 1918 ausgesehen hat? Bei der Prüfung der militärischen Lage wollen wir uns ausschließlich der Dokumente des Hauptquartiers bedienen und nicht etwa der Äußerung irgend einer Zeitung oder einer Äußerung unseres Genossen Dr. Deutsch. Wir wollen einmal sehen, was die führenden Männer, die die ganze militärische Aktion leiteten und die als die Helden der großen Sache gegolten haben, in dieser Zeit über die Front sagten. Am 2. Dezember 1917 hatte der Berliner Berichterstatter der „Neuen Freien Presse“ in Wien im Hauptquartier bei Hindenburg und Ludendorff über die amerikanische Hilfe der Entente ein Interview, in dessen Verlauf Hindenburg sich wie folgt äußerte (liest):

„Die Reklame, mit der Amerika seine Kriegseinstellungen verbindet, ist imposant und jenes Landes würdig, das einen Barium hervorgebracht hat. Wollen wir erst einmal abwarten, ob die Leistungen ebenso imposant sein werden. Jetzt muß man sich fragen, ob denn die Amerikaner, wenn sie erst einmal über eine große Armee verfügen, nichts Gescheiteres zu tun haben werden, als ihre Soldaten sofort über den Ozean nach Europa zu schaffen, denn sie würden damit ihr eigenes Land wehrlos machen für den Fall, daß Japan plötzlich Neigung zeigen sollte, seine alte Rechnung mit Amerika ins Reine zu bringen. Eine weitere Frage ist die, wo bei dem herrschenden Tonngemangel Amerika den Schiffsraum hernehmen will, der erforderlich ist, um Hunderttausende von Soldaten über das Meer zu transportieren; und selbst wenn die Lösung dieser Frage möglich sein sollte, entsteht sofort eine neue Frage, nämlich die der fortwährenden Ernährung der amerikanischen Armee in Europa. Das amerikanische Hilfsheer ist noch in nebelhafter Ferne. Kommt es aber wirklich, so wird es an der Lage auf den europäischen Kriegsschauplatz auch nichts ändern.“

Wie das Interview zeigt, waren noch am 2. Dezember 1917 die führenden Männer der Heeresleitung, Hindenburg und Ludendorff, voller Zuversicht. Sie erklärten, daß auch die Hilfsarmee der Amerikaner an der Kriegslage nichts ändern wird und daß der Sieg noch immer den Deutschen oder wenigstens den Verbündeten sicher ist. Die telegraphische Siegeszuversicht wächst noch in den folgenden Monaten. Im Mai 1918 wird gemeldet (liest):

„Die Größe der deutschen Erfolge wird wirksam dadurch belegt, daß auf den Schlachtfeldern der Somme und in Flandern General Foch gezwungen war, den größten Teil seiner Heeresreserven zur Unterstützung der geschlagenen Engländer einzusetzen. Engländer und Franzosen haben im ganzen bereits 132 Divisionen an der von der deutschen Führung erzwungenen Front in die Schlacht geführt, die belgischen, portugiesischen und amerikanischen Truppen sind hierbei nicht mitgerechnet.“

Also große Siege auf der ganzen Linie, die auch im deutschen Reichstage verkündet wurden. So wird am 11. Juni vom Kriegsminister Stein im deutschen Reichstag folgende Darstellung über die ausgezeichnete militärische Lage in Europa gegeben (liest):

„Der sorgfältig vorbereitete Angriff des deutschen Kronprinzen gegen die französisch-englische Front am Chemin des Dames am 27. Mai hat zu einem großen Schlachterfolg geführt. Der Sieg des deutschen Kronprinzen wurde damit für die Entente die größte Niederlage des ganzen Feldzuges. Große Teile des französischen Heeres sind geschlagen; die sogenannte Fochsche Reserve besteht zur Zeit überhaupt nicht mehr. Neben den Verlusten an Menschen erlitt der Feind gewaltige Einbußen an Kriegsmaterial und Kriegsmitteln. Die hinter der geschlagenen französischen Armee im Operations- und Etappengebiet aufgestapelten unermesslichen Bestände, die großen Munitionsmassen sind ebenso wie seinerzeit die riesenhaften Vorräte des englischen Heeres in unsere Hände gefallen. Auch die Entente beginnt die Schwere ihrer Niederlage einzusehen und einzugestehen. Offen gesteht sie das Zusammenschmelzen ihrer Verbände zu und vertröstet ihre Völker auf die errettende Hilfe Amerikas. Der Glaube an die amerikanische Hilfe wird dem französischen Volk systematisch eingeimpft. Er soll sie zur weiteren Aufopferung und unnützem Blutvergießen emporpeitschen. Zum erstenmal sind amerikanische Truppen auch an der Kampffront erschienen. Allerdings erst in dem Augenblick, als wir an der Marne unseren Vormarsch eingestellt haben. Hier wurden sie, wie die französische Reserve, zu Gegenangriffen eingesetzt. Andere amerikanische Verbände stehen in ruhigen Frontabschnitten. Ihre Zahl und Stärke ist bisher weit hinter dem zurückgeblieben, was sie nach den von der Entente verbreiteten Nachrichten erwarten mußten.“

Aus dieser Darstellung ersehen Sie, daß die Front im Mai noch ungeheure Siege erfochten hat, daß Deutschland noch immer den vollen Sieg zu erwarten hat und daß die Kräfte der gegnerischen Front viel geringer sind, als die Kräfte an der eigenen Front. Auch der Kampfesmut der Soldaten, so wird wenig-

stens berichtet, ist ungebrochen und die Massen der Soldaten leisten in ihrem Aufopferungsmut Ungeheures, nehmen dem Feind all sein Kriegsmaterial weg. Unter der Annahme, daß die Schilderung des Kriegsministers von Stein den Tatsachen entsprach, ist es unverständlich, daß die Front so schnell zusammenbrach, daß in so kurzer Zeit der von rückwärts geführte Dolchstoß die ganze Front mit einem Schlage zur Auflösung brachte. Aber die Schilderung entsprach nicht den Tatsachen. Nach ganz kurzer Zeit wurde bereits über eine wesentlich andere Stimmung an der Front berichtet, womit die Öffentlichkeit auf den natürlichen Zusammenbruch der Front vorbereitet wurde. Und schon am 14. September 1918 brach die Offensive Ludendorff bereits zusammen, welcher Zusammenbruch ungeheure Folgen hatte. Der österreichische Minister Burian wendete sich nach Zusammenbruch der Ludendorfffront sofort an die kriegsführenden Staaten und bat um Frieden. Nun folgte Schlag auf Schlag. Am 26. September meldete das Wolff-Bureau bereits den Zusammenbruch der Front in Bulgarien und einige Tage später meldete auch bereits das englische Hauptquartier, daß die türkischen Armeeführer zu Friedensverhandlungen bereit seien. Jetzt erkannten auch die führenden Männer an der deutschen Front den Ernst der Situation. Auf einmal wird es ihnen heiß, sie werden ungeduldig und drängen, daß endlich Friedensverhandlungen angebahnt werden. Ebenso wurde aus dem großen Hauptquartier am 29. September nach Wien telegraphiert, daß das große Hauptquartier Friedensverhandlungen einleiten wolle. Am 1. Oktober sendet um zwei Uhr nachmittags aus dem großen Hauptquartier der kaiserliche wirkliche Legationsrat Grünau nach Berlin folgendes Telegramm (liest):

„General Ludendorff sagt mir eben in Gegenwart des Obersten Heyne und Lersner Eurer Excellenz seine dringende Bitte zu übermitteln, das Friedensangebot sofort hinausgehen zu lassen und damit nicht erst bis zur Bildung der neuen Regierung zu warten, die sich verzögern könne. Heute hielt die Truppe noch und wir seien noch in einer würdigen Lage; es könnte aber jeden Augenblick ein Durchbruch erfolgen und dann käme unser Angebot im ungünstigsten Moment. Er käme sich vor wie ein Hasardspieler und habe den Eindruck, daß man hier völlig die Nerven verloren hat und möchte glauben, daß wir schlimmsten Falles nach außen hin den Schritt mit der Haltung Bulgariens begründen können.“

Und da die Berliner Regierung dem Verlangen des General Ludendorff, Friedensverhandlungen anzubahnen, nicht sofort nachkam, so telegraphiert Hindenburg am nächsten Tag selbst (liest):

„Die oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 29. September, gestellten Forderung des sofortigen Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge des Zusammenbrechens der mazedonischen Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unserer Westreserven und infolge der Unmöglichkeit, die in den Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr, dem

Feinde den Frieden aufzuzwingen. Der Gegner seinerseits führt ständig neue, frische Reserven in die Schlacht. Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben. Gezeichnet: von Hindenburg, Generalfeldmarschall."

Was das Telegramm sagt, ist für die Lage an der Front bezeichnend. Dieselben Leute, die noch Mitte des Jahres 1918 die volle Überzeugung gehabt haben, daß sie die Front halten werden, die noch über die Massen frischer amerikanischer Reserven spotteten, sehen sich nach einigen Wochen vor die Notwendigkeit gestellt, so rasch als möglich Friedensverhandlungen herbeizuführen. Und was sagt das Telegramm sonst? Infolge des Zusammenbruches der mazedonischen Front ist es unmöglich, die Westfront noch länger zu halten und den Krieg siegreich zu beenden, obwohl das Heer noch festgefügt ist. Angesichts dieses Telegrammes ist es eine elende Demagogie, wenn Sie den Arbeitern den Vorwurf machen, daß sie die Front von rückwärts erdolcht haben und damit das Unglück über Österreich herbeiführten.

Mir fällt es nicht ein, zu erklären, daß Deutschland oder Österreich oder das Ausland die Schuld am Kriege trägt. Ich wollte nur den Beweis erbringen, daß es Verleumdungen der Arbeiter und der Sozialdemokratie sind, wenn bei den Wahlagitationen immer wieder behauptet wird, die Arbeiter haben durch ihren Dolchstoß den Zusammenbruch der Front herbeigeführt. Was den Zusammenbruch der Front herbeiführte, war der Mangel an Lebensmitteln, war der Mangel an der nötigen Munition und vor allem der Mangel an Menschenmaterial. Diese Tatsachen allein machten diesem verdammenwerten Kriege endlich ein Ende.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich die Frage aufwerfen, wer an dem Kriege schuld ist. Es läßt sich darüber heute noch kein Urteil fällen und es fällt mir auch gar nicht ein, das zu tun. Als Sozialdemokraten sind wir der Auffassung, daß die Schuld am Kriege alle europäischen kapitalistischen Staaten haben. Denn jeder kapitalistische Staat hatte das Interesse, sich zu expandieren, auszudehnen, hatte das Interesse, neue Absatzgebiete für seine Produkte zu suchen, hatte das Interesse, sich zu diesem Zwecke neue Länder untertan zu machen, um auch diese rücksichtslos und rückhaltlos ausbeuten zu können. Wir können es ruhig sagen, daß alle kapitalistischen Staaten an dem Kriege mehr oder weniger schuld sind. Da Sie uns aus demagogischem Bedürfnis als die Kriegsschuldigen bezeichnen, so will ich untersuchen, inwieweit Österreich und Deutschland an diesem unheilvollen Krieg die Schuld trägt oder dabei beigetragen haben. Man wird mir vielleicht den englischen Ausspruch: „Right or wrong, my country!“ entgegenschleudern. Aber das tut nichts. Ich glaube, daß jeder verpflichtet ist zu untersuchen, welche Schuld sein Vaterland am Ausbruche des Krieges hatte. Aus diesem Grunde möchte ich auf Grund der vorliegenden Daten kurz darlegen, wie weit nun

Österreich oder Deutschland an dem Kriege schuld ist und was diese beiden Staaten getan haben, um den Krieg zu verhindern.

Im Jahre 1899 hat die Haager Friedenskonferenz stattgefunden. Allerdings war sie vom russischen Zaren einberufen, dem dabei nicht die ehrlichsten Absichten geleitet haben mögen. Aber schließlich haben wir darnach nicht zu fragen, ob diese Friedenskonferenz ernst gemeint war oder nicht, sondern jeder, der die ungeheuren Ausgaben für die Heeresrüstungen kannte und auch wußte, daß diese Heeresrüstungen, die eine ungeheure Belastung für das Volk waren, endlich einmal ihrem Zwecke zugeführt werden müssen, der war verpflichtet, jede Gelegenheit zu benutzen, um vielleicht doch dieses Unglück, den Krieg, zu verhüten oder hintanzuhalten. Wir wissen, mit welchen Mitteln die Rüstungspolitik in allen Staaten betrieben wurde. Wir wissen, daß zum Beispiel Krupp die französischen Zeitungen befohlen hatte, damit diese auf die ungeheuren Rüstungen Deutschlands verweisen, einzig und allein zu dem Zwecke, damit auch in Frankreich das Rüstungsfieber gefördert wird und Krupp ein gutes Geschäft macht. (Zwischenrufe.) Sie brauchen nur die parlamentarischen Verhandlungen des deutschen Reichstages nachlesen und Sie werden meine Behauptung bestätigt finden. Um den großen Eisenkapitalisten die Möglichkeit zu geben, neue große Gewinne auf Kosten der Bevölkerung einzuheimsen, wurde auf diese Weise das Rüstungsfieber in Frankreich und Deutschland geschürt, wobei mit Bestechungsgeldern nicht gespart wurde, um den notwendigen patriotischen Enthusiasmus zu entfachen. Als im Jahre 1899 die Haager Friedenskonferenz stattgefunden hat, hätte man wenigstens ein reserviertes Verhalten gegenüber derselben von Seite Deutschlands oder seiner führenden Männer erwartet, wenn sie schon nicht selbst auf dieser Konferenz erschienen, um dort für den Frieden zu wirken. Statt dessen hielt Kaiser Wilhelm II. zur selben Zeit in Wiesbaden eine Rede, in der er erklärte, daß ein scharfgeschliffenes Schwert die beste Friedensgarantie sei. Wenn der führende Mann einer der größten europäischen Staaten, der in Bezug auf die Ausrüstung an der Spitze marschierte, zur selben Zeit, als in Haag die Friedenskonferenz tagte, erklärt, daß ein scharfes, geschliffenes Schwert die beste Friedensgarantie sei, so ist es selbstverständlich, daß alle übrigen Staaten, die an diesen Staat angrenzten, alles tun mußten, um sich gegen diese Friedensgarantie Kaiser Wilhelms zu wehren, das heißt, sich selbst eine solche Friedensgarantie, ein scharfes Schwert, zu schaffen. Unter solchen Umständen mußte die Haager Friedenskonferenz ohne jeden Erfolg bleiben, blieb den übrigen europäischen Staaten ebenfalls nichts anderes übrig, als frisch, fröhlich, fromm und frei darauf los zu rüsten.

Ganz besonders bezeichnend ist es für die Mentalität der Großdeutschen in diesem Hause, daß sie noch heute nach diesem ungeheuren, verheerenden Kriege, der Europa ungefähr 25 Millionen Menschen gekostet und unsere ganze Volkswirtschaft zugrunde gerichtet hat, daß sie auch heute noch erklären, daß wir wieder für unsere Wehrhaftigkeit eintreten, das heißt, daß wir alles tun müssen, um wieder in den alten Zustand

zurückzuverfallen und für einen neuen Krieg unsere Volksgenossen vorbereiten müssen. Es ist besonders charakteristisch dann, wenn ein Schulprofessor für diese Dinge Propaganda macht. Wir wissen, daß gerade während des Krieges die Professoren nicht günstig für das Volk im allgemeinen gewirkt haben. Was die Professoren auf dem Gebiete des Völkerrechtes und der Geschichtschreibung während des Krieges verbrochen und wie sie dadurch zur Verlängerung des Krieges beigetragen haben, das ist unermesslich. Nun scheint der Herr Schulprofessor in unserer Mitte hier im Landtage auf dem Standpunkte zu stehen, auf dem Kaiser Wilhelm II. am 27. Juli 1900 stand, als er einen Teil seiner Truppen, die in China den Boxeraufstand niederschlagen sollten, folgende schöne Grundsätze mit auf den Weg gab, die für die Deutschen immer ein Denkmal der Schande bleiben werden. Er sagte (liest): „Pardon wird nicht gegeben. Gefangene werden nicht gemacht. Wie vor tausend Jahren die Hunnen unter König Etzel sich einen Namen gemacht, so möge der Name Deutscher jetzt in China auf tausend Jahre in einer Weise betätigt werden, daß es niemals ein Chinese wieder wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen.“ — Sie sehen, auf welche Art deutsche Kultur von diesen deutschen Kulturträgern in die Welt hinausgetragen wurde. (W i h a n y: „Die Quelle ist nicht sehr verlässlich!“) Die Quelle ist verlässlich. Ich bitte Sie, mir nachzuweisen, daß auch nur ein Wort unrichtig ist. Ich benütze nur deshalb Kautskys Buch, weil das vierbändige, von Kautsky im Auftrage der deutschen Regierung zusammengetragene Aktenmaterial des deutschen Auswärtigen Amtes, später unverändert von den Herren Professor Schücking und Graf Montgelaß herausgegeben, in der Handhabung umständlich ist. Nur aus diesem Grunde habe ich Kautskys Buch genommen, und Sie wissen, daß Kautsky als Wissenschaftler unbefristet in der Welt dasteht. Wenn Sie auch seine theoretische Auffassung bestreiten, so können Sie nicht seinem Aktenmaterial die Echtheit und Richtigkeit abstreiten oder auch nur anzweifeln. Wir haben also gesehen, mit welchen Mitteln man versucht, deutsche Kultur nach China zu tragen.

Dieser Ausspruch steht den letzten Ereignissen in Königsberg würdig zur Seite. Vor einigen Tagen wurde in Königsberg der zweihundertste Geburtstag des Philosophen Kant gefeiert, wobei sich deutsche Studenten nicht schämten, zu erklären, sie werden die Erinnerungsfeier an die Geburt eines der größten Philosophen, nicht nur Deutschlands, sondern der Welt, stören, wenn dort etwa gewagt werden sollte, von dem Buche Kants, „Der ewige Frieden“, zu sprechen. Das ist angesichts der Folgen des Weltkrieges eine Schande für die deutsche Studentenschaft. Wir werden den ewigen Frieden, den Kant gepredigt hat, noch sicher bei unseren Kindeskindern, nicht nur in Gedanken, sondern auch wirklich durchgeführt finden. Auf die Dauer können Kulturvölker jährlich nicht neue Summen von Milliarden ausgeben, um die Kultur zu fördern, das Unterrichtswesen auszubauen, gleichzeitig aber das Schwert zu schleifen, damit wir uns in gewissen Abständen gegenseitig abmurksen. Das wäre ein Zustand, der nicht Kulturmenschen, sondern Bar-

baren würdig ist. Ich glaube, daß die Masse des deutschen Volkes nicht auf dem Standpunkte der Königsberger Studenten steht und die höchste Aufgabe in der Aufrüstung oder, wie Dr. Hübler sagt, in der Wehrhaftmachung unseres Volkes erblickt. Welcher Arbeiter, Beamte, Angestellter, welcher Kleinbauer hatte vom Kriege einen Vorteil? Selbst wenn wir als Sieger aus dem Weltkriege hervorgegangen wären, so hätte das der Masse des Volkes keinen Gewinn gebracht. Die Versprechungen, die gemacht wurden, blieben alle unerfüllt und mußten auch unerfüllt bleiben. In den anderen kriegführenden Staaten ging es der Masse genau so. Dem russischen Bauern, dem man vor dem Kriege nicht zu Boden verholzen hat, wurde gesagt: Zieh in den Krieg, in Polen, in Ostbaltien, da wirst du Boden zur Besiedlung finden. Mit diesen und so ähnlichen Versprechungen wurden die Völker in den Krieg geheißt, um in demselben ihr soziales Heil zu suchen.

Wenn wir die ganzen Dinge, die sich bis dahin zugegetragen haben, im Rahmen des geschichtlichen Geschehens betrachten, können wir nicht finden, daß irgendwo ein Friedenswille vorhanden gewesen ist. Wenn Sie das Buch des Grafen Zedlitz-Trütschler, „Zwölf Jahre am deutschen Kaiserhofe“, lesen, dann werden Sie finden, daß Herr Wilhelm bei jeder Gelegenheit seine Kriegsgedanken auf der Zungenspitze trug und mit dem Säbel rasselte, ohne Rücksicht, welcher Gesandte um ihn war. Und so war das Ausland stets sehr gut unterrichtet über die jeweilige Auffassung Kaiser Wilhelms, so konnte auch das Ausland immer entsprechend vorsorgen, um sich vor irgend welchem Überfall zu schützen. Nun fragen wir einmal ... (S ch r e d e n t h a l: „Was hat das mit dem Voranschlage zu tun?“) Ich frage, was hat das damit zu tun, was Dr. Hübler, Dr. Ahrer hier gesagt haben. Wir sind nicht da, um uns von diesen beiden Herren anklagen und jede Verdächtigung an den Kopf schleudern zu lassen. Wir sollen schweigen, damit Sie dann, wie Dr. Ahrer gesagt hat, erzählen können, die Sozialdemokraten fühlen sich kriegsschuldig, denn sie haben geschwiegen. Es hat ja gestern schon in einer Versammlung ein christlichsozialer Strohkopf gesagt, der Wallisch hat geschwiegen, weil er sich nicht zu antworten trauf. Sie sehen, daß alle diese Dinge draußen von jedem Strohkopf benützt werden, um über uns zu schimpfen und uns zu verdächtigen, deshalb legen wir Wert darauf, daß diese Dinge hier richtiggestellt werden. (W a l l i s c h: „Das schmerzt Euch, die Wahrheit geht Euch auf die Nerven!“) Wenn Sie glauben, uns anklagen zu können, dann müssen Sie auch Zeit dafür aufbringen, wenn wir diese Anklagen richtigstellen.

Fragen wir uns, was Österreich zum Kriege beigetragen hat, so setzte die systematische Kriegsvorbereitung bereits im Jahre 1908 ein. Die erste Tat war die Annexion Bosniens und der Herzegowina. Ich kann mich an eine Wählerversammlung in Kruman erinnern, in welcher Karl Hermann Wolf seinem Parteifreunde W i c h t l beistand, als ich ihm entgegentraf. Die Völker am Balkan, die wir im Interesse des Kapitalismus annektierten, hat er schlankweg als Hammeldiebe bezeichnet. Um diese Hammeldiebe in unser Vaterland hineinanzuzwingen, mußte vor allem das deutsche Volk

in Österreich große Opfer an Gut und Blut bringen. Infolge der Annexion von Bosnien und der Herzegowina war der Frieden aufs höchste bedroht, hang er an einem Faden. Die Balkanstaaten, vor allen Dingen Serbien, waren Agrarstaaten. Sie, die zum großen Teile Bauernvertreter sind, mußten für die Interessen der Bauern auch in diesen Staaten etwas wirtschaftliches Verständnis haben. Um existieren zu können, mußten diese Bauern einen Teil ihrer Erzeugnisse ausführen. Ihre Produkte nach Österreich ausführen zu können, dazu hatten vor allem die serbischen Landwirte ein Recht, nachdem Serbien gezwungen war, seinen Bedarf an Industrieprodukten aus Österreich zu beziehen. Die Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte aus Serbien wurde aber mit allen Mitteln durch den österreichisch-ungarischen Großgrundbesitz hintertrieben, da er dadurch ein Sinken der Preise fürchtete. Nach dieser dadurch geschaffenen Spannung mußte sich Serbien fragen, was Österreich mit der Annexion beabsichtigt. Serbien mußte sich durch diese Aktion bedroht fühlen. Ist das der Anfang oder das Ende? Wird bloß Bosnien und die Herzegowina in den großen Schnappack gesteckt oder werden auch wir darankommen? Diese Politik Österreich-Ungarns war ohne vorherige Zustimmung Deutschlands unmöglich. Fürst Bülow ließ auch über die Absichten Deutschlands keinen Zweifel aufkommen. In seinem Buche „Die deutsche Politik“ finden wir aufgezeigt, was damals eigentlich beabsichtigt war, wie Deutschland dachte, sich gegenüber diesen Geschehnissen zu verhalten. Fürst Bülow teilt folgendes über die damalige Haltung der deutschen Regierung in seinem Buche mit (liest):

„Ich ließ in meinen Reichstagsreden wie in meiner Weisung an unsere Vertreter im Auslande keinen Zweifel, daß Deutschland entschlossen sei, in Abwehrlage und unter allen Umständen am Bündnis mit Österreich-Ungarn festzuhalten. Das deutsche Schwert war in die Wagschale der europäischen Entscheidung geworfen worden, unmittelbar für unsere österreichisch-ungarischen Bundesgenossen, mittelbar für die Erhaltung des europäischen Friedens, und vor allem und in erster Linie für das deutsche Ansehen und die deutsche Weltstellung.“

Damals ließ bereits Bülow keinen Zweifel über die Absicht der Verbündeten und man konnte als sicher annehmen, daß die Annexion von Bosnien und der Herzegowina nicht der Schlüsselstein der österreichischen Politik war.

Im Jahre 1912 hatten die Balkanfürsten bereits den Balkanbund gebildet und im Oktober 1912 gemeinsam den Krieg gegen die Türkei erklärt, um sich an der Türkei schadlos zu halten. Nachdem der Krieg mit Erfolg für die Völker am Balkan beendet war, war es Österreich, das sofort daran ging, Serbien von neuem einen Fußtritt zu versetzen. Serbien, das, wie gesagt, ein Agrarstaat war und vor allem ein Interesse hatte, daß es seine Agrarprodukte ausführen konnte, suchte einen Zugang zur Adria, um auf diesem Wege in die Lage zu kommen, seine Agrarprodukte im Auslande absetzen zu können. Und da sich die österreichisch-ungarischen Agrarier durch dieses Bestreben Serbiens in ihren Interessen bedroht fühlten, so verhinderte die

österreichische Regierung den Zugang zum Meer und Serbien bekam an der Adria keinen Hafen. Damit rückten die Gefahren eines Krieges immer näher. Rußland, der Beschützer Serbiens, mobilisierte, was auch Österreich Anlaß zur Mobilisierung gab. In dieser sehr kritischen Zeit vermittelte England zwischen den zum Kriege bereiten Staaten, und es gelang noch einmal, den Krieg zu verhindern. Rußland gab nach und der Friede blieb auf Kosten Serbiens erhalten. Das führte zu neuen Komplikationen. Serbien, das in Jett zu erstickern drohte, einen Absatz für seine Agrarprodukte unbedingt brauchte, suchte sich in Mazedonien auf Kosten Bulgariens schadlos zu halten, wobei es in Griechenland und Rumänien Bundesgenossen fand. Nach einem kurzen erfolgreichen Feldzuge kam es am 10. August zum Frieden von Bukarest, welcher Friede der österreichischen Regierung durchaus nicht paßte. Österreich verlangte nun von Italien eine vorbeugende Defensivaktion, gegen welche Absicht aber Deutschland aus Rücksicht auf die in Rumänien herrschenden Hohenzollern Einspruch erhob. Infolge dieses Einspruches hatte Österreich sein Ziel nicht erreicht, womit es sich durchaus nicht zufrieden gab. Waren schon immer die nationalen Verfolgungen im Süden der österreichischen und ungarischen Monarchie auf der Tagesordnung, so nahmen jetzt diese Verfolgungen an Umfang zu. Die freihetlichen Bestrebungen in Kroatien und Bosnien wurden rücksichtslos niedergeknüppelt. Um hierfür das notwendige Material zu haben, wurden in der österreichischen Gesandtschaft in Belgrad die erforderlichen Papiere gefälscht. Ich erinnere nur an den Prozeß Friedjung im Jahre 1909, in dessen Verlauf die österreichische Politik aufgedeckt und vor der Welt an den Pranger gestellt wurde.

In dieser nationalen Siedehitze reiften die Dinge heran, die endlich den Krieg auslösten. Die Vorbereitungen wurden schon damals systematisch getroffen. Im Jahre 1913 wurde das Kriegsdienstleistungsgesetz geschaffen, was ein Zeichen dafür war, daß die Völker Österreichs in der nächsten Zeit einen Krieg zu erwarten hatten. In derselben Zeit tat auch Deutschland einen entscheidenden vorbereitenden Schritt. Unter der Zustimmung Deutschlands wurde im Dezember des Jahres 1913 der deutsche General Liman v. Sanders zum Oberkommandanten des ersten türkischen Armeekorps in Konstantinopel ernannt. Der Zweck dieser Ernennung konnte nur sein die Reorganisation der türkischen Armee, sie für den Krieg vorzubereiten.

Alle diese Dinge konnten den Politikern aller europäischen Staaten nicht verborgen bleiben, mußte ihnen zum Denken Anlaß geben, mußte jedem die Frage aufdrängen, was damit die beiden Verbündeten, Österreich und Deutschland, verfolgen. Gleichzeitig häuften sich die Zusammenkünfte des Thronfolgers Franz Ferdinand mit Kaiser Wilhelm II. in Konopischt. Der belgische Diplomat Baron Beyens machte sich über diese Zusammenkünfte lustig und meinte, Kaiser Wilhelm wird nach Böhmen fahren, um den Duft böhmischer Rosen einzusatmen. Im Jahre 1914 sollten nun die Manöver in Bosnien stattfinden, in jenem Lande, das erst vor fünf Jahren annektiert wurde und wo die nationale Verfolgung in der Bevölkerung ungeheure Empörung

auslöste. Bei dieser Gelegenheit muß gesagt werden, daß Österreich seit der Annexion für die kulturelle Hebung des Volkes in Bosnien und der Herzegowina gar nichts getan hat. Denn gerade dort waren die Massen der Analphabeten, dort fehlten die Schulen gänzlich. (Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Sind unsere Schulen schon schlecht, dort wurde aber schon gar nichts auf dem Gebiete des Schulwesens getan. Nun, Herr Landesrat Prisching, Sie haben ja auch nicht allzuviel übrig für die Schule. (Prisching: „120 Milliarden Kronen!“) Sie haben ja auch erklärt, dort kürzen zu müssen, wo die größten Posten an Geld ausgegeben werden. Und wir wissen ja, Herr Kollege Prisching, daß Sie in Ihrer Kurzsichtigkeit (Prisching: „Ich sehe sehr gut!“), in Ihren neuen Steuer-gesetzen eine Steuer einheben wollten, die Sie Schulabgabe betitelt haben. Es tut Ihnen sicher sehr leid, daß Sie diese Dummheit gemacht haben. Denn jetzt können Sie niemanden mehr erzählen, daß dies nur aus Liebe zur Schule geschehen ist. Wird doch jeder aus dieser Absicht sofort erkennen, daß Sie damit Ihren Haß gegen die Schule zum Ausdruck brachten.

(Präsident Regner übernimmt den Vorsitz.)

Jeder weiß, daß für die kulturelle Entwicklung in diesen annektierten Ländern nichts getan wurde. Aber es war auch jedem Politiker in Österreich bekannt, daß Bosnien ein sehr heißer nationaler Boden ist, wo es leicht zu Komplikationen kommen kann, die für ganz Europa zum Unglück werden, wenn der Thronfolger da hinunter geht und sich exponiert. Jeder, der sich seiner Verantwortung bewußt war, mußte gegen ein solches Unternehmen sein. Und es war auch so. Der Thronfolger ging zu den Manövern nach Bosnien, um denselben beizuwohnen. Und am 28. Juni, am St. Veits-tag, dem nationalen Feiertag der Serben, hielt der Thronfolger, gleichsam als Eroberer, in Sarajevo seinen glänzenden Einzug. Und wie war dieser Einzug in Sarajevo vorbereitet, welche Maßnahmen waren getroffen? Der verantwortliche Minister in Österreich hatte davon keine Kenntnis, daß der Thronfolger zu den Manövern nach Bosnien ging, wußte nichts von der Absicht, in Sarajevo einen Einzug zu halten. Am 3. Juli hat der gemeinsame Finanzminister und oberste Verwalter Bosniens Dr. v. Bilinski in einer Depesche folgende schwere Anklage erhoben, die uns zeigt, wie leichtsinnig damals diese Herrschaften gehandelt haben. Dr. Bilinski sagt in seiner Depesche (liest):

„Auch die sonstigen Gebiete der Verwaltung hätten Blößen aufgedeckt, deren Kenntnis wohl von vorneherein gegen eine Reise Erzherzog Franz Ferdinands hätte sprechen müssen. Es sei ja dem Landeschef (Feldzeugmeister Potiorek) am besten bekannt, daß das Zustandekommen und die Durchführung der Reise ausschließlich vom militärischen Gesichtspunkte zwischen dem Erzherzog und ausschließlich dem Landeschef ins Werk gesetzt wurde.“

Am allerwenigsten hätte Dr. v. Bilinski annehmen können, daß dem militärischen Programm ein nicht militärischer Besuch Sarajevos eingefügt werden sollte. Hätte Dr. v. Bilinski aus den Berichten des Lan-

deschefs Kenntnis davon gehabt, daß die Polizeiverwaltung ihrer Aufgabe durchaus nicht gewachsen sei, so wäre es offenbar ihrer beider Pflicht gewesen, die Reise unter allen Umständen zu hintertreiben.“

Aus dieser Depesche geht klar hervor, daß diese Aktion vom Thronfolger in unverantwortlicher Weise heraufbeschworen wurde, während der verantwortliche Minister, welcher die Situation auf diesem heißen, nationalen Boden kannte, davon unter allen Umständen abgeraten hätte. Das war nicht nur die Auffassung des gemeinsamen Finanzministers Bilinski. Eine ähnliche Bemerkung über die Vorbereitung des Einzuges in Sarajevo machte auch Fürst Lichnowsky, der deutsche Gesandte in England. Dieser schrieb am 16. Juli einen Brief an Bethmann-Hollweg, in dem sich eine sehr beachtenswerte Stelle über die Vorbereitung des Einzuges befindet. Dieser Teil des Briefes lautet (liest):

„Ich bin weit entfernt, für eine Preisgabe unserer Bundesgenossenschaft oder unseres Bundesgenossen einzutreten. Ich halte das Bündnis, das sich in dem Empfindungsleben beider Reiche eingelebt hat, für notwendig und schon mit Rücksicht auf die vielen in Österreich lebenden Deutschen für die natürliche Form ihrer Zugehörigkeit zu uns. Es fragt sich für mich nur, ob es sich für uns empfiehlt, unseren Genossen in einer Politik zu unterstützen, beziehungsweise eine Politik zu gewährleisten, die ich als eine abenteuerliche ansehe, da sie weder zu einer radikalen Lösung des Problems noch zu einer Vernichtung der großserbischen Bewegung führen wird. Wenn die k. u. k. Polizei und die bosnischen Landesbehörden den Thronfolger durch eine „Allee von Bombenwerfern“ geführt haben, so kann ich darin keinen genügenden Grund erblicken, damit wir den berühmten pommerschen Grenadier für die österreichische Pandurenpolitik aufs Spiel setzen; nur damit das österreichische Selbstbewußtsein gekräftigt werde, das in diesem Falle, wie die Ara Ahrenthal gezeigt hat, sich als vornehmste Aufgabe die möglichste Befreiung von der Berliner Bevormundung hinstellt.“

Sie sehen, daß die verantwortlichen Männer in Österreich und Deutschland, die sicher die politische Situation gekannt haben — und der Fürst Lichnowsky war sicher ein Mann, der auch die politische, wirtschaftliche und nationale Situation in Europa zu beurteilen in der Lage war, der gewußt hat, was sich aus dieser wahnsinnigen Politik und diesem frivolen Unternehmen des damaligen Thronfolgers ergeben wird — auch die Gefahren dieses Unternehmens erkannten. Durch das in Sarajevo erfolgte Attentat auf den Thronfolger, das wir alle verurteilen, weil jeder von uns sich sagen wird, daß wir mit solchen Mitteln weder zu einer wirtschaftlichen noch zu einer politischen Lösung der Probleme kommen, war natürlich das Glockenzeichen für den Krieg in Wien und in Berlin gegeben. Schon am 5. Juli, also zu einer Zeit, wo die Angelegenheit noch gar nicht untersucht war, wo man noch nicht gewußt hat, wer hinter diesem Attentat stand, wer der Anstifter dieses Attentats gewesen ist, also zu einer Zeit, wo man hätte abwarten müssen, bis die Untersuchung zu Ende geführt war, da schrieb bereits Franz Josef folgenden Beschluß nach Potsdam (liest):

„Das Bestreben meiner Regierung muß in Zukunft auf die Isolierung und Verkleinerung Serbiens gerichtet sein.“

Er schloß sein Handschreiben mit folgenden Worten (liest): „Auch Du wirst nach dem jüngsten, furchtbarsten Geschehnisse in Bosnien die Überzeugung haben, daß an eine Versöhnung des Gegenjases, welcher Serbien von uns trennt, nicht mehr zu denken ist, und daß die erhaltende Friedenspolitik aller europäischen Monarchen bedroht sein wird, solange dieser Herd von verbrecherischer Agitation in Belgrad ungestraft fortlebt.“

Ehe noch dieses Handschreiben in Potsdam eintraf, hatte sich Kaiser Wilhelm II. ebenfalls ohne Rücksicht auf die Folgen bereits entschieden, das Serbien niederzuwerfen sei. Sein monarchistisches Bewußtsein war durch die Schüsse von Sarajevo tief verletzt und verlangte nach Sühne. Fürst Lichnowsky war in den Tagen nach dem Attentat in Berlin. Er berichtet in seiner Schrift „Meine Londoner Mission“ über eine Unterredung mit Zimmermann, der damals den abwesenden Minister Jagow vertrat (liest):

„Aus seinen Worten ging eine unverkennbare Mißstimmung gegen Rußland hervor, das uns überall im Wege sei. Daß General v. Moltke zum Kriege drängte, wurde mir natürlich nicht gesagt. Ich erfuhr aber, daß Herr v. Tschirschky einen Verweis erhalten, weil er berichtete, er habe in Wien Serbien gegenüber zur Mäßigung geraten.“

Allerdings hätte Kaiser Wilhelm II. später gerne zum Rückzug geblasen, wo es keinen Rückzug mehr gab. Die einmal ins Rollen gebrachte Kugel, die über ganz Europa unsagbares Unheil bringen sollte, war nicht mehr aufzuhalten. Bald darauf, am 13. Juli, telegraphierte Sektionsrat v. Wiesner, der zur Überprüfung der Untersuchungsakten sofort nach Sarajevo entsendet ward, folgendes Ergebnis (liest):

„Mitwisserschaft serbischer Regierung an der Leitung des Attentates oder dessen Vorbereitung und Beistellung der Waffen durch nichts erwiesen oder auch nur zu vermuten. Es bestehen vielmehr Unhaltspunkte, dies als ausgeschlossen anzusehen.“

Sie sehen, daß jene Männer, die beauftragt wurden, die Sache zu untersuchen, zu einem andern Resultat gekommen sind. Die Ereignisse führten jetzt die führenden Männer in Wien und Berlin zu Beratungen zusammen. In Potsdam fand bereits am 5. Juli eine Besprechung statt, zu der Wilhelm II. alle führenden Militärs zu einer Besprechung der politischen Lage einlud, in der beschlossen wurde, daß besondere Maßnahmen, die geeignet wären, politisches Aufsehen zu erregen oder besondere Kosten zu verursachen, vermieden werden sollen. Die führenden Männer waren an der Arbeit, um alles vorzubereiten, um das längst gesteckte Ziel nunmehr durch einen energischen Schlag zu erreichen. Dieser in der Besprechung der führenden Militärs am 5. Juli in Potsdam gefaßte Beschluß hatte seinen Erfolg, und am 7. Juli fand bereits in Wien eine Konferenz der führenden Männer statt, in der nach langen Erörterungen folgende Erklärung zu Protokoll gegeben wurde, aus der bereits klar ersichtlich ist, was damals diese Männer planten. Der wichtigste Teil der Erklärung lautet (liest):

„Dagegen sind alle Anwesenden mit Ausnahme des königlich ungarischen Ministerpräsidenten“ — das war Graf Tisza — (liest): „der Ansicht, daß ein rein diplomatischer Erfolg, wenn er auch mit einer diplomatischen Demütigung Serbiens enden würde, wertlos wäre und daß daher solche weitgehende Forderungen an Serbien gestellt werden müßten, die eine Ablehnung voraussehen ließen, damit eine radikale Lösung im Wege militärischen Eingreifens angebahnt wurde.“

Wir sehen, die Herren, die da am 7. Juli in Wien zusammengekommen, waren mit ihrem Plan bereits fertig. Es sollten solche Forderungen an Serbien gestellt werden, die nur eine radikale Lösung, und zwar eine Lösung durch den Krieg ermöglichen. Von den österreichischen und ungarischen Ministern, die an dieser wichtigen Konferenz teilgenommen, hatte nur einer, Graf Tisza, Bedenken gegen den Krieg, die er in einem besonderen Handschreiben vom 8. Juli an den Monarchen zum Ausdruck brachte und welches Handschreiben mit folgenden, sehr bemerkenswerten Worten eingeleitet wurde (liest):

„Allergnädigster Herr! Die allerdings sehr erfreulichen Nachrichten aus Berlin, verbunden mit der sehr gerechten Entrüstung über die Vorkommnisse in Serbien haben bei allen anderen Teilnehmern der gestrigen gemeinsamen Ministerkonferenz die Absicht hervorgerufen, einen Krieg mit Serbien zu provozieren und mit diesem Erbfeinde der Monarchie endgültig abzurechnen.“

Aus diesem Handschreiben ist für jeden ersichtlich, daß hier ein Krieg in frivolster Weise angezettelt, systematisch vorbereitet und daß damit dieses ungeheure Unglück für die Menschheit der ganzen Erde heraufbeschworen wurde. Gerade diese Ausführungen von Tisza beweisen, wie unverantwortlich damals diese Gesellschaft nicht nur in Wien, sondern auch in Berlin, gehandelt hat. Man war damals schon entschlossen, die Forderungen so zu formulieren, daß eine Versöhnung ausgeschlossen und nur mehr das Schwert zu entscheiden hatte. Der deutsche Gesandte Tschirschky hatte am 8. Juli diesen Beschluß der österreichischen Ministerkonferenz, die am 7. Juli stattfand, sofort nach Berlin gemeldet und folgendes hinzugefügt (liest):

„Graf Berchtold meinte, er würde seinem Kaiser, falls sich dieser der Ansicht anschließen sollte, daß zunächst Forderungen an Serbien zu stellen seien, jedenfalls raten, die Forderungen so einzurichten, daß deren Annahme ausgeschlossen erscheine.“

Aus dieser Bemerkung Berchtolds ist klar zu sehen, daß das, was Tisza in seinem Handschreiben an Seine Majestät den Kaiser behauptete, auch geplant war. Der Krieg sollte „proviziert“ werden, weshalb solche Forderungen gestellt werden sollen, die Serbien unmöglich annehmen kann. Hier kann man nicht mehr sagen, daß ein Angriffskrieg von Seite Serbiens vorliegt, sondern jeder objektiv Denkende muß mit Tisza zugestehen, daß systematisch der Krieg inszeniert wurde. Die Randbemerkungen, die damals Kaiser Wilhelm II. dem Berichte zufügte, sind für uns außerordentlich bemerkenswert. Nicht nur, daß ihm die im Ultimatum gewährt Frist von 14 Tagen viel zu lang

erscheint, zeigt er gleichzeitig den Weg, der einzuschlagen sei, um den Krieg zu provozieren. So empfahl er eine Räumung des Sandschaks, worauf, wie er bemerkte, der große Krakeel sofort da wäre, der uns aber nicht irgendwie in Aufregung versetzen wird. Am 23. Juli wurde endlich nach langen Beratungen die Note an Serbien überreicht. Dabei ging man äußerst vorsichtig vor. Die Note sollte so überreicht werden, daß Poincaré, der damals zum Besuche des Zaren in Petersburg weilte, und vor seiner Abreise stand, von derselben nichts von der Überreichung der Note Österreichs an Serbien erfahren sollte. Es wird nach Wien telegraphiert, daß die Abfahrt Poincarés aus Petersburg für 6 Uhr abends festgesetzt wurde, und nun wird kurz vor der Abfahrt Poincarés aus Petersburg in Belgrad die Note mit den bekannten, unerfüllbaren Forderungen überreicht. Am 22. Juli wurde diese Note zur Orientierung Deutschland zugesendet und erst am 24. Juli wurde die Note den übrigen Staaten überreicht. Sicherlich geschah das mit der Absicht, den übrigen Staaten jede Möglichkeit zu Friedensvermittlungen zu nehmen. Es sollte verhindert werden, den Frieden zu erhalten, denn nur so lassen sich die Zeitdifferenzen bei der Überreichung der Note erklären. Obwohl die Antwort Serbiens auf das gestellte Ultimatum nach den Äußerungen der damals führenden Männer in Wien und Berlin außerordentlich entgegenkommend war, lehnte Österreich jede Vermittlung ab. Auch Deutschland machte keinen Versuch, Vermittlungsvorschläge zu machen, obwohl England und Rußland sich wiederholt in Vermittlungsangeboten überboten haben. Fürst Lichnowsky, der damals noch deutscher Gesandter in London war, bezeichnete die Lage treffend. Er sagte folgendes in seinem Berichte, den er nach Berlin sendete (liest):

„Es hätte natürlich nur eines Winkes von Berlin bedurft, um den Grafen Berchtold zu bestimmen, sich mit einem diplomatischen Erfolge zu begnügen und sich bei der serbischen Antwort zu beruhigen. Dieser Wink ist aber nicht ergangen. Im Gegenteil, es wurde zum Kriege gedrängt. Es wäre ein zu schöner Erfolg gewesen! Der Eindruck befestigte sich immer mehr, daß wir den Krieg unter allen Umständen wollten. Anders war unsere Haltung in einer Frage, die uns doch direkt gar nichts anging, nicht zu verstehen. Die inständigen Bitten und bestimmten Erklärungen des Herrn Cassanow, später die geradezu demütigen Telegramme des Zaren, die wiederholten Vorschläge Sir Edwards, die Warnungen des Marquis San Giuliano und des Herrn Bollati, meine drängenden Ratschläge, alles nützte nichts, in Berlin blieb man dabei: Serbien muß massakriert werden.“

Selbst die Einflußnahme des Fürsten Lichnowsky, der doch als Gesandter in allen europäischen Staaten die wirtschaftlichen und die politischen Verhältnisse kannte, konnten an der einmal gefaßten Auffassung nichts ändern. Der Krieg war einmal beschlossen und deshalb mußte er auch auf alle Fälle durchgeführt werden. Kaiser Wilhelm war dagegen über die geschaffene Situation sehr erfreut. Das zeigen seine Bemerkungen zu einem Telegramm des deutschen Ge-

sandten in Belgrad vom 24. Juli, welches von ihm am 25. Juli gelesen wurde. Es heißt da (liest):

„Der energische Ton und die präzisen Forderungen der österreichischen Note sind der serbischen Regierung vollständig unerwartet gekommen.“ Kaiser Wilhelm machte dazu folgende Bemerkung: „Bravo! Man hat es den Wienern nicht mehr zugeutraut!“ Das Telegramm fährt fort: „Seit heute früh tagt der Ministerrat unter dem Vorsitz des Kronprinzenregenten.“ Kaiser Wilhelm bemerkte hiezu: „Es scheint, Seine Majestät haben sich gedrückt!“ Nach dem Zusammenbruche scheint sich auch Kaiser Wilhelm gedrückt zu haben, um sich das Davongejagtwerden zu ersparen.

Das Telegramm sagt weiter (liest):

„Der Ministerrat kann aber zu keinem Entschlusse kommen.“ Die Bemerkung des Kaisers: „Wie hohl zeigt sich der ganze sogenannte serbische Großstaat. So ist es mit allen slawischen Staaten beschaffen, nur feste auf die Füße des Gefindels getreten.“

Auch mit dieser Bemerkung: „Feste auf die Füße des Gefindels getreten“ ist die Lage gekennzeichnet, die damals bestand. Und was aus dem „feste auf die Füße des Gefindels treten“ geworden ist, daß wissen wir: Die Vernichtung der europäischen Kultur und Wirtschaft.

England und Rußland unternahmen damals wiederholt Versuche, Vermittlungen anzubahnen, um den Krieg zu vermeiden. So äußert sich am 27. Juli Bethmann-Hollweg in einem Telegramm an Tschirsky, in dem er Greys Vermittlungsvorschläge mitteilt, wie folgt (liest):

„Nachdem wir bereits einen englischen Konferenzvorschlag abgelehnt haben, ist es uns unmöglich, auch diese englische Anregung a limine abzuweisen. Durch eine Ablehnung jeder Vermittlungsaktion würden wir von der ganzen Welt für die Konflagration verantwortlich gemacht und als die eigentlichen Treiber zum Kriege hingestellt werden. Das würde auch unsere eigene Stellung im Lande unmöglich machen, wo wir als die zum Kriege Gezwungenen dastehen müssen.“

Hier sehen Sie, wie das Volk getäuscht wird, das Volk muß erkennen, daß wir zum Kriege gezwungen worden sind, damit die Stellung des Monarchen, sein Wille zum Kriege, eine nachhaltige Resonanz in der Bevölkerung, den Opferwillen und die Hingabe an das Vaterland findet. — „Unsere Situation ist umso schwieriger, als Serbien scheinbar sehr weit nachgegeben hat. Wir können daher die Rolle des Vermittlers nicht abweisen und müssen den englischen Vorschlag dem Wiener Kabinett zur Erwägung unterbreiten, zumal London und Paris fortgesetzt auf Petersburg einwirken. Er bitte Grafen Berchtolds Ansicht über die englische Anregung, ebenso wie über Wunsch Herrn Cassanows mit Wien direkt zu verhandeln.“

Aus dem Telegramm des deutschen Ministerpräsidenten ist zu ersehen, daß es eine Lüge ist, wenn von Seite der österreichischen oder deutschen Regierung behauptet wurde, daß das Ausland gar nicht die Absicht zeigte, sich in eine Friedensvermittlung einzulassen. Dagegen müssen wir wahrnehmen, daß vom feindlichen Auslande alles unternommen wurde, um den Krieg

zu vermeiden, während Österreich und Deutschland jede Verhandlung systematisch hintertrieben. Im Auslande merkte man, daß Österreich und Deutschland den Krieg wollte. Aus diesem Grunde wurde alles ausgebaut, um ihn zu verhindern. Am 29. Juli wendet sich der Zar hilfesuchend an Kaiser Wilhelm II. Er telegraphiert:

„An Seine Majestät dem Kaiser!

Ich bin froh, daß Du zurück bist. In diesem so ernsten Augenblick bitte ich Dich inständig, mir zu helfen. Ein unwürdiger Krieg ist an ein schwaches Land erklärt worden. Die Entrüstung darüber, die ich völlig teile, ist in Rußland ungeheuer. Ich sehe voraus, daß sehr bald der über mich gebrachte Druck mich überwältigen wird und ich gezwungen sein werde, weitgehende Maßregeln zu treffen, die zum Kriege führen werden. Um zu versuchen, ein solches Unheil, wie ein europäischer Krieg, abzuwenden, bitte ich Dich im Namen unserer alten Freundschaft, zu tun, was Du kannst, um Deinen Bundesgenossen zu hindern, zu weit zu gehen.“

Zwar hat Wilhelm, nachdem er die Antwort Serbiens auf das Ultimatum kennengelernt hat, selbst erklärt, zum Kriege gegen Serbien liege keine Veranlassung mehr vor, dennoch tat er nichts, um denselben zu verhindern. In dieser Situation begannen die führenden Militärs zu drängen, damit ihnen nicht noch im letzten Augenblick die Kriegsmöglichkeit genommen wird. Konrad von Hötzendorf, Österreichs führender Mann, der über alle Vorgänge sicher sehr gut unterrichtet war, sagt im vierten Band seiner Denkwürdigkeiten: „... es schien damals, als ob Kaiser Wilhelm an den Rückzug dachte und die Stimmung in Berlin wegen des Ausspringens Italiens umgeschlagen habe.“ Aber es kam bald darauf ein Telegramm des österreichischen Vosschalters aus Berlin, durch das die Besorgnisse der österreichischen Kriegstreiber „über Deutschlands Haltung“ zerstreut wurden. Außerdem telegraphierte der österreichisch-ungarische Militärattaché in Berlin nach Wien (liest):

„Moltke sagte, daß er Lage kritisch beurteile, wenn die österreichisch-ungarische Monarchie nicht sofort gegen Rußland mobilisiert. Durch abgegebene Erklärung Rußlands über angeordnete Mobilisierung Notwendigkeit von Gegenmaßregeln durch Österreich-Ungarn gegeben, was auch in öffentlicher Begründung anzuführen wäre. Dadurch wäre Bündnisfall für Deutschland gegeben. Mit Italien ehrlichen Ausgleich unter der Zusicherung von Kompensationen bewirken, damit Italien aktiv beim Dreibund bleibt, ja keinen Mann an italienischer Grenze lassen. Von England erneuert eingebrachten Schritt zur Erhaltung des Friedens ablehnen. Für Österreich-Ungarn zur Erhaltung Durchhalten des europäischen Krieges letztes Mittel. Deutschland geht unbedingt mit.“

Jeder dieser führenden Staatsmänner, soweit er auf die damalige Lage zu sprechen kommt und uns heute in seinen Erinnerungen oder Denkwürdigkeiten darüber Mitteilungen macht, bezeugt, daß der Weltkrieg von Seiten Österreichs und Deutschlands zielbewußt in die Wege geleitet und alles hintertrieben wurde, was darauf abspielte, den Frieden zu erhalten. Aus den angeführten Dokumenten ist auch ersichtlich, daß es

nicht richtig ist, wenn behauptet wird, die übrigen Staaten hätten nichts getan, um für den Frieden zu wirken. Selbst der Zar setzte sich für die Erhaltung des Friedens ein, bat Kaiser Wilhelm, der gerade von seiner Nordlandreise zurückkehrte, er möge alles tun, um Verhandlungen anzubahnen, damit es nicht zu diesem unheilvollen Kriege komme.

Aus allen den verschiedenen Telegrammen und Briefen der damals führenden Männer ersehen wir, daß es nicht richtig ist, daß wir die Angegriffenen gewesen sind, sondern wir waren, wie Tisza in seinem Handschreiben sagt, in diesem Falle die Provokateure des Krieges. Für diese Tatsache will ich noch Kaiser Wilhelm II. anführen, der am 28. Juli an Bethmann-Hollweg einen Brief schrieb, in welchem es heißt (liest):

„Eure Erzellenz! Nach Durchlesung der serbischen Antwort, die ich heute morgens erhielt, bin ich der Überzeugung, daß im großen und ganzen die Wünsche der Donaumonarchie erfüllt sind. Die paar Reserven, welche Serbien zu einzelnen Punkten macht, können durch Verhandlungen wohl geklärt werden. Aber die Kapitulation, demütigster Art, liegt darin orbi et urbi verkündet und durch die entfällt jeder Grund zum Kriege.“

Damit glaube ich, soweit es mir möglich war, den Herren den Nachweis geliefert zu haben, nicht aus Redensarten, sondern aus Schriften der führenden Männer, daß der Krieg, ohne daß wir angegriffen wurden, zielbewußt von langer Hand vorbereitet wurde, weil das im Interesse der Monarchie lag, die zu zerfallen drohte, und vor allem im Interesse des österreichisch-deutschen Kapitals gelegen war, das nach Expansion strebte.

Nun kommen wir zu einer anderen Sache. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer hat während seiner Rede in einer etwas präpotenten Weise gemeint, daß er einen nach dem andern vornehmen werde, wie das so ein alter Schulmeister auf dem Lande seinen Schülern gegenüber sagt. Ich hätte schon erwartet, daß Dr. Ahrer bei seinem Kulturgrade, den er doch als akademisch gebildeter Mann erworben hat, hier im Landtage eine etwas andere Sprache führt; zeigt doch diese Art des Auftretens nicht, daß dieser Herr seine politische Tätigkeit ernst nimmt. Wäre dies der Fall und würde er der Tätigkeit des Landtages nur etwas Achtung entgegenbringen, wäre diese Sprache gegenüber anderen Abgeordneten nicht möglich. Ich glaube, wir haben ein Recht darauf, uns diese Art hier im Hause zu sprechen, zu verbieten. (Rufe: „Sehr richtig!“) Ich glaube, daß irgendwo draußen bei der Studentenschaft Dr. Ahrer so reden kann, seinen Fuchsen gegenüber eine solche Art der Sprache führen kann, aber hier im Landtage müssen wir uns diese Art verbieten, weil es geradezu unwürdig wäre, wenn wir uns das gefallen ließen.

Wir haben alle Ursache, der gegenwärtigen Landesregierung gegenüber außerordentlich mißtrauisch zu sein. (Riemelmoser: „Was sagt der Pongraz dazu?“) Das geht Sie nichts an, Herr Schulmeister. Bemühen Sie sich um Ihre politische Weiterbildung. Wir haben also alle Ursache, der Regierung gegenüber sehr mißtrauisch zu sein, vor

allem schon deshalb, weil sich in der Zeit seit 1919 bei uns eine Reihe von Dingen ereigneten, die, wenn wir sie im Rahmen des geschichtlichen Geschehens der letzten Jahre betrachten, unserer bisherigen Auffassung Recht geben. Wenn wir hier vor einigen Tagen den Fall Erös besprochen haben, wo der Herr Pfarrer Zenz an dem ungarischen Juden in St. Kathrein am Hauenstein die heilige Taufe vornahm und ihn für gutes Geld in den Heimatverband aufnahm, so sehen wir in diesem Fall eigentlich nur ein Glied in der Kette der Ereignisse. (Zenz: „Erös ist römisch-katholisch. Bela Kuhn, den Sie beschützt haben, ist ein Jude und Massenmörder! Bela Kuhn ist ein Bluthund und den haben Sie beschützt!“) Herr Pfarrer Zenz, uns ist bekannt, daß der Fall Erös nicht allein dasteht. Wenn Erös auch Katholik war, so haben Sie ihn nicht umsonst in den Heimatverband aufgenommen. (Zenz: „Er hat soviel gegeben, als Sie von Bela Kuhn bekommen haben für den Schutz!“ — Wallisch: „Das ist ein dummer Witz!“) Wir wissen, daß in Steiermark mehrere solche Fälle vorgekommen sind. Ich will gar nicht von den drei Frankfurtern sprechen, die Herr Pfarrer Gimpel in die Gemeinde Wohlsdorf aufgenommen hat. (Spak: „Da möchten Sie Ihren Krenn dazugeben!“ — Heiterkeit.) Es gibt eine Reihe anderer solcher Fälle. Wir wissen, daß diese Herren nur deshalb in den Heimatverband von Ihnen aufgenommen wurden, weil sie dafür hohe Summen bezahlt haben, um in diesen abgelegenen Bauernortschaften aufgenommen zu werden, die sie nie gesehen haben. Es ist sehr charakteristisch, Herr Pfarrer Zenz, daß Sie in so enger Verbindung mit diesen Leuten stehen; aber es ist verständlich, wenn man weiß, daß einer der Oberschieber in Ihrer Partei, Ihr Amtskollege Pfarrer Gimpel, mit diesen Herren in sehr enger Geschäftsverbindung steht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es unterliegt keinem Zweifel und es ist auch Ihnen kein Geheimnis, daß Ihr Amtskollege Pfarrer Gimpel sein Handwerk verfehlt hat. Er würde einen viel besseren Schieber auf der Schieberbörse in Wien abgeben, als einen Geistlichen in Westmannstätt. Nur dadurch, daß Sie so enge Beziehungen zu diesen Leuten pflegen, ist es verständlich, daß diese Leute den Weg zu Ihrem abgelegenen Dorf finden und dort unterkommen. (Zenz: „Ich werde Ihnen sagen, wie Sie ihn finden!“) Bei Ihrer Handlung leitete Sie noch ein anderes Motiv. Sie haben diese Leute heimatberechtigt gemacht, um Ihrem wütenden Haß gegen die Arbeiter Ausdruck zu verleihen. Was Sie, Herr Pfarrer Zenz, getan haben, ist nichts anderes als eine Provokation der Wiener Gemeinde. (Zenz: „Der Obersozi der Wiener, der Breitner, das ist ein unterdrückter Arbeiter!“) Welcher Bauer, welcher Kleinwerbetreibende, welcher kleine Landwirt oder welcher Arbeiter, nicht nur in Steiermark, sondern in ganz Deutschösterreich, hat ein Interesse daran, daß Erös in Wien gegen die Höhe der Automobilsteuer weiter agitieren kann. (Spak: „Da haben wir sehr viel Interesse daran!“) Wer fährt im Auto? Ich weiß, Herr Spak, daß Sie jetzt auch ein Geschäftsauto haben. (Spak: „Der Sonnhammer hat auch eines!“) Herr Spak, Sie würden in diesem

Auto sicher nicht fahren, in diesem alten Kasten wird ein Herr, der in so enger Beziehung mit dem Himmel steht, nicht hineinsteigen, auch wenn er weiß, daß sein Leben in Gottes Hand liegt. Wir wissen sehr gut, daß die gesamte Bauernschaft und die arbeitenden Klassen gar kein Interesse haben, daß den Schiebern in Wien die Automobilsteuer herabgesetzt werde. Wenn Sie diese Leute in den Heimatverband aufgenommen haben, so haben Sie dies ausschließlich zu dem Zwecke getan, damit diese Leute der Wiener Gemeinde weiter Schwierigkeiten bereiten können. Ich frage den Herrn Landeshauptmann, was er in Steiermark machen würde, wenn gegen die jetzige Steuervorlage des Herrn Finanzdechanten nun ein Ausländer mit diesen Mitteln agitieren würde, wie Erös in Wien agitiert hat. Wir wissen aus den Ausführungen unseres Parteigenossen Rosenwirth und aus unseren sonstigen Erfahrungen, die wir mit der Art der Verwaltungspolitik des Herrn Landeshauptmannes gemacht haben, daß der Herr Landeshauptmann mit einem solchen Menschen nicht lange Federlesens machen würde. Sofort würde er den Kerl beim Loche hinausstecken und Sie würden Pech und Schwefel auf uns herabwünschen, wenn wir diesen Mann heimatberechtigt machten, damit er seine Agitation weiter betreiben kann. Sie sehen, wie hier mit verschiedenen Maßen gemessen wird. Ja, Bauer, das ist was anderes.

Aber der Fall Erös und auch der der drei Frankfurter in Westmannstätt sind nur ein Glied in der Kette der Ereignisse. Die Sache beginnt auf einem anderen Ende. Die Ereignisse der letzten fünf Jahre geben uns recht, bestätigen uns, was wir immer angenommen haben. Ihre Politik seit den letzten Nationalratswahlen ist uns dafür ein schlagender Beweis. Damals haben Sie die Monarchisten in Ihre Partei aufgenommen und sie als Ihre Kandidaten aufgestellt. Damit haben Sie sich öffentlich zum Monarchismus bekannt. Dieses offene Bekenntnis zum Monarchismus bezeugt nur, daß wir mit unseren Beobachtungen vollständig recht hatten und daß Ihre Antworten, die Sie uns stets gegeben haben, nichts weiter waren, als feige Ausflüchte. (Zenz: „Und Sie nehmen den Kommunisten Wallisch auf!“ — Pichler: „Wir werden Ihnen die Namen jener Pfarrer nennen, die auch Kommunisten in Ungarn waren!“) Welche Dinge haben sich in der letzten Zeit bei uns in der Steiermark ereignet? Da haben wir vor allen Dingen den Waffendiebstahl von Ihrem Abgeordneten und Parteigenossen Hauptmann Kratochwill in Gleisdorf gehabt. Damals haben Sie davon nichts gewußt. Der Herr Landeshauptmann hat die Sache untersuchen lassen, aber herausgekommen ist bekanntlich nichts. Mehr hat von uns auch niemand erwartet. Dann kam der Waffenraub in Fürstfeld. Wir haben den Herrn Landeshauptmann einige Tage vorher auf die Möglichkeit des Waffenraubes aufmerksam gemacht. Er hat getan, als wenn er von allem unterrichtet wäre und die nötigen Maßnahmen getroffen hätte. Er sagte mit Gretchen: „Ich habe alles getan, so daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt!“ Aber schon nach einigen Tagen wurden die Waffen in Fürstfeld geraubt und nach Ungarn geführt. Dann kam der Waffenraub in

Fehring. Auch da wurde der Landeshauptmann einige Tage vorher verständigt. Eine Deputation war da, die ihn aufmerksam machte, daß die Dinge in Fehring nicht in Ordnung seien und die Waffen gestohlen werden. Der Landeshauptmann, der mit dem Bürgermeister von Fehring, Dr. Schwaigala, in engster Beziehung stand, wußte nichts und ließ wieder untersuchen, ließ aber auch die Waffen stehlen. Und so haben wir ein Ereignis nach dem andern gehabt. Wir haben nur immer erfahren, daß der Herr Landeshauptmann davon nichts weiß und die Untersuchungen eingeleitet sind. Er hätte nur noch hinzuzusehen brauchen, daß er an diesen Dingen unschuldig ist, er für diese Ereignisse nichts kann. Dabei sind Sie bei jeder Gelegenheit sittlich entrüstet und erklären, daß Sie Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten als Ihre oberste Pflicht ansehen. Gleichzeitig aber müssen wir erleben, daß unter Ihrem Protektorate die Waffen gestohlen wurden. Sie können es heute nicht mehr leugnen. Heute ist in diese dunklen Ereignisse bereits Licht gedungen. Einer dieser Arrangure konnte den Mund nicht mehr halten und schrie unter dem Titel: „Der König und sein Reichsverweser“ seine Erinnerungen. Dieser Herr, ein Aladar v. Borowiczny, ist auf die sozialdemokratische Regierung in Wien bitter böse, weil sie wiederholt Hausdurchsuchungen bei den ungarischen Kontrerevolutionären vorgenommen hat, weil sie diese Leute ordentlich überwachte, um die Absichten einiger Desperados zu verhindern. Deshalb hat er sein Tätigkeitsfeld nach Steiermark verlegt, wo er sich unter dem Schutze der christlichsozialen Regierung sicher und unterstützt wußte. Aladar v. Borowiczny erzählt in seinen Erinnerungen, daß das Konzentrationslager der Offiziere in Feldbach gewesen ist und außerdem in Steiermark geheime Waffenlager vorhanden waren, von welchen zur geeigneten Stunde die Waffen entnommen werden konnten. Da soll mir einer erzählen, daß sich alle diese Dinge in Steiermark ereignen konnten, ohne daß der Landeshauptmann, der oberste Chef des Landes, der die Gendarmerie und die Geheimpolizei in der Hand hat, davon etwas erfuhr oder davon wußte. Wir wissen heute, daß uns hier ein Plunder vorgemacht wurde, daß die auf unsere Interpellationen gegebenen Antworten nicht weiter waren als eine Irreführung der Öffentlichkeit. Aus diesem Buche wissen wir jetzt, daß die Kontrerevolution in Ungarn in engster Verbindung mit der steiermärkischen Landesregierung, mit dem Landeshauptmann und seinen mitregierenden Parteifreunden durchgeführt wurde. Sie sehen also, daß wir alle Ursache haben, diesen Herrschaften gegenüber sehr mißtrauisch zu sein. Und wenn Herr Dr. Uhrer in den letzten Tagen uns zugerufen hat, wir sollen keine Gespenster sehen, so wissen wir jetzt, daß wir uns nicht getäuscht haben, keine Gespenster sahen, daß unter der Mitwirkung der christlichsozialen Landesregierung in Österreich die Monarchie wieder aufgerichtet werden soll. Anders wäre die Verbindung mit den Monarchisten, die Sie ja offen zugeben, die Förderung der Kontrerevolution in Ungarn, nicht zu erklären. Ich kann Ihnen sagen, daß wir keine Angst haben, daß die Arbeiterschaft und auch die Angekellenschaft alles tun wird, um Ihre Pläne zu vereiteln, daß Menschen hingemordet

werden für irgend einen von Gott gesandten Monarchen, der ein frevelhaftes Spiel treibt, so wie es getrieben worden ist. Alle diese Dinge, die sich da in der letzten Zeit ereignet haben, haben uns nicht überrascht. Und was jetzt unter Ihrer Mitwirkung vor sich geht, ist ja nur eine Fortsetzung Ihrer bisherigen Treibereien. Auch das Kapselschießen in der Gendarmeriekaserne in Graz wird im Rahmen der Mitteilungen v. Borowiczny erst so recht verständlich, ist nicht so harmlos, wie Sie es hinstellen. In diesem Kapselschießen ist nichts anderes zu erblicken als eine Waffenübung. Nicht, wie Sie den Bauern einreden wollen, zum Schutze der Republik, sondern einzig zu dem Zweck, um die Monarchie aufzurichten. Wir haben daher alle Ursache, Ihre Handlungen mit viel Mißtrauen zu verfolgen.

Auch die übrigen hier zur Sprache gebrachten Dinge schließen sich diesen Ereignissen würdig an. Mein Kollege Rosenwirth hat schon mitgeteilt, daß die Gendarmerie um ihre gesetzlichen Rechte gebracht wird, daß den Gendarmen nachgespürt wird, welcher politischen Partei sie angehören, um sich der so unliebsamen Elemente, ohne Rücksicht ihrer dienstlichen Qualifikation, zu entledigen. Den schlagendsten Beweis für diese Tatsache lieferte der Brief des Abg. Dr. Hübler, der uns hier im Hause in den letzten Tagen zur Kenntnis gebracht wurde. Der Führer der Großdeutschen, die sonst immer für die Freiheit des Volkes eingetreten sind, die als Beamtenvertreter noch vor einigen Tagen erklärt haben, daß wegen der politischen Gesinnung in der Republik Österreich niemand verfolgt werden darf, Professor Dr. Hübler, setzt alles daran, um die Sozialdemokraten in der Gendarmerie aus ihrem Dienste zu entfernen, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Nachteile, die dadurch dem Einzelnen und seiner Familie erwachsen. Professor Hübler will diese Leute deshalb entfernt wissen, weil sie seinen deutschen Parteigenossen unangenehm sind. Sie haben in den letzten Tagen wiederholt die Phrase gebraucht, daß Sie nur ein Streben haben: Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Wenn wir nun diese Dinge näher ansehen, so finden wir, daß gerade das Gegenteil der Fall ist, daß Sie die Gesetze mißachten, bestrebt sind, die Gesetze zu brechen und sie für parteipolitische Zwecke zu mißbrauchen, auch nicht zurückschrecken, die Beamtenschaft zu korrumpieren.

Wir haben in letzter Zeit wiederholt erfahren, daß höhere Beamte aus dem Finanzministerium zur Großindustrie übergegangen sind, weil sie dort nicht nur höhere Gehälter bekommen, sondern auch eine angenehmere Stellung haben. Die Großindustrie und die Großbanken haben dabei noch ein besonderes Ziel verfolgt. Werden doch in Österreich die Großbanken und Kapitalisten von Seipel nicht nur mit Steuern verschont, sondern sie werden auch nach anderer Richtung hin mit Handschuhen angefaßt. Die Großbanken und Kapitalisten scheuen sich nicht, bei der Legung ihrer Steuerbekenntnisse dem Staate die Steuern zu hinterziehen. Und hat dann der Staat kein Geld, dann bleibt nichts anderes übrig, als was der Herr Landesrat Prisching gemacht hat, den Bauern, Arbeitern und Angestellten neue, höhere Steuerlasten aufzubürden.

Nicht nur, daß die Großkapitalisten und Banken immer wieder versuchen, Finanzbeamte zu gewinnen, damit ihnen diese die Steuerbekanntnisse machen und mit-helfen, den Staat zu betrügen, erleben wir, daß die oberste Leitung bei uns im Lande, soweit sie als lebens-längliche Präsidenten der Steirerbank gewählt sind und dort funktionieren, auf dieselbe Methode verfällt. So ist der Finanzlandesdirektor Dr. Otto P f l e g e r zwar sehr selten im Amte zu treffen, dafür aber sehr häufig mit Dr. R i n k e l e n in der Steirerbank, in der er die Funktion eines Verwaltungsrates ausübt. (P r i s c h i n g: „Der ist Regierungskommissär. Das ist hundert und eins!“) Verzeihen Sie, mir können Sie keinen blauen Dunst vormachen. Von dieser engen Verbindung zwischen Dr. R i n k e l e n und Dr. P f l e g e r sind wir unterrichtet, und wir glauben nicht, daß Dr. P f l e g e r, der uns sehr gut bekannt ist, nicht auch gleichzeitig in Bezug auf die Steuerbekanntnisse seine Kenntnisse und seinen Mann der Steirerbank zur Ver-fügung stellen wird. Diese Dinge abzustreiten ... (P r i s c h i n g: „Das müßte erst bewiesen werden!“ — J e n z: „Das ist eine gemeine Verdächtigung!“ — S c h r e c k e n t h a l: „Das ist eine schwere Unschuldi-gung gegen einen Beamten!“) Ich erhebe diese Un-schuldigung. Wir haben diese Dinge wiederholt erlebt und im Parlamente darauf verwiesen. Und wenn wir von solchen Dingen im Lande erfahren, dann ist es unsere Pflicht, darauf hinzuweisen.

Was wir hier bei der Steirerbank erleben, das er-leben wir (J e n z: „Auch bei der Renner-Bank!“) in keinem unserer Bundesländer. Wir haben in Steier-mark eine ganz merkwürdige Regierung. Denken Sie einmal an die Zeit der Begründung Ihrer Partei. Vor kurzer Zeit hat ja der Herr Finanzreferent im Finanz-ausschusse mit Stolz erklärt, er erinnert sich noch mit Freuden an Dr. L u e g e r. Aber welche Wandlung ist seit dieser Zeit in Ihrer Partei vor sich gegangen? Herr Landesrat P r i s c h i n g, in der Zeit, als Sie L u e g e r kennen gelernt haben und als V o g e l s a n g seine Artikel schrieb, ist kein christlichsozialer Parteimann im Verwaltungsrat auch nur einer Bank gewesen. Damals waren L u e g e r und V o g e l s a n g und alle Christlichsozialen die größten Feinde des Bankenkapitals und haben genau so, wie es in der Bibel steht, daß das Kapital der größte Feind der Menschheit, der Urheber alles Unglückes ist, die Banken angeklagt und ihre Tätigkeit verurteilt, sie waren Feinde des Großkapitals und des Liberalismus, der damals in den gesetzgebenden Körperschaften das Großkapital vertrat. Heute haben Sie eine vollständige Umstellung vorge-nommen, ist eine vollständige Wandlung eingetreten, heute sehen wir, daß die führenden Männer der christlichsozialen Partei in Wien ihre Palamentssposten ver-lassen, um als Aufsichtsräte in irgend einer jüdisch-christlichen Bank einzuziehen. Der letzte war der Herr Dr. W e i s k i r c h n e r, der auf sein Mandat ver-zichtete, um in einer Bank besseren Ersatz zu finden. Und in Steiermark haben die führenden Männer der christlichsozialen Partei, die auch gleichzeitig die führen-den Männer in der Regierung sind, selbst eine Bank gegründet, die sie mit dem jüdischen Gelde von B o s e l und C a s t i g l i o n i auffrischten und an deren Spitze

sie als auf Lebenszeit gewählte Präsidenten stehen. Eine solche enge Verbindung zwischen Regierung und Bank, wie in Steiermark, steht einzig in der Welt da. Wir finden nirgends, daß die Präsidenten einer Bank auch gleichzeitig Landeshauptleute spielen, und wir müssen uns schon fragen, in welchem Interesse Herr Dr. R i n k e l e n oder Herr Dr. A h r e r regiert, in welchem Interesse manches in der Verwaltung geschieht. Geschieht es im Interesse des Landes und der Bevölke-rung (P r i s c h i n g: „Jawohl!“) oder geschieht es im Interesse des Großkapitals und der Steirerbank. (P r i s c h i n g: „Beweise!“) Allerdings ist es sehr schwer, einen solchen Beweis zu erbringen, wenn der Bank-präsident und der Landeshauptmann in einer Person verkörpert ist. Wer kann da den Nachweis bringen, in welchem Interesse er denkt und in welchem er handelt. (P r i s c h i n g: „Beweis schuldig geblieben!“) Hier heißt es wohl auch: „Was die rechte Hand tut, das braucht die linke nicht zu wissen.“ Es ist sicher schwer, für meine Behauptung einen Beweis zu erbringen. Es ist für uns unerträglich und auch inkompatibel, wenn der Bankpräsident als Landeshauptmann gleichzeitig die Interessen der ganzen Bevölkerung wahrnehmen soll.

Wir sehen hier gegensätzliche Interessen in einer Person vertreten, woraus auch das ganze Spitzelwesen zu erklären ist, das Spitzelwesen, daß Sie in der letzten Zeit im großen ausgebaut haben. Ich erinnere mich des ungeheuren Vorbildes des Spitzelwesens bei dem Nachfolger Kaiser Leopolds II., Kaiser Franz, der es in glänzender, aber auch gleichzeitig in geradezu idioti-scher Weise verstanden hat, die Bevölkerung des Landes, aber auch die allerhöchsten Beamten des Staates zu bespitzeln und zu kontrollieren. Wie artet nun das Spitzelwesen bei uns in Steiermark aus? Ich muß sagen, Sie sehen Gespenster, und ich glaube, wenn irgendwo bei einem Sozialdemokraten eine Leibes-kanonade losgeht, so fürchtet der Herr Landeshaupt-mann, daß das seinem Thron oder seiner Stellung als Parteichef gilt und er durch diese Kanonade gestürzt werden soll. Sonst wäre das ganze Spitzelwesen bei uns nicht zu verstehen. Das, was ich nun hier gesagt habe, habe ich wiederholt zum Teil in Versammlungen gesagt. Wir schreiben darüber auch im „Arbeiterwille“, sprechen darüber in unseren Vertrauensmännerversammlungen. Es ist also kein Geheimnis, was wir sagen. Und Sie, Herr Dechant P r i s c h i n g, werden als alter Politiker auch wissen, daß die sozialdemokrati-sche Partei keine Geheimorganisation ist, sondern alle ihre Beschlüsse und ihre Verhandlungen veröffentlicht. Wir teilen sogar das Ergebnis unserer Sammlungen für die Wahl zum Nationalrat, Landtag und Gemeinderat mit, damit so jeder überprüfen kann. Wir stellen uns selbst öffentlich zur Kontrolle, und alles, was wir tun, können Sie durch unsere Zeitungen erfahren, in unseren Protokollen und sonstigen Veröffentlichungen und Schriften nachlesen. Wir haben keine Diskussionen im geheimen Kämmerlein, sondern wir führen dieselben gewohnheitsmäßig und aus Prinzip in der Öffentlich-keit ab. Unsere Parteimitglieder haben das Recht, über alles das unterrichtet zu sein, was die Parteivertretung im Lande oder im Bunde beschließt. Es ist nicht so wie

bei Ihnen, daß die Mitglieder an der Nase geführt werden. (Prisching: „Bei uns nicht!“) Bei uns hat jeder das Recht, mitzureden und mitzukontrollieren. Unter solchen Umständen erscheint es einem geradezu lächerlich, wenn der Landeshauptmann Dr. Rintelen von solcher Angst beherrscht wird und dem Spitzelwesen seine besondere Aufmerksamkeit zuwendet. Und was wird da alles bespitzelt? Mir liegt ein solcher Spitzelbericht über eine Versammlung, in der ich gesprochen habe, vor. Und wenn ich diesen Spitzelbericht vor mir sehe, dann muß ich mich schon fragen, welche Angst der Herr Landeshauptmann ausgestanden haben muß, wie er erfährt, daß ich in den Juliensälen über die Politik der christlichsozialen Regierung spreche. Ich will diesen Bericht verlesen, damit Sie selbst Ihre Lächerlichkeit erkennen. Ich weiß nicht, ob Sie, Herr Landesrat Prisching, sich vor dem Teufel fürchten und alle Tage etwas arrangieren, damit er Sie nicht beim Schopf nimmt. Dieser Spitzelbericht lautet (liest):

„Präsidium, politische Abteilung der Polizeidirektion Graz, Zahl 1617/12. Versammlung des Militärverbandes. An den Präsidenten der steiermärkischen Landesregierung (im Doppelgeleise), Burg, Graz, am 22. November 1923. Am 21. November“ — sehen Sie nur, wie rasch da gearbeitet werden kann, am 21. November war die Versammlung, am 22. hat schon der Bericht vorgelegen; unsere Erledigungen, die brauchen viel länger. Da handelt es sich auch um Angelegenheiten der Sozialdemokraten; da hat man es nicht so eilig; da kann man sich schon etwas Zeit lassen, da muß sich die Bevölkerung gedulden, und es können dabei auch Millionen zugrunde gehen (liest): „Also, am 21. November um 8 Uhr abends fand in den Juliensälen eine von 150 Personen besuchte Versammlung des Militärverbandes statt, bei welcher Oberleutnant Rosenwirth den Vorsitz führte. Landesrat Reichin (Prisching: „Gratuliere!“) schilderte die politische Lage“ — welches Avancement! Ich freue mich darüber. Vielleicht bekomme ich noch die Landesratsdiäten von Ihnen — (liest): „in Deutschland, Ungarn, Frankreich, Italien, und bemerkt, daß die Reaktion überall zunehme, nur in Österreich, wo die Sozialdemokraten die führenden Stellen innehaben, herrsche eine geordnete Wirtschaft. Und wenn jemand Gelegenheit gehabt hätte, den sozialdemokratischen Parteitag in Wien zu sehen oder ihm beizuwohnen, der könne mit Fug und Recht sagen, daß die sozialdemokratische Partei immer mehr und mehr zunähme. Die sozialdemokratische Partei werde in der Opposition bleiben und gegen die Regierung arbeiten.“ — Welche schauerhafte Geschichte — (liest): „Auf dem Parteitage wurde auch lange wegen der harten Strafen gegen Militärpersonen beraten, wobei hervorgehoben wurde, daß gerade in Steiermark die strengsten Strafen verhängt werden, weil hier an der Spitze der Reaktion der Landeshauptmann Dr. Rintelen steht. Die Bürger wollen das Militär, beziehungsweise die Wehrmacht zum Schutze der Reaktion erziehen, doch gehöre diese den arbeitenden Klassen an und müsse mit der Arbeiterschaft Hand in Hand vorgehen. Der Minister Vaugoin will es wieder so einrichten, daß die Wehrmänner auf die streikenden Arbeiter schießen sollen. Auch wollen die

Christlichsozialen wieder die früheren monarchistischen Zustände einführen, da sie sich mit den Monarchisten verbunden haben. Im steirischen Landtag ist der monarchistische Oberstleutnant Sagburg eingezogen. Als dieser die Angelobung leistete, richtete Genosse Machold an den Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer die Frage, ob er für die Monarchie oder für die Republik die Angelobung leistete. Der Doktor Ahrer blieb die Antwort schuldig, woraus man ersehen kann, daß auch die Schwarzen Monarchisten sind. Aber der Dr. Seipel posante immer in die Welt hinaus, daß er den Staat saniert habe. Man müsse sich aber fragen, auf welche Weise der Staat saniert wurde? Auf Kosten der Arbeiterschaft und zur Bereicherung der Banken! In absehbarer Zeit werden vielleicht neue Wehrmänner zur Bundeswehr aufgenommen und es wird Aufgabe der Versammelten sein, sie im sozialistischen Sinne zu erziehen.“

Welche Angst vor uns Sozialdemokraten muß in diesem Staate herrschen. Es ist geradezu lächerlich, wenn man solche Spitzelberichte liest. (Winkler: „Sie haben auch einen gut organisierten Spitzeldienst!“) Das geht Sie gar nichts an. Es ist sehr gut, wenn diese Leute sich selbst schützen. Ich sehe nur, daß die Herren über alle diese Vorgänge gar nicht entrüstet sind, wie sie auch nicht entrüstet sind über die Aufschrift, die der Herr Professor Dr. Hübler an den Gendarmeriedirektor Lichem gerichtet hat, obwohl er erzählt, daß er sich an eine ganz unbedeutende Person gewendet habe. Er ist zu feige, das offen zu bekennen. (Wallisch: „Pfui Teufel!“ — Hornik: „Ist ja nicht wahr!“ — Wallisch: „Leugnen Sie auch das noch ab? Er hat es ja selbst zugegeben!“) Und die übrigen Herren des Hauses verurteilen eine solche Handlung gar nicht, erklären nur (Resel: „An der Sache läßt sich nichts mehr reparieren!“), daß es nicht wahr ist und freuen sich im geheimen über diesen Brief, freuen sich darüber, daß einer Ihrer Parteigenossen das Gesetz gebeugt und seine Stellung mißbraucht hat. Erboßt sind Sie eigentlich nur darüber, daß Professor Dr. Hübler so ungeschickt war (Machold: „Sagen Sie nur dumm!“), daß er nicht telephoniert, sondern geschrieben hat, seine Denunziation dem Papier anvertraute. Sie sind schon bessere Demagogen, Sie schreiben nicht, sondern telephonieren, damit man Ihnen nicht daraufkommen kann. (Resel: „Das Telephonieren ist auch gefährlich!“)

Wenn wir nun schon von der Sanierung gesprochen haben, so ist es sehr gut, dabei etwas zu verweilen. Der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Ahrer hat in den letzten Tagen darüber einige Ausführungen gemacht. Er hat uns gefragt, warum wir uns im Jahre 1922 von der Regierung gedrückt und nach dem Prälaten Dr. Seipel gerufen haben. Solche Redensarten, die so eigentlich auf der geistigen Höhe Ihrer Versammlungsreden stehen, werden, weil Sie Herr Dr. Ahrer hier vom Stapel läßt, für ernst genommen und von anderen Strohköpfen draußen weiter erzählt. Wie ist es eigentlich gewesen? Haben wir uns wirklich gedrückt und nach dem Prälaten Dr. Seipel gerufen? Wie waren die Dinge 1922? Im Jahre 1919 ist die neue Regierung, die Koalitionsregierung,

zwischen Rot und Schwarz gebildet worden. Sie wissen sehr gut, wie wir über diese Ehe gedacht haben, die wir für höchst unsittlich hielten, die wir aber unter dem Zwange der Verhältnisse eingegangen sind. Damals, als diese Koalitionsregierung mit ihrer Tätigkeit einsetzte, damals hatte diese Koalitionsregierung, die sich an die Spitze eines zusammengebrochenen, armen Staatswesens stellte, ungeheure Arbeit zu leisten. Jeder von Ihnen weiß, daß damals Tausende von der Front zurückgeflutet sind, Tausende von Arbeitern keine Arbeit gefunden haben, daß Milliarden für die Arbeitslosen ausgegeben werden mußten, daß Getreide und Mehl aus dem Auslande eingeführt werden mußte, um der Bevölkerung das Leben zu ermöglichen und sie vor Verzweiflungsausbrüchen zu bewahren. In der Regierung waren Sozialdemokraten und Christlichsoziale gleich stark vertreten, beide Parteien hatten daher für das, was geschehen ist, die volle Verantwortung zu tragen. Von uns Sozialdemokraten geschah das auch, was wir von Ihnen nicht sagen können. Nun sehen wir uns einmal das Defizit der Bundesregierung im Jahre 1919, nachdem die Koalitionsregierung diese ungeheuren Summen für die Unterstützung der Arbeitslosen, für die Beschaffung von Getreide und Mehl ausgegeben hat, an. Im Jahre 1919 betrug laut Rechnungsabschlusses der Bundesregierung das Defizit 49 Prozent. Natürlich war es unseren Genossen damals bewußt, daß auf diese Weise nicht weiter gewirtschaftet werden konnte. Die Regierung Renner hat damals mit Hilfe der Koalition der Bevölkerung eine Steuerlast aufgelegt, die vor allen die Besitzenden getroffen hat und welche Last in direkten Steuern bestand. Ein Jahr später ist dank dieser Rennerschen Steuerpolitik das Defizit von 49 Prozent auf 24 Prozent herabgesunken. Es fällt mir nicht ein zu behaupten, daß das allein der Erfolg der Sozialdemokraten gewesen ist. Wenn auch die Christlichsozialen in der „Reichspost“ in hintersezieriger Weise jeden Beschluß der Bundesregierung bekämpften, so hatten sie dennoch Anteil an der Regierung und ihren Erfolgen. Ich spreche hier objektiv und nicht parteiisch (Dr. Enge: „Das sind wir nicht gewohnt!“), nicht im Versammlungston, Herr Dr. Enge, der auf der Höhe des Versammlungstons des Herrn Dr. Uhrer (Dr. Enge: „Der nimmt es mit Ihnen noch halbwegs auf!“) steht. Das Defizit im Haushalte des Bundes sank in diesem einen Jahre von 49 Prozent auf 24 Prozent herab. Nun hatten wir im Jahre 1920 die Wahlen, bei denen die Christlichsozialen den Sieg errangen. Sie haben sich zwar gescheut, ihre leitenden Männer an die Spitze zu stellen, für ihre Handlungen die volle Verantwortung zu tragen, dagegen fungierten sie weiter als die Drahtzieher, während eine Reihe Minister die Strohmänner spielten. Die Frage der Fachmänner spielte bei der Ministerbestellung eine große Rolle. Nicht aus dem Grunde, weil diese bessere Verwalter waren, sie das Wirtschaftsleben in Österreich besser kannten und deshalb eine gesündere Politik machen würden. Das waren nicht die leitenden Motive. Die Fachmänner wurden deshalb in den Vordergrund geschoben, damit sie für die Drahtzieher die Verantwortung übernehmen. Wie ist es in den nächsten zwei Jahren, in denen Ihre Par-

teigenossen in der Regierung saßen, mit den Finanzen vorwärts gegangen? Im Jahre 1920, als Ihre Partei die Regierung antrat, Sie die Mehrheit hatten und deshalb mit Ihren Parteigenossen die Regierung bildeten, betrug der Banknotenumlauf 17 Milliarden Kronen. Und als wir Sozialdemokraten im Jahre 1922 das große Geschrei anhuben, wie sich Landeshauptstellvertreter Dr. Uhrer ausdrückte, das große Geschrei nach Dr. Seipel, da war nach zweijähriger christlichsozialer Regierung der Banknotenumlauf bereits auf 4800 Milliarden Kr. angeschwollen, während das Defizit im Staatshaushalte nicht mehr 24 Prozent wie im Jahre 1920, auch nicht mehr 49 Prozent, wie im Jahre 1919, nach den harten Umsturztagen, in denen die Massen zurückfluteten und die Regierung ungeheure Summen für die Erhaltung dieser Menschen, für den Ankauf von Getreide und Mehl ausgeben mußte, sondern da betrug das Defizit 58 Prozent. (Rufe: „Hört!“) Das sind die wirklichen Tatsachen, die auch Sie nicht bestreiten können, das war der Erfolg Ihrer Politik, der dazu führen mußte, daß der Kurs unserer Krone jeden Tag tiefer gesunken ist, von 30 über Null auf 0.0000 und so weiter unter Null. Was hat in dieser Zeit die „Arbeiterzeitung“ geschrieben, welche Stellung haben die Sozialdemokraten damals eingenommen, als Herr Schöber Minister gewesen und man bereits wußte, daß das Leben des Herrn Schöber als Minister von nicht mehr langer Dauer sein wird. Am 20. Mai 1922 hat die „Arbeiterzeitung“ zur innerpolitischen Lage folgendes geschrieben: Dieser Artikel kennzeichnet unsere Stellung und führt Ihre ganzen Ausführungen ad absurdum. Die Ausführungen des Landeshauptmann-Stellvertreters Dr. Uhrer waren nichts weiter als täuschende Versamlungsreden, die diesem Hause gerade nicht zur Ehre gereichten. Die „Arbeiterzeitung“ hat geschrieben (liest):

„Innerlich sind Christlichsoziale und Großdeutsche zu einer Arbeitsgemeinschaft, die ihren Ausdruck in einer parlamentarischen Regierung finden soll, lange entschlossen. Ob ihnen dieser Wunsch erfüllt wird? Es fragt sich nun, wen sich diese Gemeinschaft als Haupt wählen will. Soll das lächerliche Schauspiel wiederholt werden, daß an erster Stelle wieder nur ein Statist gestellt wird, wogegen sich der eigentliche Führer vorsichtig im Hintergrunde hält? Der Herr dieser Gemeinschaft ist Dr. Seipel, er ist ihr Haupt schon jetzt, wo sie noch gar nicht zur Erscheinung gekommen ist. Die Regierung Schöber, von der die oberflächlichen Betrachtungen vermeinten, daß sie ihren Antrieb vom Bundeskanzler empfängt, stand vom Anbeginn und durch alle ihre Gestaltung hindurch im Bannkreise Dr. Seipels. Mit Argusaugen hat er darüber gewacht, daß keine Regierungshandlung, sei sie die größte oder die kleinste, sei sie die des gesamten Kabinetts oder die eines Ressortministers, ohne seine Befragung geschieht. Die regierenden Minister, denen unser Reich anvertraut ist, waren nur Marionetten in seiner Hand. Wagte doch kein Minister mehr, aus seinem Ermessen ja oder nein zu sagen. Die Antwort, die keiner mehr scheut, ist gemeinhin, er werde mit Dr. Seipel sprechen. In alten Zeiten hat, glaube ich, unter Taaffe Söhnen eine ähnliche Rolle gespielt, aber es

war eine etwas andere. Hohenwart war nur ein Werkzeug der Taaffe'schen Politik, wogegen Seipel der Herr der Schöber'schen Politik ist und nicht bloß der Politik der allgemeinen Richtlinien, was angesichts des Verhältnisses, das die Demokratie zwischen regierender und Parlamentsmehrheit bedingt, nichts Auffallendes wäre, sondern er ist in Wahrheit der oberste Chef, drohend über allen Ressorts, sie alle an seine Wünsche, an seinen Willen knüpfend. Diese Allmacht des Führers einer Partei, die nicht einmal die Mehrheit im Hause ist, hat es herbeigeführt, daß wir nun das, was man eine Regierung nennt, nicht einmal in der reduziertesten Gestalt besitzen. Die Minister, die zu Puppen der Weisungen Dr. Seipels degradiert worden sind, mußten das Bewußtsein, eine Meinung haben zu dürfen, allmählich eben einbüßen. Schon dadurch mußte die Regierung Schöber um jede schöpferische Initiative kommen, Kraft und Energie verlieren; eine Regierung werden, die unfähig ist, die großen Probleme, ohne deren Lösung der Verfall und Zerfall unaufhaltbar ist, kaum zu klären, geschweige denn zu lösen. Aber deshalb ist die Forderung, daß Seipel der Regierung, der er den Geist verliehen, nun auch den Mund leiht, wohl nur selbstverständlich. Ein Zustand, daß jener herrscht oder wirkt, ohne in aller Form die Verantwortung zu übernehmen, ist unerträglich und kann ein nutzbringendes Regieren nicht herauskommen. Wir sind, es braucht natürlich nicht gesagt zu werden, unbeugsame Gegner des Herrn Seipel; und auch die leidenschaftliche Opposition hat es lieber mit dem wirklichen Führer, als mit vorgeschobenen Statisten zu tun. Auch sie wünscht nicht, daß die tatsächlichen Verhältnisse verschleiert werden, muß vielmehr verlangen, daß sich im Parlamente, wie überall in der Politik, die wirklichen Machtverhältnisse auswirken. Es war schon bei der Regierung Mayr eine arge Possenreißerei, daß sich die christlichsozialen Häuptlinge nicht hervorwagten und statt mit vollem Einsatz ihrer Kräfte das Staatsruder zu ergreifen, uns eine Regierung bescherten, der eine unverdiente Ehre erwiesen wird, wenn man sie als zweite Garnitur bezeichnet. Wenn Dr. Seipel das Regieren in der Republik so aufsaßt, daß ohne seinen Willen kein Blatt vom Baume fallen darf, wohl an, so trete er vor und regiere selbst, was er ist, das wage er auch zu scheinen."

Das war unsere Stellung im Jahre 1922. Wir sind nicht feige davorgelaufen, wie das der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Alhrer behauptet hat. Wir hatten dazu keine Ursache, wir waren nicht in der Regierung, wir waren in der Minderheit, wir haben im Jahre 1920 unsere Stellung durch die Einbuße einiger Mandate eingebüßt. Die regierende Partei waren die Christlichsozialen und sie hatten alle Verantwortung zu fragen, alle Verantwortung auf sich zu nehmen. Und was Sie uns da erzählen und einige Strohköpfe draußen nachplappern, wir hätten die Regierung übernehmen können, das ist nichts als ein eifler Schwindel. Sie hätten das auch gar nicht geduldet, hätten das nie zugelassen. Parlamentarisch ist das auch nicht möglich, daß die Minderheit ohne Gewaltmaßnahmen die Regierung übernehmen könnte. Sie haben ja auch alles getan, alle Minen springen

lassen, um bei den Wahlen im Jahre 1920 die Mehrheit zu erreichen. Herr Landesrat Prisching, ich erinnere Sie an die Versammlung, die Sie in Bad Aussee gehabt haben, in der Sie und Dr. Rintelen gesprochen haben, wie Sie damals den Leuten den Honig um den Mund schmierten. Sie haben damals nach Ihrer Art die Sache recht schlaun gemacht. Ich habe Ihnen auch zugerufen, Herr Landesrat Prisching, Sie sind ein schlauer Fuchs und Sie sind als solcher auch in Ihrer Partei bekannt — und diese Versammlung war von Frauen gut besucht (Prisching: „Das Frauenwahlrecht haben ja Sie haben wollen!“) — Sie verstehen es, den Frauen den Honig um den Mund zu schmieren. Herr Landesrat Prisching, was haben Sie damals den Frauen erzählt? (Prisching: „Schöne Sachen!“) Ihre Ausführungen standen auf derselben Höhe, wie die Ausführungen Ihres Parteigenossen Kunzschak, der das 6-Kronen-Mehl versprochen hat. Auch Sie haben den Frauen erzählt, wenn ihr brav wählt, dann wird das Mehl und auch der Zucker billiger werden (Prisching: „Der Zucker ist auch billiger geworden!“), haben noch erzählt, wir haben bereits viel Zucker eingekauft, um dann diesen Zucker nach einer für die Christlichsozialen guten Wahl billig auszugeben. (Prisching: „Das habe ich zwar nicht gesagt, aber es macht nichts!“) Das war natürlich ein Schwindel, der sich auf der gleichen Höhe bewegte, wie der dumme Schwindel einer Ihrer Parteigenossen, der Frau Abg. Mikola, die den Frauen in einer Gemeindewählerversammlung sagte, wenn ihr brav wählt, dann hat der liebe Gott für euch bereits eine schöne Wohnung im Himmel bereitgehalten. Sicher sollen solche Versprechungen zur Linderung der Wohnungsnot dienen, damit der Herr Landesrat Prisching der Pflicht enthoben wird, für Wohnungen auf der Erde zu sorgen. (Prisching: „Da haben Sie einen großen Vorteil!“) Die Frauen haben das rechte Wort für Ihre Versprechungen gefunden. Als ich einige Tage später in Stainach-Irdning am Bahnhofe stand, um nach dem Salzkammergut zu fahren, sprach mich eine Frau an und sagte: „Sie waren auch in der Versammlung, in der der Herr Prisching gesprochen hat. Ist der Dechant aber ein Lugenschüppel. (Heiterkeit.) Damals hat er erzählt, daß wir billiges Mehl und Zucker bekommen werden, wenn wir brav christlichsozial wählen, und wie die Wahlen vorbei waren, wurden der Zucker und das Mehl teurer (Prisching: „Das Gegenteil ist wahr!“) und noch dazu die Rationen kleiner.“ Sie sehen, daß man auch mit diesen demagogischen Kniffen nicht besonders weit kommt. Es läßt sich einige Zeit mit solchem Schwindel durchstrecken, aber einmal muß auch das ein Ende nehmen. (Prisching: „Die Wahl ist aber gut gegangen und uns ist es gut gegangen!“) Bei der Wahl ist es ja gegangen, aber ob es immer so bleiben wird! (Prisching: „Wir hoffen es!“) — Bichl: „Prisching ist immer guter Hoffnung. Auf diese Entbindung bin ich einmal neugierig!“)

Weil wir schon beim Herrn Dechant Prisching sind, wollen wir etwas näher auf seinen vorgelegten Landesvoranschlag eingehen. Etwas hat sich in der letzten Zeit doch gebessert, und dazu hat, ich glaube,

unsere Kritik sehr viel beigetragen. Als wir im ersten, zweiten und dritten Jahr den Voranschlag im Finanzausschusse beraten haben, da war der Herr Dechant bei keiner Beratung zu sehen. Nachdem wir losgelegt und ihm gesagt haben, daß es seine Pflicht ist, ja, daß es merkwürdig erscheint, daß es nicht ihm zum Bewußtsein kommt, dort sein zu müssen, hat er sein Gewissen erforscht und ist gekommen. (Prisching: „Ich habe mich schon gebessert!“) Gekommen sind Sie, aber Sie kennen sich im ganzen Voranschlag nicht aus. (Prisching: „O ja, wenn ich Ihre Sachen streiche, kenne ich mich schon aus!“) Die Endziffern kennen Sie, aber die Ziffern, aus denen sich die Endziffer zusammensetzt, zu was das Geld verwendet werden soll, von dem System, auf dem diese Ziffern aufgebaut sind, davon haben Sie keinen blauen Dunst. (Prisching: „Mein System!“) Auf das Brevier verstehen Sie sich besser als auf den Voranschlag. (Prisching: „Da verstehen Sie wieder nichts davon!“) Das ist nicht meine Aufgabe und dazu habe ich auch keine Zeit, habe nach meiner Auffassung auch etwas besseres zu tun. Das ist das Übel, an dem das ganze Land leidet, daß der Finanzreferent von allen diesen Ziffern, die der Voranschlag enthält, keinen blauen Dunst hat. Er kennt nur die Endziffern und hat nur die Sorge, wie bringe ich die Steuern herein. Wir sind der Auffassung, daß doch das oberste Wesen im Lande der Finanzreferent sein soll, der alle diese Dinge kennen mußte, für die Geld verlangt wird, dessen Ehrgeiz es sein sollte, sich um diese Dinge genau zu erkundigen, alles genau zu studieren und nicht mit irgend welchen Wizen ins offene Haus zu kommen (Prisching: „Sie fangen auch so an!“) und zu sagen: Schuld sind die Sozialdemokraten, denn die haben beantragt, daß wir diese Anstalten besichtigen sollen. Ich glaube, mit solchen Mäßen (Prisching: „Ist es nicht wahr?“) kann man nicht ernstgenommen werden und nicht die Interessen des Landes fördern.

Wenn Mitgliedern in der Landesregierung ein Lob spendend werden kann, was bereits geschehen ist, allerdings von einem Herrn, der sich als Denunziant entpuppt und von dem wir es nicht gerne hören, so nur den Sozialdemokraten in der Landesregierung. Dieser Herr hat erklärt, daß die genaue, tüchtige und eifrige Amtsführung unserer Parteigenossen in der Landesregierung Sie als Partei am meisten schädigt. Ich glaube auch, daß die tüchtige, eifrige Hingabe an die Geschäfte der Landesregierung bei unseren Parteigenossen in der Landesregierung wirklich zutrifft. Wir können auch im Finanzausschusse bei der Beratung des Voranschlages stets die Beobachtung machen, wer von den Landesräten sich mit den Dingen beschäftigt und wer sich nicht beschäftigt. (Prisching: „Ich bitte um irgend einen Beweis!“) Gleich. Da haben wir eines der wichtigsten Kapitel: die Landeskultur. Es unterliegt keinem Zweifel, daß wir alles Interesse haben, die Landeskultur zu fördern. In der letzten Generalversammlung der Landwirtschaftsgesellschaft, die hier im Hause stattgefunden hat, wurde eine Statistik vom Herrn Direktor Schneiter vorgelegt. Diese Statistik zeigte, wie viel wir an Lebensmitteln in einem Jahre brauchen, wie viel Agrarprodukte in Österreich jährlich

eingeführt werden und wie viel unsere Landwirtschaft jährlich erzeugt. Aus dieser Statistik ist zu ersehen, in welcher Weise wir die Landwirtschaft fördern müßten, um die Produktion zu steigern, damit wir nicht so viel aus dem Auslande einführen müssen, unsere Handelsbilanz etwas mehr aktiv wird. Wir haben als Gesamtvolk daran das größte Interesse. Wenn wir das Kapitel Landeskultur ansehen, da können wir beobachten, daß einmal an diesem, das anderemal an jenem Zipfel angepackt wird. Jeder hat das Empfinden, daß es hier an Zielbewußtsein fehlt. So wurde vor drei Jahren ein Betrag für Obstbaumwärtterkurse eingesezt. Ich habe damals die Frage aufgeworfen, für was wir Obstbaumwärtterkurse brauchen, ob das wichtig ist. Es wurde uns erklärt, daß das außerordentlich wichtig sei. Nachdem sich die Fachleute dafür einsezten, haben auch wir zugestimmt. Im nächsten Jahre waren die Obstbaumwärtterkurse nicht mehr wichtig, sie wurden nach einem Jahre plötzlich wieder aufgelassen. Sicher wurde in diesem einen Jahre die Erfahrung gemacht, daß diese Kurse nicht notwendig sind. Was geschieht nun in diesem Jahre? In diesem Jahre werden auf einmal 500 Millionen Kronen für die Förderung der Wiederbesiedlung eingesezt. Ausgerechnet in diesem Jahre, in dem die gesetzliche Frist der Wiederbesiedlung zu Ende geht und überhaupt nicht mehr auf dieser Basis weiter besiedelt werden kann. Aus welchem Grunde, so muß jeder fragen, wird nun im letzten Jahre zur Förderung der Wiederbesiedlung der Betrag von 500 Millionen Kronen eingesezt, nachdem in allen vorausgegangenen Jahren nicht eine Seipelkrone dazu verwendet wurde. Ich möchte die Herren fragen, ob sie es mit diesen 500 Millionen Kronen auch ehrlich und ernst meinen. (Rufe: „Jawohl!“) In Wirklichkeit ist die Einstellung von 500 Millionen Kronen eine Irreführung der bauerlichen Bevölkerung und jener, die auf die Wiederbesiedlung warten.

Seit einiger Zeit geht eine große Heße durch das Land, die sich ausschließlich gegen die Wiederbesiedlung richtet. Und was glauben Sie, wer diese Heßer gegen das Gesetz, dieses Bolschewikengesetz, sind? Da ist der Fürstbischof Dr. Hefler von Kärnten, der erklärt, dieses Bolschewikengesetz muß beseitigt werden, ferner der Prälat von Altmont, der erklärt, das Bolschewikengesetz muß mit allen Mitteln bekämpft werden. Ich verstehe, daß diese Herren an diesem Wiederbesiedlungsgesetz keine Freude haben. Die Geschichte erzählt uns, daß seit dem Jahre 1880 einige hundert Bauern in der Umgebung von Altmont vom Stifte abgestiftet wurden. (Prisching: „Daher der Name Stift!“) Die Herren vom Stifte sollen aber nach der Bibel leben, mit Taten, statt mit Worten ihr Christentum beweisen. Heißt es doch in der Bibel, du sollst keine irdischen Güter sammeln. Es ist daher unchristlich, was die Stiftherren tun, Hunderte von Kleinbauern abzustiften und dann Sturm zu laufen gegen das Wiederbesiedlungsgesetz, weil dieses Gesetz Unrecht und Unglück aus der Welt schaffen will.

Ihr Parteigenosse, der Herr Landesrat Riegler, will nun den Bauern zeigen, daß er ein fester Kerl ist (Prisching: „Das ist er auch!“) und setzt im letzten Jahre, wo das Gesetz begraben werden soll, in

den Voranschlag 500 Millionen Kronen ein. Es kommt aber noch viel schöner; der Herr Riegler setzt in den Voranschlag 500 Millionen Kronen ein, spielt sich als Beschützer der Bauern auf, und zwar jener Bauern, die wiederbesiedeln wollen, während sein engerer Parteigenosse, der Herr Abg. Spak, im Finanzausschusse dieses Gesetz ebenfalls als Volksewigengesetz bezeichnet, das weg muß, genau so, wie der Fürstbischof von Kärnten und der Prälat von Admont. Sie sehen, welche Widersprüche in Ihrer Partei vorhanden sind. Was Riegler fördert, das verdammt Spak. Ich verstehe nicht, wie Sie es unter solchen Umständen noch wagen können, den Leuten draußen zu sagen, Sie sind eine Volkspartei, die alle Schichten des Volkes vertritt, wie Sie noch den Mut haben können, sich als eine Bauernpartei zu bezeichnen. Zwei große, unüberbrückbare Gegensätze treten in Ihrer Partei immer mehr zutage. Auf der einen Seite stehen die Bankenvertreter, die Vertreter der Großindustrie und der Bischöfe, auf der anderen Seite die Vertreter der Kleinbauern und der Kleingewerbetreibenden. Ich habe noch nie davon gehört, daß sich der Fuchs mit der Gans verträgt. Vielleicht war es im Paradies so, daß der Fuchs neben der Gans vertraulich einherging, sie am Abend nur abschleckte, damit sie gut schlief. (Heiterkeit.) Wir wissen, daß eine solche Friedfertigkeit unter den Menschen nicht möglich ist, vor allem dort nicht, wo es sich um die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen handelt. Diese Gegensätze bestehen in Ihrer Partei und sie werden nur mühsam unterdrückt.

Wenn wir uns den Voranschlag näher ansehen, und ich habe bereits auf einiges verwiesen, so sehen wir, welche Demagogie von den Christlichsozialen bei seiner Aufstellung betrieben wird, um die ganze Öffentlichkeit zu täuschen. Der Voranschlag kann auch in einzelnen Abschnitten nicht ernstgenommen werden. Jeder, der im Finanzausschusse mitgearbeitet und den Voranschlag studiert hat, wird eine Freude haben, wenn er daraus entnimmt, daß zur Förderung der Landeskultur etwas geschieht. Wir wissen ja alle, daß wiederholt ganz gewaltige Erhöhungen einzelner Posten in diesem Kapitel vorgeschlagen und von allen Parteien angenommen wurden. Was aber müssen wir auf der anderen Seite wahrnehmen? Da sehen wir, daß dank der glänzenden Sanierungspolitik des Herrn Prälaten Seipel eine solche Eisenbahntarispolitik betrieben wird, daß es nicht möglich ist, das Obst vom Lande in die Stadt zu befördern. Die Eisenbahntarife sind dank dieser glänzenden Politik Seipels so unsinnig, daß überhaupt kein Bauer sein Obst befördern kann, weil das Obst so teuer zu stehen kommt, daß kein Arbeiter, kein Angestellter und kleiner Handwerksmeister sich Obst kaufen kann. Was ist die Folge? Wir haben Hunderte von Millionen zur Förderung der Landeskultur gewidmet, wir werden vielleicht eine glänzende Ernte haben, bei den Bauern müssen aber hunderte Waggons Obst verfaulen, während die Bevölkerung in den Städten nach Obst hungert. Die Bevölkerung bekommt kein Obst, der Landwirt hat keine Einnahmen, Millionenwerte gehen zugrunde, weil die unglückselige Tarispolitik Ihres Parteigenossen Seipel kein Obst in die Stadt läßt. Was nützt da unser solchen Um-

ständen unsere Förderung der Landeskultur? Würde man sich diese Dinge gründlich überlegen, da müßte man auf alle diese Widersprüche stoßen und auch den Weg finden, sie zu beseitigen, um dadurch wirklich die Landwirtschaft zu fördern und der Bevölkerung das zuzuführen, was die Landwirtschaft an Mehrprodukten erzeugt.

Wenn wir nach einer anderen Richtung den Voranschlag betrachten, dann finden wir eine vollständige Systemlosigkeit. In Steiermark fehlt es an der Verbesserung unserer Straßen. Wer zufälligerweise einmal eine Landpartie macht und die Straßen passiert, der wird konstatieren können, daß alle Straßen durch den Autoverkehr außerordentlich stark zerfahren sind und daß der Verkehr in der nächsten Zeit, wenn dieser Zustand weiter andauert, Gefahr läuft, ins Stocken zu geraten. Die Gefahr, daß die Wagen auf den Straßen umfallen, weil die Löcher schon zu groß sind, ist sehr nahegerückt. Ich möchte feststellen, daß diese Ausführungen sich nicht gegen Herrn Landesrat Paul richten. Ich gebe vielmehr zu, daß Herr Landesrat Paul eifrig bemüht ist, das Beste zu leisten, die Schäden zu beseitigen. Meine Kritik richtet sich ausschließlich an den Herrn Finanzreferenten, da dieser diesen Dingen ein größeres Augenmerk zuwenden und vieles abstellen könnte, wenn er nur so handeln würde, wie die Finanzreferenten in den übrigen Bundesländern handeln. Auf dem Gebiete der produktiven Arbeitslosenfürsorge könnte in Steiermark sehr viel gemacht werden. Die Herren von der christlichsozialen Partei sind immer erboht, wenn wir eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung verlangen. Wird über das Kapitel Arbeitslosenfürsorge gesprochen, wird nur geschimpft, werden die Arbeiter als ein arbeitscheues Gefindel bezeichnet, die nichts arbeiten wollen. (Spak: „Das haben wir nie gesagt!“) Wenn Sie es auch nicht im Finanzausschuß gesagt haben, so wissen wir, daß Sie es in Ihren Versammlungen sagen. (Widerspruch bei den Christlichsozialen.) Es ist das nicht nur ein ständiges Schlagwort der Bauernbündler, sondern auch von Ihnen. Anstatt daß die Landesregierung ernstlich daranginge, die Arbeitslosigkeit abzubauen und sich für die produktive Arbeitslosenfürsorge einzusetzen, müssen wir bemerken, daß gar nichts geschieht. Wenn man in dieser Richtung einen Vergleich mit anderen Bundesländern anstellt, so müssen wir feststellen, daß die anderen Bundesländer es verstehen, auf diesem Gebiete sehr viel zu tun, die produktive Arbeitslosenfürsorge in ihren Dienst stellen und Straßen bauen, Uferschutzbauten und verschiedene andere Arbeiten ausführen. So hat das Burgenland im abgelaufenen Jahre 354 Millionen Kronen als Beihilfe für die produktive Arbeitslosenfürsorge bekommen und ausgeben, Kärnten 297 Millionen, Niederösterreich 2544 Millionen, Oberösterreich 3707 Millionen. Oberösterreich ist viel kleiner als Steiermark. Aus dieser Ziffer ist zu entnehmen, daß Oberösterreich einen umsichtigeren Finanzreferenten hat als wir, da es ihm sonst nicht gelungen wäre, dem Bunde zu diesem Zweck einen so hohen Betrag abzuknöpfeln. Salzburg hat 480 Millionen bekommen, Steiermark nur 717 Millionen, Tirol 89, das kleine Vorarlberg 573 Millionen und

Wien 8169 Millionen Kronen. Wir sehen daraus, daß wir als eines der größten Bundesländer fast den kleinsten Betrag als Beitrag vom Bunde für produktive Arbeitslosenfürsorge bekommen haben. Niemand wird behaupten können, daß dies vielleicht darauf zurückzuführen ist, weil etwa der Herr Minister Kienböck unserem Finanzreferenten böse gesinnt ist, dafür kann es nur eine Begründung geben: daß unser Finanzreferent nicht die nötige Energie und Emsigkeit aufwendet, um seinem Parteigenossen Kienböck jenes Geld abzuknöpfeln, was andere Länder als Unterstützung bekommen, um die Arbeitslosigkeit mit Hilfe der produktiven Arbeitslosenfürsorge abzubauen. Und gerade auf diesem Gebiete wäre es leicht, etwas zu leisten. Würden doch dadurch nicht nur Arbeiter beschäftigt, sondern das Geld kommt letzten Endes auch dem Kleingewerbe und der Industrie zugute. Sehen wir uns nun an, was mit Hilfe dieser produktiven Arbeitslosenunterstützung in den übrigen Bundesländern alles geschaffen worden ist. Für Straßenbauten, Schottergewinnung, Kanalisierungsarbeiten sind 1894 Millionen Kronen Beiträge vom Bunde geleistet worden, für Wasserbauten bei Hochwasserschäden 3313 Millionen, für Hochbauten 928 Millionen, für Wasserkraftwerke 3131 Millionen. Wir haben ungeheure Mühe gehabt, um das Kapital für die „Steweag“ aufzubringen, gleichzeitig müssen wir sehen, daß andere Bundesländer Zuschüsse für diese Zwecke vom Bunde erhielten. Ich bin der festen Überzeugung, daß Prälat Seipel und sein Finanzminister Dr. Kienböck aus dem Grunde für Steiermark nichts übrig hat, weil durch die politischen Dummheiten des Landeshauptmannes Dr. Rinkelen der Regierung Seipel manche Schwierigkeiten bereitet wurden. Für Bahnbauten wurden 600 Millionen und für sonstige Arbeiten 7066 Millionen Kronen an Beiträgen vom Bunde geleistet. Aus diesen Ziffern ist zu ersehen, daß schon etwas zu erreichen wäre. Aber man muß sich darum bemühen; man muß die Sache etwas ernster anfassen, um den Dingen beizukommen.

Bei dieser Gelegenheit fällt mir ein, daß es die Regierung des Herrn Dr. Rinkelen und Prisching doch für notwendig findet, aufzubauen (Prisching: „Versteht sie doch etwas?“), natürlich dort, wo es nicht notwendig wäre. In der letzten Zeit wurde für die landwirtschaftlichen Schulen sehr viel getan, wurden dieselben auch vermehrt. Es ist ja ungeheuer wichtig, daß auf diesem Gebiete etwas getan und das landwirtschaftliche Schulwesen ausgebaut und gefördert wird. Wir haben alles Interesse daran, daß gerade die landwirtschaftlichen Schulen gefördert werden. Aber wie werden diese Schulen bei uns gefördert? Nicht etwa systematisch. Wir erleben, daß, wenn irgendwo ein Pfarrhof zu sanieren ist, der Herr Dechant Prisching mit seinem Freund, dem Landesrat Riegler, dieses Pfarramt entdeckt und dort eine landwirtschaftliche Schule errichtet. Auf diese Art wurde der Pfarrhof in Pischelsdorf saniert. (Prisching: „Er hat es nicht notwendig gehabt, er ist sich gut gestanden!“) Obwohl in der Landesregierung der Schulbau im dortigen Pfarrhofe abgelehnt wurde, hat man dennoch dort eine landwirtschaftliche Schule eingerichtet und den Pfarrhof

auf Kosten der Steuerzahler glänzend saniert. Für landwirtschaftliche Schüler wird das beste Lehrmittel der Anschauungsunterricht, eine gutgeführte Landwirtschaft mit einer schönen und großen Düngerstätte, aber nicht ein Pfarrhof sein. Dort wird der Schüler nichts lernen. Die Zeit, wo man mit Bittgängen die Landwirtschaft gefördert hat, ist längst vorbei. (Prisching: „Weiß ich nicht!“) Sie wissen ja, Herr Dechant Prisching, wie Rosegger durch seinen „Pinggaleitna Pfora“ darüber gedacht hat, wie „da Pinggaleitna Pfora“ mit einem Bittgang sich schließlich selbst die Grube gegraben hat. Ich glaube, die Zeit der Bittgänge ist vorbei. (Prisching: „Für Sie vielleicht, für uns nicht!“) Ich glaube, auch für die Bauern und für die Landwirtschaft überhaupt. Wenn Sie dem Landwirte heute erzählen würden, „du, jetzt ist es Zeit, um eine Bittprozession über die Felder zu machen;“ da wird er Ihnen abwinken. Ja, Herr Dechant, Sie fangen ja selbst schon an, die Heiligen abzubauen, Sie und Ihr Amtsbruder, der Herr Pfarrer Jenz, als Direktor der steirischen Feuer- und Viehversicherung, gehen beim Abbau der Heiligen mit gutem Beispiel voran. Bisher war es üblich ... (Jenz: „Wir wollen für Sie Platz machen!“) Zu einem solchen Säulenheiligen bin ich nicht der geeignete Mensch; ich bin viel zu unruhig; dazu gehört auch eine gewisse Scheinheiligkeit, die ich nicht besitze, für die Sie, Herr Pfarrer Jenz, die Eignung haben. Bisher haben Sie den Landwirten gepredigt, daß der beste Schutzheilige für das Feuer der heilige Florian, für das Vieh der heilige Leonhard ist. Es ist daher notwendig, zu diesen Heiligen zu wallfahren und auch entsprechend den Wünschen, die der Einzelne an den Heiligen zu stellen hat, Kerzen zu stiften. Ich gebe zu, daß die gesammelten Kerzenresten nicht mehr das nötige Erträgnis für eine Pfarrei abwerfen, weshalb ich es sehr gut verstehe, daß Sie mit Castiglioni und Bosel eine Vieh- und Feuerversicherungsgesellschaft gegründet haben. (Prisching: „Endlich ist es heraus!“ — Wallisch: „Sie sind einander würdig!“) Das ist sicher einträglicher, als das Sammeln der Kerzenstumpferln und Wachstreste auf den Opfertischen. Deshalb ist es nur natürlich, wenn Sie langsam anfangen, die Heiligen abzubauen, nachdem Sie einen einträglicheren Posten gefunden haben. Für die Bittgänge um Regen und eine gute Ernte geben Sie mit Ihrer neuesten Gründung nicht das beste Beispiel. Und wenn die Landwirte über Ihre Handlungen nur etwas nachdenken, dann werden Sie sagen: „Ja, wenn der Herr Pfarrer Jenz nicht mehr an den Floriani und den Leonhardi glaubt, warum predigt er dann noch immer, daß wir dorthin wallfahren gehen sollen. (Wallisch: „Er hat ja nie daran geglaubt!“) Mit dieser Methode werden Sie selbst bei der Landbevölkerung auf die Dauer nicht mehr weit kommen. Natürlich können Sie diese Methoden nicht mehr lassen, bildet doch die katholische Kirche in ihrer heutzigen Form den letzten Rückhalt des modernen Bank- und Industriekapitals, nachdem die bisherige Stütze, die Monarchie, gefallen ist. Nachdem diese Gewaltmaschine nicht mehr besteht, um die Kapitalisten gegen die Stürme der Arbeiter und Angestellten zu schützen, bleibt nur mehr eine Macht, das ist die kon-

servative Macht der Kirche und des Klerus. Und daß sich der Kapitalismus auf die noch einzig übriggebliebene Macht, den Klerus, stützt, das zeigt uns auch die Personalunion bei der steirischen Versicherungsgesellschaft: Castiglioni, Bosel, Zenz. Gleichzeitig zeigen Sie uns damit, daß Sie selbst anfangen, das Vertrauen an die Kraft der Kirche zu verlieren (Rufe: „O je!“), die Kirche als eine Art politische Kanzel benützen, um dort über die Sozialdemokratie zu wettern. Und wenn Sie über Religion und ihre Bedeutung sprechen und sie verteidigen wollen, dann gehen Sie in eine Versammlung, ins Gasthaus.

Aber nicht nur in Pischelsdorf wollten Sie die Pfarre sanieren. Kaum waren wir aus dem Finanzausschusse einmal herausgeschlüpft, so hat schon eine Tagung des Landeskulturausschusses stattgefunden, wo der Herr Pfarrer Zenz mit der Sanierung des Pfarrhofes von Schwanberg gekommen ist. Auch im dortigen Pfarrhofe sollte eine landwirtschaftliche Schule errichtet werden. Wenn dieser Pfarrhof nicht zu sanieren gewesen wäre, wäre der Gedanke, dort eine landwirtschaftliche Schule zu errichten, dem Herrn Pfarrer Zenz im Diesseits gewiß nicht gekommen. Aber weil man dem Pfarrer auf Kosten der Bevölkerung kräftig unter die Arme greifen wollte, weil es notwendig gewesen wäre, diese Gebäude zu adaptieren und aufzubauen ... (Zenz: „Das ist ja ein Blödsinn, was Sie reden, die Gebäude sind in gutem Zustande und brauchen nicht die mindeste Reparatur!“ — Wallisch: „Das ist eine Schmutzerei!“ — Zenz: „Von Ihnen ist nichts anderes zu erwarten, als daß Sie die Bauern umbringen!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, Herr Pfarrer Zenz, Sie haben nicht das Wort. (Zenz: „Ich weiß es, aber man soll nicht so einen Blödsinn reden!“ — Wallisch: „Rufen Sie ihn nur zur Ordnung!“ — Zenz: „Rufen Sie den Bela Kuhn zur Ordnung!“) Herr Abg. Leichin, ich bitte, fortzufahren. (Zenz: „Ein Schandmal für den Landtag! So ein Blödsinn!“ — Gföller: „Der Zenz muß stark davon betroffen sein!“) Ich muß Sie, Herr Abg. Zenz, deshalb rügen, weil Sie einen Ausdruck gebraucht haben, der in den Landtag nicht hereingehört. (Zenz: „Zehnmal!“ — Riegler: „Wenn andere solche Ausdrücke gebrauchen, da ist gar nichts dagegen gemacht worden!“) Auch Sie, Herr Landesrat Riegler, haben nicht das Recht, sich da hineinzumengen, sich im Landtage etwas anzumäßen, auch Sie als Landesrat haben sich unserer Geschäftsordnung zu fügen. (Lebhafte Unruhe. — Zenz: „Warum bleiben Sie stumm Ihren Parteigenossen gegenüber?“) Ich verzichte auf Ihre Belehrungen. Solange ich im Präsidium bin, haben Sie sich meinen Verfügungen zu fügen. Herr Abg. Leichin, ich bitte um Fortsetzung Ihrer Rede.

Leichin (fortfahrend): Ja, wenn von unserer Seite ein Blödsinn gesprochen wurde, so hätten doch die Herren (Wallisch: „So ist es!“) keine Ursache, sich so aufzuregen. Aufregen tut man sich nur über die Dinge, die einen schmerzen. Und man fängt an zu schreien, wenn einem gründlich auf die Zehen getreten wird. Wenn die Sache nicht so wäre, daß es Ihnen allein auf die Sanierung des Pfarrhofes angekommen

wäre, hätte der Landeskulturausschuß diese Vorlage nicht zum neuen Studium zurückverwiesen, dann hätte er sie nicht abgelehnt, und es hätte sicher nicht die Partei der Bauernbündler mit uns den Antrag gestellt, diese Vorlage zurückzustellen. Sie sehen, auch bei den Bauernbündlern war das Gefühl vorhanden, daß es sich nicht ausschließlich um die Errichtung einer landwirtschaftlichen Schule handelte, sondern einzig und allein um die Sanierung eines Pfarrhofes. (Zenz: „Das ist eine Verdrehung; in Ihren Köpfen brauchen Sie am allernotwendigsten eine Sanierung! So ein Blödsinn!“ — Wallisch: „Es schmerzt Sie die Wahrheit!“ — Zenz: „Nein, aber so einen Blödsinn da hereinzubringen!“ — Wallisch: „Wie ein Papagei! Zwanzigmal das gleiche, er kann nichts anderes!“) Herr Pfarrer Zenz, ich glaube, wenn dieser Ausspruch „Blödsinn“ ein Argument wäre, dann hätten Sie das durchschlagendste Argument für meine Ausführungen gebracht. Denn über einen Blödsinn regt man sich nicht auf. Aber vielleicht bringen Sie mir den Beweis, daß diese Vorlage des Landeskulturausschusses nicht aus diesen Gründen zurückgestellt, sondern dort angenommen wurde. Vielleicht erbringen Sie auch den Beweis, daß dort uns mitgeteilt wurde, daß auf diese Weise systematisch der Schulunterricht für die Landwirtschaft aufgebaut wird. Wenn Sie den erbringen, dann bekenne ich mich sehr gerne dazu, daß ich einen Blödsinn gesprochen habe. Solange Sie aber diesen Beweis nicht erbringen, werden jene Dinge, die ich hier vorgebracht habe, werden auch meine Argumente nicht zu bestreiten sein. Im übrigen kann auch beim Kapitel landwirtschaftliche Schulen gesagt werden, daß hier jede zielbewußte Arbeit fehlt, um den Ausbau der landwirtschaftlichen Schulen zu fördern.

Nun hat der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer und auch der Herr Finanzdechant Prisching erklärt, daß es dem Lande nicht möglich ist, einen Beitrag zum Wohnungsbau zu leisten. Der Finanzdechant Prisching hat sogar erklärt, daß es der Bund verbietet, daß das Land dazu etwas beiträgt. Ich habe dem Herrn Finanzdechanten damals gleich erklärt, er soll doch nicht den Finanzausschuß mit einer Versammlung des Vinzenzvereines vergleichen, wo die Leute solche Geschichten glauben. Den Mitgliedern des Vinzenzvereines kann man diese Dinge so erklären, die Obdachlosen oder seit Monaten in Eisenbahnwaggons wohnen, geben sich mit einer solchen Ausrede nicht zufrieden. Auch im Finanzausschusse sollen solche Argumente unterbleiben, soll man den Mut haben, die Wahrheit zu sagen. (Prisching: „Das habe ich nie gesagt!“) Ich erkläre, daß Sie das nicht nur im Finanzausschusse, sondern auch hier im offenen Hause erklärt haben, daß der Bund es nicht zulasse, es verbietet, daß das Land Gelder zum Wohnungsbau zur Verfügung stellt. Ich habe damals im Finanzausschusse dem Herrn Finanzreferenten erklärt: „Der Bund verbietet Ihnen gar nichts.“ Der Bund gestattet jedem Bundesstaate ... (Prisching: „Wir haben gesagt, es ist Aufgabe des Bundes und der Gemeinden!“) Aus welchem Grunde hätte ich Ihnen das im Finanzausschusse dann gesagt? Der

Bund verbietet Ihnen das nicht, sondern er sagt nur, daß das nicht Aufgabe des Landes ist, sondern daß das Wohnungsbaufinanzierung der Gemeinden und des Bundes ist. Diese Antwort habe ich Ihnen, Herr Finanzreferent, auf Ihre Erklärung gegeben. Ich hätte keine Ursache gehabt, Ihnen gegenüber diese Äußerung zu machen, wenn Sie nicht in dem von mir gekennzeichneten Sinne gesprochen hätten. Der Bund erlaubt es schon. (Prisching: „Er wäre ja froh, wenn wir das täten!“) Ich verstehe nicht, daß Sie es immer ablehnen, auf diesem Gebiete einzugreifen, zu helfen. Es ist charakteristisch, daß Sie immer sagen: ja, gehts in Graz zu Eurem Bürgermeister, Ihr habt dort einen sozialdemokratischen Bürgermeister, vermeiden es aber absichtlich, darauf zu verweisen, daß die bürgerlichen Parteien im Gemeinderate der Stadt Graz die Mehrheit haben und alles tun, um das Hausbauen zu hintertreiben. Aber nicht nur hier, Herr Finanzdechant, sondern auch in den Versammlungen draußen wird mit der gleichen Demagogie gearbeitet. Ich kann mich an eine Reihe Gemeindevärlerversammlungen erinnern, in denen Ihr Parteisekretär, der Sekretär der christlichsozialen Partei, wiederholt erklärte, daß an der Wohnungsnot in Graz die Sozialdemokraten schuld sind, weil sie keine Wohnungen bauen und nicht das Geld zum Bauen von Wohnungen hergeben. Dieses Beispiel zeigt wieder, daß Sie überall andere Argumente anwenden, immer aber, um die Wahrheit zu verdrehen und die Bevölkerung zu täuschen. Nachdem Sie Gelder für die Erhaltung der konfessionellen Schulen übrig haben, nachdem Sie bereit sind, Gelder für die Sanierung von Pfarrhöfen auszugeben, müßten Sie wohl auch Gelder zum Wohnungsbau zur Verfügung stellen, was allein vom Standpunkte Ihres Christentums Pflicht wäre, aber Sie verstehen es dafür nur zu gut, Ihre eigenen Interessen wahrzunehmen. (Prisching: „Sie haben ja früher gesagt, ich verstehe nichts!“) Das verstehen Sie schon. Sie brauchen bloß Ihren Gesetzentwurf über die Lohn- und Gehaltsabgabe anzusehen. Da heißt es, daß alle Banken in Zukunft 8 Prozent an Lohn- und Gehaltsabgabe zu zahlen haben, ausgenommen die Banken, die in der Steiermark ihren Sitz haben. Die wollen Sie von der 8prozentigen Lohn- und Gehaltsabgabe ausgenommen wissen, von welcher Ausnahme natürlich auch die Steirerbank begünstigt wird. Das verstehen Sie, Ausnahmen zu schaffen, damit Sie keine Steuer bezahlen brauchen, Ihre Stellung dazu zu mißbrauchen. (Spak: „Auch für Ihre Bank!“ — Wallisch: „Das ist ja eine Genossenschaft!“) Herr Spak, das erzählen Sie. Diesen Unsinn hätten Sie bei der Domeroöffnung in Linz erzählen sollen, wo man es Ihnen nicht übel genommen hätte, hier aber sollen Sie diese Dinge nicht erzählen; weiß doch jeder Mensch, daß unsere Bank eine Genossenschaftsbank ist, die keine Effekengeschäfte macht, keine Valuten kauft und verkauft, nicht auf der Börse spekuliert, sondern ihre Gelder an die Genossenschaftsmitglieder verleiht. Und diese Mitglieder, das ist der Konsumverein, der „Arbeiterwille“, sind die Organisationen, sind unsere Gewerkschaften. Das ist eine genossenschaftliche Anstalt, in der auch die Arbeiter ihre geringen Ersparnisse einlegen. Es ist natürlich eine

gewisse Absicht damit verbunden, wenn Sie die Genossenschaftsbank in der Annenstraße immer auf die gleiche Stufe mit der Steirerbank Rintelen, Bosel, Castiglioni & Co. stellen. Die Absicht kennen wir. Damit wollen Sie sagen, seht Ihr die Sozialdemokraten, die sind ja auch schon Bankbesitzer. Und nicht nur Rintelen bekommt Zantien, sondern auch Muchitsch, Oberzaucher und wie sie alle heißen, die dort ihre Tätigkeit ausüben. Wir wissen schon, wo es gilt, Ihre Interessen wahrzunehmen, da verstehen Sie die Dinge zu dechselfeln, dann kann das Land auf diese Abgaben verzichten, um Ihren Gewinn zu erhöhen. Wenn Sie nur etwas Ehrgefühl hätten, müßten Sie es ablehnen, daß die Steirerbank bei der Besteuerung bevorzugt wird, daß sie statt 8 Prozent nur 6 Prozent an Lohn- und Gehaltsabgabe zu bezahlen braucht. Ich glaube, es dürfte Ihr Stolz nicht zulassen, daß das Land, das so wenig Geld hat, das Geld so notwendig braucht, zu diesem Zwecke die Grundsteuer und Gebäudesteuer fast um 100 Prozent erhöhen mußte, das an allen Enden sucht, Gelder zu bekommen, Einnahmen in der Weise verliert, daß Sie die Banken, die in Steiermark ihren Sitz haben, darunter die Steirerbank, die Bank des Landeshauptmannes, von der höheren Besteuerung ausnehmen, daß heißt, seine politische Macht zum eigenen Vorteil mißbrauchen.

Wir meinen, es wäre schon möglich, wenn der Herr Finanzreferent den ernstlichen Willen hätte, der Wohnungsnot zu steuern, daß auf diesem Gebiete auch etwas getan werden könnte. Allerdings ist es billiger, wenn Ihre Kollegin und Parteigenossin Frau Abg. Mikola den Frauen eine bessere Wohnung gratis im Himmel verspricht. (Spak: „Da ist eine schöne Aussicht damit verbunden!“) Ja, die schauen dann herunter auf den Glanz der Christlichsozialen und freuen sich, wie diese Herren im Irdischen es verstehen, ein glänzendes Dasein zu führen. Nicht ins Jenseits sollen Sie den Bau der Wohnungen verlegen, es wäre wohl christlicher, wenn Sie sich schon im Diesseits dafür einsetzen und Ihrer Pflicht bewußt würden.

Es hat auch Herr Landesrat Winkler auf diesem Gebiete geackert und ich kann wirklich nicht verstehen, wie sich die Bauernbündler bemüht fühlen, auf diesem Gebiete nun ebenfalls Würmer zu graben und sich für die Hausbesitzer einzusetzen. Welchen Vorteil oder welchen Nachteil hat der Landwirt, wenn die Mietzinse in den Städten gesteigert werden? Herr Landesrat Winkler hat erklärt, so lange Wohnungen für 50.000 K zu haben sind, werden natürlich die Wohnungen, die 10 und 20 Millionen Kronen kosten, nicht bezogen und werden leerstehen. Ich möchte an den Herrn Landesrat Winkler die Frage richten, ob er sich ein Bild darüber gemacht hat, wie sich eine solche Mietzinssteigerung auswirken würde. Was hätte das zur Folge? Die Grundlage für die Bemessung des Preises aller Produkte ist der Preis für die Arbeitskraft, der im Arbeitslohn zum Ausdruck kommt, den der Arbeiter, der Angestellte für die Veranlagung seiner Arbeitskraft bekommt. Davon muß er einen Teil für die Erhaltung seiner Wohnung, ohne die selbst der Arbeiter nicht leben kann, also zur Zahlung des

Mietzinses, ausgeben. Wir haben als Arbeiter in der Steiermark eine Siedlungsgenossenschaft gegründet und bemühen uns nun, kleine Einfamilienhäuser für die Arbeiter und Angestellten aufzurichten, wozu uns Pläne der allerkleinsten Typen vorliegen. Die Siedlungsbauten kommen nach unserer Berechnung noch immer billiger als wie die Hochbauten. Dazu kommt noch, daß diese Siedlungsbauten verbunden sind mit einem kleinen Garten, wo die Frau oder der Mann nach Feierabend etwas Gartenwirtschaft betreiben kann. Die kleinsten Siedlungsbauten kosten uns 85 Millionen Kronen, ein etwas größerer Siedlungsbau schon 100 Millionen Kronen. Wenn wir diese 85 Millionen oder 100 Millionen Kronen, die wir zum Bauen verwenden, bei einer Bank aufnehmen müßten — wir haben noch kein Kapital, wir hoffen aber, solches zu bekommen; vielleicht werden wir auch bei Herrn Landesrat Prisching dafür Verständnis finden, nur fürchte ich, daß er auf diesem Gebiete recht hart gefassten ist — also, wenn wir diese Siedlungsbauten mit Bankkapital bauen müßten, wenn der Arbeiter einen bankmäßigen Zinsfuß für 85 oder 100 Millionen Kronen bezahlen sollte, muß er, ich rechne nur mit runden Ziffern, mindestens 20 Prozent bezahlen. Wir wissen alle, daß er zu diesem Zinsfuß die Gelder nicht bekommt, daß er viel mehr bezahlen muß. Aber ich rechne nur mit 20 Prozent. Wenn wir mit 20 Prozent rechnen, dann muß der Inhaber des kleinsten Siedlungsbaues, des Baues, der uns 85 Millionen Kronen kostet, jährlich 17 Millionen Kronen an Zinsen aufbringen. Herr Landesrat Winkler, der hochqualifizierte Arbeiter verdient heute durchschnittlich nur 300.000 bis 350.000 K pro Woche, der Beamte durchschnittlich 2 Millionen Kronen im Monat. Sagen Sie mir, wie der Arbeiter, der 300.000 bis 350.000 K verdient — das ist schon der bestqualifizierte, was wir Ihnen auf Grund der Lohnstatistiken nachweisen können — monatlich zur Zahlung der Zinsen ohne Amortisation des Kapitals mindestens 1.120.000 K aufbringen soll. Unter solchen Umständen müßte der Arbeiter glatt verhungern, da ihm und seiner Familie nichts mehr bleibt. Nun wird mir einer der Herren sagen, dann ist es notwendig, daß die Unternehmer einen entsprechend hohen Lohn dem Arbeiter, der Bund, die Länder und Gemeinden ihren Angestellten ein entsprechend hohes Gehalt bezahlen. Was wäre die Folge des höheren Lohnes und Gehaltes? Der Lohn bildet den Hauptteil des Wertes eines Produktes, der in der Höhe des Preises, der für das Produkt bezahlt wird, seinen Ausdruck findet. Steigt der Lohn, muß natürlich auch der Preis der Produkte steigen. In diesem Falle müßte der Lohn des Arbeiters mindestens von 350.000 auf 800.000 bis 1.000.000 K pro Woche steigen, wenn der Arbeiter leben und die Amortisation neben den Zinsen für ein kleines Häuschen oder eine bescheidene Wohnung bezahlen soll. Das gilt nicht nur für den Siedlungsbau, sondern auch für die Wohnung im Hochbau. Der Beamte müßte statt 2.000.000 K monatlich mindestens 5 bis 6 Millionen Kronen beziehen, um ebenfalls die Amortisation und Zinsen für diese Bauten bezahlen zu können. Dieser höhere Mietzins muß sich ausdrücken in der Höhe

der Preise für Eisen, Holz, für jedes fertige Fabrikat, Schuhe, Kleider, Hüte und Lebensmittel, welche höhere Preise natürlich auch der Landwirt bezahlen muß. Und wenn Sie schon heute darüber Klage führen, daß die Produkte am Lande beim Hufschmied, beim Wagner viel höher sind als die Preise für . . . (Winkler: „Trotz des Mieterschutzes!“), dann werden Sie trotz Abbau des Mieterschutzes nicht vergessen dürfen, daß die Preise für das Getreide, ganz gleich, ob sie durch den Zollschutz oder eine Monopoleinrichtung höher sein werden, letzten Endes von dem Weltmarktpreise abhängen. Und dieser Weltmarktpreis wird derselbe bleiben, wie es es gegenwärtig ist, während die Preise für die Industrieprodukte im Lande nicht um 100 Prozent, sondern mindestens um 1000 bis 3000 Prozent steigen werden. (Winkler: „Das stimmt ja dann nicht!“) Sie wissen, Herr Kollege Winkler, daß wir Gegner dieser Kapitalistenwirtschaft sind (Winkler: „Dann ist etwas faul im Staate Dänemark!“), wir diese Wirtschaft bekämpfen und beseitigen wollen.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich ersuche den Herrn Abgeordneten, seine Rede zu unterbrechen, es ist bereits 9 Uhr.

Ich habe noch mitzuteilen, daß die Herren Abg. Pörtl und Steiner sich für die heutige Sitzung entschuldigt haben.

Ich unterbreche hiemit die Sitzung, die Fortsetzung derselben findet morgen Dienstag, den 6. Mai, um 10 Uhr vormittags statt.

(Die Sitzung wird am 5. Mai um 9 Uhr abends unterbrochen und vom Präsidenten Kölbl am 6. Mai um 10 Uhr 5 Minuten vormittags wieder aufgenommen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne die Sitzung wieder und erteile Herrn Abg. Leichin zur Fortsetzung seiner Rede das Wort.

Leichin (Fortsetzung): Hohes Haus! Eines der wichtigsten Probleme, das alle Parteien beschäftigen sollte, ist das Wohnungsproblem und, mit diesem enge verbunden, der Mieterschutz. Ich wundere mich, daß die bürgerlichen Parteien der Meinung sind, daß sie das Problem auf die Weise leicht lösen, wenn sie versuchen, den Mieterschutz zu beseitigen. Sie glauben, damit sei das ganze Wohnungselend und die Wohnungsfrage beseitigt, tritt der Zustand wie vor dem Kriege ein, wo es für sie keine Wohnungsfrage gab. Wir wissen, daß dort, wo Arbeiter in der Regierung sitzen, wo Sozialdemokraten etwas zu sagen und die Mehrheit in der Regierung haben, daß dort schon versucht wird, auf eine bessere Art das Wohnungsproblem zu lösen. Wie sehen das in Wien und haben das auch aus den Beschlüssen in England in letzterer Zeit wahrnehmen können. Ich wundere mich nur, daß die Bauernbündler nun ebenfalls auf die einfache Art der Beseitigung des Mieterschutzgesetzes das Wohnungsproblem zu lösen glauben und daß sie dieses Problem nicht etwas tiefer und gründlicher studierten, vor allen Dingen schon deshalb, weil die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes eine Revolution auf dem Gebiete der Preisgestaltung in Deutschösterreich hervorrufen würde. Und nicht nur auf dem Gebiete der Preis-

gestaltung, sondern eine abermalige ungeheure Geldentwertung würde die Folge sein. Wenn wir uns fragen, welche Folgen die Aufhebung des Mieterschutzgesetzes haben würde, so müssen wir berücksichtigen, ob die Löhne und Gehälter, die vor dem Kriege bezahlt wurden, heute valorisiert sind, ob sie entsprechend den Preisen in der Industrie und Landwirtschaft gestiegen sind, damit der Arbeiter und Angestellte auch die erhöhten Mietzinse bezahlen kann. Wie steht es mit den Löhnen der Arbeiter und den Gehältern der Angestellten? Für den Hilfsarbeiter betrug vor dem Kriege der Mindestlohn in unserer Industrie 18 bis 20 K pro Woche. Wenn wir diesen niederen Lohn valorisieren, bekommen wir einen Wochenlohn von 260.000 bis 290.000 K. Ein sehr großer Teil der Arbeiterschaft hat diese Löhne heute noch nicht erreicht. Wir wissen, daß ein sehr beträchtlicher Teil der Arbeiter unter 200.000 K und der größte Teil der Arbeiter nicht über 250.000 K Wochenlohn hat. Daraus geht hervor, daß auf dem Gebiete der Entlohnung längst nicht die volle Valorisierung eingetreten ist, der Friedenslohn nicht erreicht wurde. Dasselbe gilt auch von den Gehältern. Nun nehmen wir an, daß gegenwärtig ein qualifizierter Arbeiter einen Wochenlohn von 350.000 K hat, das würde ein Monatseinkommen von $1\frac{1}{2}$ Millionen ergeben. Die Ziffern, die ich für den Mietzins nehme, sind fiktiv, werden aber im allgemeinen stimmen. Der Mietzins beträgt samt Gebäudeerhaltung 80.000 bis 100.000 Kronen, beträgt also inklusive des Beitrages für Gebäudeerhaltung 6 Prozent vom Lohn. Nun fragen wir uns, wie wird sich der Mietzins gestalten, wenn das Mieterschutzgesetz aufgehoben wird. Das können Sie aus den Preisen für Neubauten ersehen. Wir wissen, daß dort ebenso wie in der Landwirtschaft bei hoher Nachfrage die ungünstigen Produktionsverhältnisse preisbestimmend sind. Ist Getreidemangel vorhanden, wird jener Boden, der die wenigsten Produkte hervorbringt, bei dem aber die meiste Arbeit dazu aufgewendet werden mußte, preisbestimmend sein. Genau so verhält es sich bei den Wohnungen. Es herrscht ein ungeheurer Mangel, daher eine gewaltige Nachfrage nach Wohnungen. Deshalb sind auch die gegenwärtigen Produktionsverhältnisse preisbestimmend für alle Wohnungen, für die neuen, wie für die alten Wohnungen. Ich will nicht davon sprechen, wie hoch sich gegenwärtig Zimmer und Küche bei einem Neubau stellen. Wir wissen, daß die Preise bei Hochbauten sich etwas höher stellen als wie bei Siedlungsbauten. Es kommt durchschnittlich die Herstellung einer kleineren Wohnung von Küche und Zimmer auf 100 bis 120 Millionen Kronen zu stehen. Ich will mich daher nur mit Siedlungsbauten beschäftigen, weil sie etwas billiger zu stehen kommen und weil ich selbst einer in Graz gegründeten Siedlungsgenossenschaft angehöre, die sich bemüht, auf dem Gebiete des Wohnungsbaues fördernd einzugreifen. Die billigste Siedlungswohnung würde nach unseren vorgelegten Plänen mit einer Wohnküche, zwei kleinen Schlafstuben und einer kleinen Spüle 80 Millionen Kronen kosten, während ein etwas größeres Siedlungsgebäude mit drei Räumen 100 Millionen Kronen kosten würde. Sie alle wissen, daß in der Zeit der großen Spekulation für diese Zwecke Kapital

sehr schwer zu bekommen ist. Auf dem Gebiete der Spekulation sind auch gegenwärtig noch nach den Verlusten in Wien sehr leicht höhere Gewinne zu erzielen, aus welchem Grunde keine Bank Geld für Haus- oder Siedlungsbauten hergibt. Wenn mit den Siedlungsbauten dennoch begonnen wird, dann muß die Genossenschaft, wenn sie das Geld billig bekommt, wenigstens 20 Prozent Zinsen bezahlen. Es würde also der Siedlungsbau bei einer 20prozentigen Verzinsung jährlich eine Verzinsung von 16 bis 20 Millionen Kronen erfordern. Jene Schichten, die in einer Wohnküche und einer kleinen Stube oder in einer Wohnküche und zwei kleinen Stuben wohnen, das sind keine Kapitalisten oder Bankdirektoren oder Aktionäre, keine wohlhabenden Leute, sondern Arbeiter und Angestellte. Diese müßten allein zur Verzinsung des aufgewendeten Baukapitals von 80 und 100 Millionen Kronen mindestens monatlich 1,350.000 bis 1,650.000 K Zins aufbringen. Bei einem Wochenlohn von 350.000 K für einen qualifizierten Arbeiter, also bei einem Monatslohn von $1\frac{1}{2}$ Millionen Kronen, ist das ausgeschlossen, und es ist daher unmöglich, daß dieser Arbeiter nur den Zins ohne Amortisation zahlen könnte. Wenn das Mietengesetz aufgehoben, wenn also auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes der freie Wettbewerb eintreten würde, dann würde sich der Mietzins aller Wohnungen nach dem Mietzins in den Siedlungs- oder Neubauten richten. Es würde daher der Mietzins einer Wohnung von Zimmer und Küche monatlich eine Million weit übersteigen, während er für eine größere Wohnung entsprechend höher wäre. Wenn also der Mietzins pro Monat um fast das 15fache steigen würde, dann wäre es für die Arbeiter und Angestellten nicht möglich, mit dem heute gezahlten Lohn und Gehalt zu leben. Nehmen wir bloß an, daß ein Arbeiter mit einem wöchentlichen Einkommen von 350.000 K einen monatlichen Mietzins von einer Million Kronen bezahlen müßte, dann müßte sich sein Lohn um diese eine Million mindestens erhöhen, müßte also um zwei Drittel, das ist von 1,500.000 K auf 2,500.000 K steigen. Entsprechend müßte auch das Gehalt der Angestellten ebenfalls mindestens um zwei Drittel steigen. Aber wird es dann dabei bleiben? Dieser erhöhte Lohn und dieses gesteigerte Gehalt werden sich in den Gesteuerungskosten bei der Produktion in der Industrie und auf allen anderen Gebieten auswirken. Denn wie wird der Wert eines Produktes bemessen? Der Wert eines Produktes wird bemessen an der zu seiner Herstellung erforderlichen Arbeitszeit. Das ist der allgemeine Wertmesser. Wenn diese Arbeitszeit um zwei Drittel höher bezahlt werden muß, weil eben der Mietzins es erfordert, so wird natürlich auch das Produkt, das in dieser Arbeitszeit erzeugt wird, im Preise entsprechend steigen. Es werden also alle Industrieprodukte notwendigerweise durch die Erhöhung der Löhne und Gehälter steigen müssen.

Was bedeutet aber diese Preissteigerung innerhalb unseres Wirtschaftslebens und wie werden die Landwirte dabei getroffen? Diese Preissteigerung wird zur Folge haben, daß der Arbeiter auch mit jenem Teil des Lohnes, den er bisher zum Ankauf von Lebensmitteln und von sonstigen Bedarfsartikeln verwendet

hat, nicht ausreichen wird. Drückt sich doch letzten Endes die Erhöhung des Mietzinses in der Steigerung der Preise für Schuhe, Kleider und allen sonstigen Bedarfsartikeln aus. Und da die erhöhten Produktionskosten der Industrieprodukte auch die Landwirtschaft zu bezahlen hat, werden natürlich auch die Preise für landwirtschaftliche Produkte steigen müssen. Es muß daher der Lohn des Arbeiters und das Gehalt des Angestellten noch bedeutend weiter steigen, um neben dem erhöhten Mietzins auch das Leben bestreiten zu können, um ihn nicht zu zwingen, daß er weniger Nahrung zu sich nimmt, daß er weniger Kleider trägt, daß er und seine Familie sich mehr einschränkt, als das heute schon der Fall ist. Es bleibt das nur Herrn Zimmernann in Wien überlassen, zu behaupten, daß die arbeitende Bevölkerung in Österreich ein Wohllleben führt. Es werden unter diesen von Ihnen geforderten Umständen die Preise für die Produkte gewaltig steigen.

Welches Interesse hat nun die Landwirtschaft an der Steigerung der Mietzins, die eine allgemeine Preiserhöhung in Stadt und Land zur Folge hat? Wird doch dadurch auch der Landwirt hart getroffen, der dann selbstverständlich weit höhere Preise für seine Bedarfsartikel bezahlen muß. Allerdings wird die Landwirtschaft auch ihrerseits höhere Preise für ihre Produkte verlangen. Aber der Preiserhöhung in der Landwirtschaft und der Industrie sind durch die Konkurrenz des Auslandes Grenzen gesetzt, über die beide nicht hinauskönnen. Die Preise des Auslandes sind auch bestimmend für die Preise der Industrie und der Agrarprodukte bei uns. Gewiß können wir uns mit Hilfe der Zölle schützen, aber auch dieser Schutz hat seine Grenzen, weil wir auf die Einfuhr aus dem Auslande angewiesen sind. Dabei müssen wir uns die Frage vorlegen, ob wir die Zölle so ganz nach unserem Bedürfnis erhöhen können? Da lehrt uns die Geschichte, daß das nicht der Fall ist. Wird doch die Höhe der Zölle erst bestimmt bei den Verhandlungen mit dem Auslande, welches unsere Industrieprodukte kauft und aus welchem wir unsere fehlenden Roh- und Agrarprodukte einführen. Es liegt also nicht ausschließlich in unserer Macht, sondern wird die Höhe der Zölle von den wirtschaftlichen Interessen des Auslandes, mit dem wir im Verkehre stehen, mitbestimmt. Schon aus diesem Grunde können wir nicht ins Unendliche die Zölle erhöhen und unterliegen wir deshalb auf dem Gebiete der Agrarwirtschaft und Industrie der Konkurrenz des Auslandes.

Ich sehe also gar keinen Nutzen für die Landwirtschaft, wenn der Mieterschutz aufgehoben wird. Ich weiß wirklich nicht, welchen Vorteil die Landwirtschaft haben soll, wenn die Hausbesitzer in der Stadt nun auf einmal ein arbeitsloses Einkommen, eine Rente, empfangen sollen. Nach meiner Meinung ist der Landwirt an der Aufhebung des Mieterschutzes gar nicht interessiert, da er ja durch die sich daraus ergebenden Erhöhungen der Produktionskosten hart getroffen wird und einen großen Teil der Rente, welche dann an den Hausbesitzer wieder gezahlt wird, mitbezahlen muß. Es ist merkwürdig, daß die Bauernbündler, die doch ausschließlich eine Klassenpartei sind... — (Hartleb:

„Verwechseln Sie nicht die Begriffe, Herr Leichn. Klasse und Stand ist nicht dasselbe!“) Nein, das ist eine Klassenpartei der Landwirte. — (Hartleb: „Das ist nur in Ihrem Kopf so!“), daß diese Partei, die ausschließlich Landwirte vertritt, auf einmal ein Interesse haben soll, daß in den Städten für die Hausbesitzer wieder ein arbeitsloses Einkommen geschaffen wird.

Wie steht es mit der Rente bei unserer Landwirtschaft? Wenn wir uns die letzten Ziffern — und ich habe keine anderen wie die des Professors Wittschieben — über die Größe der landwirtschaftlichen Unternehmungen in Steiermark zugrunde legen, so sehen wir, daß über 60 Prozent aller landwirtschaftlichen Unternehmungen Steiermarks Bedarfswirtschaften sind, die keine Rente abwerfen. Nur ein geringer Prozentsatz der steirischen Landwirtschaft, die fremde Arbeitskräfte in ihren Dienst stellt und dadurch einen Gewinn aus dem Grundbesitz einsteckt, wirft eine Grundrente ab. Das trifft beim Großgrundbesitz, den Stiften und Klöstern zu, die wir in Steiermark haben. (Zwischenruf: „Sie haben auch keine Grundrente, weil sie schlecht wirtschaften!“) Das geht uns nichts an. Wenn sie schlecht wirtschaften, wenn sie es nicht verstehen, sollen sie es bleiben und den Pflug anderen führen lassen. Es ist das ja nicht eine Sache, die uns interessiert, uns interessiert die Entstehung der Grundrente und da ist es eine Tatsache, daß der größte Teil unserer Landwirtschaft in Steiermark Bedarfswirtschaften sind, während nur ein geringer Prozentsatz im Verhältnis zur Gesamtheit dieser Wirtschaften eine Grundrente abwirft. Aus diesem Umstand können wir es nicht glauben, daß irgendein Landwirt, mit Ausnahme des Großgrundbesitzes, dafür sein sollte, daß in den Städten mit Ihrer Hilfe auf einmal wieder ein arbeitsloses Einkommen für die großen reichen Hausbesitzer geschaffen werde, daß diese Hausbesitzer nunmehr mit Hilfe der Landwirte wieder eine Grundrente bekommen sollen, zu der sie nichts beigetragen haben. Ich muß da schon fragen, welche Arbeit hat es einer Reihe von Leuten gekostet, die seit dem Kriege in einer Stadt Besitzer eines Hauses geworden sind und nun ein arbeitsloses Einkommen beziehen sollen, zu denen ihnen die Agitation der Bauernbündler verhilft. Ich bin der Auffassung, wenn mit den Bauern darüber ein sehr ernstes Wort gesprochen und ihnen die Sache klargemacht würde, dann würden es die Bauern gar nicht verstehen, wieso sie vor den Wagen der städtischen Hausbesitzer, die meist auch Kriegsgewinner sind, mit denen sie ja nichts zu tun haben, gespannt werden sollen, damit diese ein arbeitsloses Einkommen erhalten, während sie bei schwerster Arbeit nicht viel über ihren eigenen Bedarf erwirtschaften. Die Bauernbündler sind, davon sind wir überzeugt, diese Koalition mit den städtischen Hausbesitzern ausschließlich zum Zwecke eines Wahlmanövers eingegangen, um vielleicht ein Mandat zu erobern. Diese Taktik wird Ihnen keinen Erfolg bringen. Denn in demselben Moment, wo es den Christlichsozialen gelingt, die Wünsche der Hausbesitzer zu erfüllen, was sie auch immer wieder versuchten, so wird bei Ihnen kein Hausbesitzer als Parteimitglied mehr zu finden sein. Selbst der selige Herr Pistor wird den Weg zu jener Partei finden,

die viel besser als die Ihre geeignet ist, die Interessen seines Standes zu wahren. Es widerspricht auch dem Wesen einer Bauernpartei, die doch die Bauernbündler sein wollen, daß sie sich für den Hausbesitz in der Stadt einsetzt, damit dieser ein arbeitsloses Einkommen, eine Grundrente, empfängt.

Diese Frage hängt ja auch sehr eng zusammen mit den Zöllen. Ich habe hier schon einen Interessenteil der Landwirtschaft gestreift. Wir sehen, daß durch die allgemeine Erhöhung der Mietzinse auf das Zehntausend- ja auf das Fünfzehntausendfache, nach unserer Auffassung auch die Landwirtschaft deshalb hart getroffen würde, weil die allgemeinen Produktionskosten steigen würden, wodurch ja die Landwirtschaft nicht unberührt bleiben würde. Ich habe schon darauf verwiesen, daß über 60 Prozent unserer Landwirtschaft in Steiermark Bedarfswirtschaften sind, die nichts zu veräußern haben. Soweit sie etwas verkaufen, verkaufen sie ein Stückel Vieh, um ihre Steuer zu bezahlen, um sich Kleider zu kaufen und die übrigen Bedarfserfordernisse zu decken, aber nicht zu dem Zwecke, um das Geld bei der Sparkasse einzulegen oder vielleicht gar auf der Börse zu spekulieren. Nun müssen wir fragen, hat die Landwirtschaft, wie sie bei uns in Österreich oder in Steiermark beschaffen ist, ein Interesse an dem Zoll? Vor dem Kriege war in der seligen österreichisch-ungarischen Monarchie über die Hälfte der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig gewesen und brauchten wir aus dem Auslande nichts an landwirtschaftlichen Produkten einzuführen. Mit den Erträgen unserer Landwirtschaft konnten wir auch den Bedarf der übrigen Bevölkerung decken. Aber auch bei der Industrie war es so. Das ungeheure Gebiet und die Menge der Bevölkerung, die innerhalb der Grenzen der Monarchie wohnte, gab auch der Industrie zum Absatz ihrer Produkte die Möglichkeit. So war es verständlich oder wenigstens einigermaßen plausibel, wenn zum Schutze für die Landwirtschaft und der Industrie Zölle eingeführt wurden. Wie steht es aber heute? Heute sehen wir, daß nur etwas über ein Drittel der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist und zwei Drittel in Industrie und Handel ihr Fortkommen findet. Wir haben also ein Interesse daran, daß unsere Industrieprodukte ausgeführt werden, wir haben ein Interesse daran, daß es möglich ist, unsere Industrieprodukte in das Ausland verkaufen zu können. Wenn wir unsere Industrieprodukte an das Ausland verkaufen wollen, dann muß auch unsere Industrie einigermaßen konkurrenzfähig sein, was sie nur dann ist, wenn nicht nur die Industrie unter denselben fortschrittlichen, technischen Bedingungen arbeitet, wie das Ausland, sondern auch zu denselben Preisen liefern kann. Das ist aber nur dann möglich, wenn unsere Industriebevölkerung zu denselben Preisen die landwirtschaftlichen Produkte, das heißt die Lebensmittel bekommt, wie das bei der Industriebevölkerung im Auslande der Fall ist. Nun wissen wir aber, daß unsere Landwirtschaft unter weit ungünstigeren Verhältnissen arbeitet, wie die Landwirtschaft im Ausland, wo die klimatischen und Bodenverhältnisse für die Landwirtschaft bedeutend geeignetere sind. Es fällt mir gar nicht ein, zu verlangen, daß die Landwirtschaft der Industrie-

bevölkerung nur deshalb die Lebensmittel billig liefern muß, damit die Industrie konkurrenzfähig bleibt. Die Landwirtschaft hat ebenfalls ein Recht darauf, daß ihre Interessen gewahrt werden, daß es unsern Landwirten ermöglicht wird, innerhalb der gegebenen Verhältnisse konkurrenzfähig zu bleiben und ihr sicheres Fortkommen zu finden, eine gewisse Sicherheit dafür hat, daß nicht wieder, wie vor dem Kriege, Unmassen von kleinen Wirtschaftsbesitzern unter den Hammer kommen und so ein großer Teil der kleinen Landwirte aufhört zu existieren. Wie ist das möglich, daß wir die Landwirtschaft in diesem Sinne schützen und fördern? Im allgemeinen wird wieder nach dem einfachen Mittel der Zölle gerufen, die vor dem Kriege die Landwirte vor dem Untergang nicht bewahrten. Es heißt nun: „Erhöht die Zölle, damit wird der Landwirtschaft geholfen sein.“ Sie kennen die Statistik, die in der Generalversammlung der Landwirtschaftsgesellschaft der Herr Direktor Sch ne i t e r vorgelegt hat. Im Jahre 1922, soweit ich die Ziffern im Kopf habe, wurde laut dieser Statistik allein für 270 Millionen Goldkronen Getreide eingeführt. Diese Einfuhr von Getreide ist im Jahre 1923, in welchem Jahre sich die wirtschaftlichen Verhältnisse Österreichs günstiger gestalteten, fast um 100 Prozent, auf ungefähr 490 Millionen Goldkronen gestiegen. Wenn wir von diesen 490 Millionen Goldkronen auch jenen Teil abziehen, der für andere Produkte, die in dieser statistischen Rubrik angeführt sind, verausgabt wurden, so verbleiben noch immer 400 Millionen Goldkronen für die Einfuhr von Getreide. Wir müssen also fast zwei Drittel des Getreidebedarfes aus dem Ausland decken. Nun stellen Sie sich vor. . . (H a r t l e b : „Das ist ja nicht richtig!“ — W i n k l e r : „Im Jahre 1923 betrug diese Ziffer nur 242 Millionen Goldkronen!“) Ich bitte, Ihre Behauptung ist nicht richtig, was ich Ihnen gleich nachweisen werde. Im Jahre 1923 beträgt die Einfuhrziffer in Goldkronen 496 Millionen inklusive der Einfuhr von Getränken. Wenn Sie diese abziehen und dafür rund 100 Millionen Goldkronen einsetzen, dann bleiben 396 Millionen Goldkronen für die Einfuhr von Getreide. (H a r t l e b : „Und die Inlandserzeugung?“) Ich habe erklärt, daß das fast zwei Drittel des gesamten Bedarfes an Getreide sind, was hier im Jahre 1923 eingeführt wurde. (H a r t l e b : „Nicht einmal ein Drittel!“) Es ist schon mehr als ein Drittel, was selbst die Statistik des Herrn Direktors Sch ne i t e r aufzeigt, der doch in Ihrem Sinne zu bestimmten Zwecken die statistische Tabelle ausarbeitete. (W i n k l e r : „259 Millionen.“) Ich erkläre nochmals, die Ziffern der Statistik des Herrn Direktors Sch ne i t e r entnommen zu haben. Wir wissen, daß im Jahre 1922 die Einfuhr von Lebensmitteln gewaltig gedrosselt wurde, was in den wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie im Jahre 1922, dem Jahre der größten Geldentwertung, herrschten, gelegen war. Aber im Jahre 1923, in welchem sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gebessert haben, ist auch die Einfuhr an Lebensmitteln gestiegen. Nehmen wir aber an, die Einfuhr an Lebensmitteln hätte nur die Hälfte unseres gesamten Bedarfes an Getreide und Lebensmitteln betragen, was für eine Zolllast wäre der Bevölkerung bei einem Friedenszoll von 5 Goldkronen auf-

gebürdet worden. Bei einem Getreidezoll von 5 Goldkronen würde im Jahre 1922 die Bevölkerung bereits 416 Milliarden Kronen an Getreidezöllen bezahlt haben, bei welcher Berechnung ich die Ziffer Ihrer Statistik, des Direktors Sch ne i t e r, verwende. Und diese 416 Milliarden Seipelkronen würde nicht ausschließlich die Bevölkerung in den Städten, sondern auch die Bauernbevölkerung am Lande zahlen. Sie wissen sehr gut, daß ein großer Teil unserer Landwirte, vor allem in den Alpengebieten, kein Getreide baut, und soweit sie Getreide bauen, bauen sie es nur zum eigenen Bedarf. Der größte Teil der Landwirte muß das ganze Jahr Brot kaufen. Es gibt bei uns in Steiermark Landwirte, die ihren gesamten Bedarf an Mehl und Brot das Jahr über kaufen. Diese Landwirte müßten natürlich diesen Zoll mitzahlen. Der überwiegende Teil der Landwirte, das ist die Mehrheit in Steiermark und fast die Mehrheit in Österreich, weil der größte Teil des Bodens gebirgig ist und die Möglichkeit zu einem erfolgreichen Getreidebau nicht gegeben ist, würde den Getreidezoll mitbezahlen müssen. Gleichzeitig kommt noch hinzu, daß mit der Aufrichtung der Getreidezölle auch die Zölle für Futtermittel ausgerichtet werden. (Ing. W i s a n n: „Wir brauchen nur Getreide einführen, aber nicht Mehl!“) Das kommt schließlich auf dasselbe hinaus (Ing. W i s a n n: „Gar keine Spur!“), ob ich Getreide einführe und den Zoll einhebe, das Getreide im Inland vermähle. (H a r t l e b: „Das hat Ihr Herr Kollege G s f ö l l e r vor ein paar Tagen behauptet, daß das ein Unsinn ist!“) Das ist nicht richtig. Er sagte nur, wenn Getreidezölle, dann muß im Interesse der Mühlenindustrie der Zoll für Mehl ein höherer sein. Der erhöhte Preis, den der Zoll beim Getreide zur Folge hat, ist auch bestimmend für den Preis des Mehles und der Kleie im Inland. Es würde also auch der Preis für Futtermittel ganz bedeutend erhöht werden, womit Sie auch jene Landwirte treffen würden, und das ist der überwiegende Teil in den Alpengebieten, die ausschließlich Viehwirtschaft und Viehzucht betreiben. Wir sind der Auffassung, daß gerade die Landwirtschaft durch die Einführung des Getreidezolles keine, wie immer gartete Vorteile genießt, sondern daß die Landwirtschaft dadurch sehr hart getroffen wird.

Aus diesem Grunde allein, nur um die Landwirtschaft gegenüber der Konkurrenz des Auslandes zu schützen, wäre es gut, wenn wir uns den Antrag K a n i s, den dieser im Jahre 1894 im deutschen Reichstage stellte, auf den unser Genosse Dr. Bauer in einem Artikel des „Kampf“ verwies, zu eigen machen würden. Die Landwirtschaft hätte davon nur Vorteile. Denn wenn wir mit Hilfe eines zu schaffenden Getreideein- und -verkaufsmonopols aus dem Auslande das billigere Getreide einführen und nur das gesamte Getreide um den Teil des Preises erhöhen würden, den wir dadurch den Landwirten im Inlande garantieren, um existieren zu können, dann würde sich der gesamte Preis des Getreides vielleicht nur um ein Viertel des geplanten Zolles erhöhen. Damit würde der gesamten Landwirtschaft gedient sein. Nicht nur jenen Landwirten, die für ihren eigenen Bedarf Getreide und Brot kaufen müssen, sondern auch jenen, die

ausschließlich Viehzüchter sind und zur Förderung der Viehzucht Getreide oder Kleie unbedingt brauchen. Ich möchte Ihnen vorlesen, was darüber unser Genosse Dr. B a u e r geschrieben hat. Er sagt in seinem Kampfsartikel (liest):

„Wir wollen den heimischen Getreidebauern erhalten. Aber wir wollen ihn erhalten mit möglichst geringen Opfern des Konsums. Die Zölle sind kein rationelles Mittel zu seiner Erhaltung, weil sie dem Konsum unnötige Opfer, weil sie ihm in jedem Falle Opfer über das nötige Ausmaß hinaus auflegen. Nur die Monopolisierung der Getreideeinfuhr bietet die Möglichkeit, die Erhaltung des heimischen Getreidebauers mit dem jeweils erreichbaren Minimum an Opfern des Konsums zu ermöglichen. Überdies bietet die Monopolisierung der Getreideeinfuhr auch andere Vorteile. Kein Getreidezoll kann den Inlandspreis des Getreides vom Weltmarktpreis loslösen; er kann ihn immer nur um den Zollbetrag über den jeweiligen Weltmarktpreis halten. Nur die Monopolisierung kann wirklich einen „nationalen“, vom Weltmarktpreis unabhängigen Getreidepreis begründen. Nur sie befreit den Getreidepreis von der Macht der Weltbörsen. Nur sie ermöglicht es, den Getreidepreis möglichst stabil zu halten. Die Stabilität des Preises würde eine sichere Anbaukalkulation ermöglichen, sie würde dadurch die ganze Entwicklung unserer Landwirtschaft fördern. Die Konzentration eines sehr großen Teiles unseres Getreidehandels in den Händen der Monopolanstalt würde es zugleich ermöglichen, die Getreidevertriebsorganisation zu verbessern: die Monopolanstalt könnte ein dichtes Netz von Lagerhäusern schaffen, sie könnte dadurch parasitären Zwischenhandel ausschalten und die Entwicklung des landwirtschaftlichen Kredites fördern. Besonders nützlich wäre die Monopolisierung für die Mühlenindustrie. Wir führen heute sehr große Mengen ausländischen Mehls ein, statt Getreide einzuführen.“ (H a r t l e b: „Sie haben gesagt, es ist gleichgültig!“) Gleichgültig in Bezug auf den Zoll, aber nicht für die Mühlenindustrie, weil natürlich die unter der Einfuhr von Mehl leidet. (H a r t l e b: „Sie haben auch von Futtermitteln gesprochen!“) Für die Preisgestaltung der Futtermittel gilt dasselbe (liest):

„... und es im Inlande zu vermählen. Dadurch geht der heimischen Volkswirtschaft der Mahlohn, geht den Mühlenarbeitern Arbeitsgelegenheit, geht der Landwirtschaft die Kleie verloren. (H a r t l e b: „Das haben Sie schon vor zehn Jahren gesagt!“) Mit den Mitteln der Zollpolitik wäre dies nur durch prohibitiv wirkende Mehlszölle zu verhindern, die die Mehlspreise im Inland empfindlich erhöhen würden. Ist die Getreide- und Mehleinfuhr monopolisiert, dann kann die Monopolanstalt ohne die empfindliche Belastung des Konsums die Mehleinfuhr durch Getreideeinfuhr ersetzen.

Endlich wäre die monopolistische Verfügung über die Getreide- und Mehleinfuhr auch ein handelspolitisches Instrument von großer Bedeutung. Die Monopolanstalt könnte, ohne daß die anderen Staaten dagegen auf Grund der Meistbegünstigungsverträge Einspruch erheben könnten, bei dem Kauf ausländischen Ge-

treides diejenigen Agrarländer bevorzugen, die unserem industriellen Export Zugeständnisse machen."

Aus den Ausführungen unseres Genossen Dr. Otto Bauer ersehen Sie, daß wir mit unseren Absichten, ein Getreidemonopol zu schaffen, auch gewillt sind, der Landwirtschaft ernstlich zu dienen und sie zu fördern, ohne den Viehzüchter und den Getreidebauer auf der einen Seite, die städtische Bevölkerung auf der anderen Seite allzusehr durch Zölle zu belasten. Wenn Abg. Hartleb sagt, das haben wir schon von 10 Jahren gesagt, dann wundere ich mich, daß auch die Bauernkändler in der letzten Generalversammlung der Landwirtschaftsgesellschaft, und zwar Direktor Schneifer auf das alte Mittel des Zolles kamen und es als das einzige empfahl. Ein Beweis nur dafür, daß Sie darüber nicht nachgedacht haben, was wir Ihnen schon vor 10 Jahren sagten. Der Herr Landesrat Winkler war der einzige, der in seinen Ausführungen erklärt hat, es sei gleich, ob mit Zoll oder ohne Zoll der Landwirtschaft geholfen wird. Es ist das erstemal, daß ich einen solchen Ausspruch gehört habe, und ich glaube, dazu, daß dieser Ausspruch getan wurde, hat sehr viel der Artikel unseres Genossen Dr. Otto Bauer beigetragen. Wenn Sie aber das schon vor 10 Jahren gewußt haben, dann hätte der Ausspruch, den Landesrat Winkler gemacht hat, schon viel früher gemacht werden müssen oder man hätte von dieser Auffassung wenigstens einmal in Ihren literarischen Arbeiten gelesen. (Hartleb: „Dann kennen Sie diese nicht!") Es kann ja sein, daß Sie auf diesem Gebiete besser beschlagen sind. Ich habe mir Mühe gegeben, auf agrarischem Gebiete mir einiges Wissen zu verschaffen.

Es ist übrigens besonders charakteristisch, daß in diesem Landtage von der großen Bauernpartei, den Christlichsozialen, diese große wirtschaftliche Frage nicht einmal angeschnitten wurde. Diese wichtige Frage hier im Landtage aufzurollen und zur Diskussion zu stellen, wurde den sogenannten Feinden der Bauern, den Industriearbeitern, den Sozialdemokraten überlassen. Es ist bezeichnend für die Partei der Christlichsozialen, daß ihre führenden Männer viel eher von der Arbitrage oder über den Stand der Valuten und den Spekulationen an der Börse erzählen können, dafür aber als gewählte Bauernvertreter von den wirtschaftlichen Verhältnissen, dem Agrarproblem wenig oder gar nichts verstehen. Wenn Sie davon etwas verstehen, diesen Dingen Aufmerksamkeit und ein klein wenig Interesse entgegenbringen würden, hätte sicher einer dieser Herren Gelegenheit nehmen müssen, um zu dieser so brennenden Frage der Landwirtschaft Stellung zu nehmen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auf einen Ausspruch des Kollegen Hartleb eingehen. Er hat gemeint, daß das, was Dr. Bauer geschrieben hat, nichts Neues ist. Dabei hat er so getan, als ob Doktor Bauer seine Gedanken, die ich hier aus dem „Kampf" vorgelesen habe und einen Vorschlag für unsere Wirtschaftspolitik gegenüber der Landwirtschaft darstellt, gestohlen hätte. Davon kann keine Rede sein. Dr. Bauer führt in seinem Artikel genau an, wer und in welchen Ländern man sich mit dieser Frage bereits beschäftigt hat. Er schreibt darüber (liest):

„Die Schweiz deckt den größeren Teil ihres Getreidebedarfs durch Einfuhr aus dem Ausland. Dort hat man längst schon erkannt, daß die Monopolisierung der Getreide- und Mehleinfuhr das Mittel ist, die heimische Mühlenindustrie mit den geringsten Opfern des Konsums zu erhalten. Schon in den 70iger Jahren haben die Schweizer Sozialdemokraten die Monopolisierung des Getreidehandels gefordert. Robert Seidel — ein Webergeselle, der später Professor an der Universität in Zürich wurde — hat den Gedanken schon 1879 literarisch verfochten. Später hat in der Schweiz besonders die Mühlenindustrie die Monopolisierung verlangt; auch viele Wortführer der Bauernschaft, so vor allem der bekannte Bauernsekretär Laur, haben diese Forderungen unterstützt."

Aus diesen Ausführungen allein ersehen Sie, welches Interesse von jeher die Sozialdemokraten der Agrarfrage entgegenbrachten. Unser Genosse Robert Seidel, der ein Webergeselle war, jetzt Professor in Zürich ist, hat sich schon im Jahre 1879 mit diesem Problem befaßt. (Regner: „Also schon vor dem Hartleb!") Wir haben immer der Landwirtschaft unsere ganze Aufmerksamkeit zugewendet. Wiederholt bildete das Agrarproblem den Mittelpunkt der Diskussionen auf unseren Parteitage. Dr. Otto Bauer schreibt weiter (liest):

„In Deutschland haben die Agrarier in der Zeit des Sinkens der Getreidepreise die Monopolisierung der Getreideeinfuhr gefordert: Antrag des Grafen Kanitz 1894 im deutschen Reichstag. Was in Deutschland die Agrarier, forderten in Frankreich die Sozialisten: dem Antrag des Grafen Kanitz im deutschen Reichstag war ein Antrag Jaurès in der französischen Kammer vorausgegangen."

Der Antrag des Grafen Kanitz ist, wie wir jetzt sehen, nicht seinem Kopfe entsprungen. Es waren Sozialdemokraten, die zuerst den Gedanken des Getreidemonopols vertraten: in der Schweiz Robert Seidel, in Frankreich Jaurès.

(liest): „In England ist der Gedanke der Monopolisierung der Getreideeinfuhr viel später aufgetaucht; erst im letzten Jahre wurde er in den Reihen der unabhängigen Arbeiterpartei erörtert. In Österreich hat am Anfang der neunziger Jahre der Müller Till diesen Gedanken verfochten. In den letzten Jahren hat sich Dr. Michael Hainisch, der gegenwärtige Bundespräsident, für ihn eingesetzt." Ich selbst habe ihn 1919 in meiner Broschüre „Der Weg zum Sozialismus" vertreten.

Aus allen diesen Ausführungen ist nur das ernstliche Bestreben unserer Partei zu erkennen, die Frage der Getreideeinfuhr zum Wohle der gesamten Bevölkerung zu lösen. Wir stimmen auch dem Ausspruche des Landesrates Winkler zu, wenn er sagt, daß es ihm gleichgültig ist, auf welche Weise wirksam der Landwirtschaft gedient wird. Wir Sozialdemokraten haben dazu den Weg gezeigt. Es ist daher unverstänlich, wie Abg. Hartleb über meine Ausführungen in Bezug auf Dr. Bauer so heftig werden konnte und scheint er unsere bessere Einsicht für die Bedürfnisse der Landwirtschaft zu fürchten. (Hartleb: „Sie haben falsche Ziffern gebracht!") Es kommt hier wirklich nicht genau

auf die Ziffern an, es hat keine besondere Bedeutung, ob wir nur die Hälfte oder zwei Drittel der notwendigen Getreidemengen aus dem Auslande einführen, sondern auf die Methode, wie wir der Landwirtschaft innerhalb der Republik förderlich sein können, ohne die städtische Bevölkerung zu benachteiligen.

Nun möchte ich mich zu einem anderen Ausspruche des Abg. Hartleb wenden. Er hat bei seinen Ausführungen in dieselbe Kerbe gehauen, wie die Herren da drüben, die hier Versammlungsreden gehalten haben, die sich durch nichts von den Versammlungsreden unterscheiden, die sie sonst bei ihren Leuten halten. (Regner: „In der Ostfeiermark!“) Der Herr Kollege Hartleb hat während seiner Ausführungen erklärt, daß wir den Großgrundbesitz enteignen wollen. Und haben wir dieses Ziel erreicht, ist der Großgrundbesitz enteignet, so kommen dann die Kleinen daran. Ich muß immer lachen, wenn ich solchen Unsinn höre. Muß ich mich doch fragen, ob der Herr, der so etwas ausspricht, auch nur eine Minute darüber ernstlich nachgedacht hat. Sicherlich hat es der Abg. Hartleb ganz ernst damit gemeint und deshalb beschäftige ich mich mit dieser Frage. Wie war es nach dem Umsturze? Uns wird immer der demagogische Vorwurf gemacht, daß wir für die Aufhebung des Eigentums an Grund und Boden sind. Kommen wir in eine Versammlung zu den Bauern, wo uns ein Bauernbündler oder ein Christlichsozialer entgegentritt, dann hat jeder solcher Redner einen Sack Zeitungsausschnitte mit, aus denen er Aussprüche unserer Genossen vorliest, die diese in den 70er und 80er Jahren gemacht haben, womit sie den Nachweis erbringen wollen, daß wir die Bauern enteignen und dem Staat das Eigentum an Grund und Boden zusprechen wollen. Alle, die sich mit diesen Dingen beschäftigen, wissen, daß die Frage des Grundmonopols nicht neu ist, nicht erst aufgetreten ist, als die Sozialdemokratie in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts politisch in die Erscheinung trat. Die Frage des Grundmonopols hat die Nationalökonomien, vor allem in England, schon vor 150 Jahren und mehr beschäftigt. Sie kamen zu dieser Frage beim Studium der Volkswirtschaft überhaupt und der Ernährung der Bevölkerung im besonderen. Der Grund und Boden ist nur einmal vorhanden und ist nicht vermehrbar. Die Bevölkerung hat nicht nur ein Interesse, zu wissen, wie dieser Boden bebaut und was gebaut wird, sondern die Bevölkerung hat dazu ein Recht. Diese Frage muß sich jeder vorlegen, der sich in den gesetzgebenden Körperschaften betätigt. Wenn der Boden wenig Nahrungsmittel hervorbringt, wird die gesamte Bevölkerung darunter leiden. Aus diesem Grunde haben sich alle hervorragenden Nationalökonomien vor 150 und mehr Jahren damit beschäftigt und mußten sich die Frage vorlegen, ob nicht Grund und Boden dem Staate allein gehören soll, der darüber zu wachen hat, daß der Grund und Boden entsprechend bebaut wird, damit der gesamten Bevölkerung aus den Erträgen des Grund und Bodens auch die notwendigen Nahrungsmittel gesichert werden. Diese Frage war vor 150 und mehr Jahren viel brennender als jetzt, weil es damals nicht die großartigen Transportmittel gegeben hat, mit denen die Menschen jetzt

ausgerüstet sind. Diese Frage war vor allem in England brennend und haben sich auch in England die Staatsmänner und Gelehrten zuerst damit beschäftigt. Damals waren die Menschen auf die Erträge des Grund und Bodens in ihrer nächsten Umgebung angewiesen, da es technisch unmöglich war, aus weiten Entfernungen mit Erfolg Lebensmittel herbeizuschaffen. Wenn der Boden schlecht bebaut wurde, die Erträge sehr gering waren, dann war die Gefahr nahegerückt, daß die Bevölkerung unter der Hungernot zugrunde ging. Es war eben nicht möglich, aus den landwirtschaftlichen Überschußgebieten, die es im heutigen Sinne nicht gab, Lebensmittel einzuführen, um damit das Manko zu decken. Aus diesen und anderen Gründen haben auch wir Sozialdemokraten uns immer mit der Frage beschäftigt, wem soll der Grund gehören, wer soll darüber wachen, daß er ordentlich bebaut wird. Aber ebenso wichtig für uns ist die Frage, ob der Grund Privateigentum oder dem Staate, das ist die Gesamtheit der Bevölkerung, gehören soll.

Nach dem Kriege aber sehen wir plötzlich, daß sich Leute für die Enteignung des Großgrundbesitzes interessiert haben, die bisher immer wieder das Eigentum für heilig erklärten und die heute auch wieder dasselbe tun. Sie sind wieder solche Eigentumsfanatiker geworden, daß sie am liebsten jeden verdächtigen Gendarm zum Teufel jagen möchten, weil sie fürchten, daß der Gendarm dem Arbeiter helfen würde, dem Stifte Aldmont oder irgend einem Großgrundbesitzer den Boden wegzunehmen. Ich kann mich sehr gut erinnern, daß nach dem Umsturze das „Grazer Volksblatt“ ernstlich dafür eingetreten ist, daß der Großgrundbesitz unter die Kleinbauern aufgeteilt werde. Sogar Anträge wurden in der Nationalversammlung von den Christlichsozialen gestellt, um so den Bauern zu zeigen, daß es ihnen damit ernst ist. Ich bin damals im Bezirke Spielfeld mit zwei Versammlungen abgebrannt und habe deshalb den Versammlungen des Herrn Doktor Alhrer, der das erstemal als Kandidat aufgetreten ist, und des Herrn Christian Fischer beigewohnt. Ich war erstaunt, zu hören, wie beide Herren den Bauern erzählten, daß natürlich ernstlich darangegangen werden müsse, den Großgrundbesitz, auch den der Klöster, unter die Bauern aufzuteilen. Eine andere Möglichkeit, dem Bauern zu helfen, dem Bauern zu geben, was ihm gebührt, gab es damals für die Christlichsozialen, für Alhrer und Fischer, nicht. Heute kommen dieselben Herren und erzählen denselben Bauern in jeder Versammlung, daß die Sozi teilen wollen, glauben damit den Bauern Angst vor den Sozi machen zu müssen. Nach dem Umsturze haben sie noch mehr teilen wollen wir wir, haben uns im Teilen überall überbieten, nur um Wähler zu gewinnen. Heute überbieten sie uns nicht mehr, heute stellen sie uns überall als den Wolf im Schafspelze hin, die den Bauern so gefährlich sind. Heute erzählen sie immer wieder in allen Versammlungen als ihr einziges Zugmittel, daß wir nicht nur dem Großgrundbesitz, sondern auch den Kleinbauern den Grund und Boden wegnehmen wollen. Weil sie wissen, daß der Landwirt draußen an seinem Boden hängt, er von der Geschichte dieser Frage und ihren Wandlungen keine Ahnung hat, so sehen sie ihre Auf-

gabe darin, mit demagogischen Redensarten Mißfrauen zu säen, worauf allein sich ihr Wahlerfolg aufbaut. Aber wenn der Bauer einmal zu denken anfängt und die Politik im Lande und im Bunde besser verfolgt, dann wird er bald auf ihre Demagogie kommen.

Es ist ganz merkwürdig, daß diese Herren da drüben, die sich ernstlich mit dieser Frage nie beschäftigt haben, den Mut haben, sich als Bauernretter aufzuspielen, während die Sozialdemokratie ihnen als Bauernschreck dienen muß. Aber noch merkwürdiger erscheint es, wenn der Herr Kollege Hartleb hier im Landtage dieselbe Walze einlegt. Ich will nicht davon sprechen, ob wir den Großgrundbesitz aufteilen wollen oder nicht, ich will nicht untersuchen, ob der Staat oder die gesamte Bevölkerung ein Interesse daran hat, daß der Großgrundbesitz an Wald und Weide ganz einfach zerstückelt und der Besitz unter den Bauern verteilt werden soll. Ich will mich nicht darauf einlassen, welche Nachteile daraus der Gesamtheit erwachsen oder welche Vorteile der einzelne davon hätte. Wir haben nur das Interesse, wie mein Parteigenosse, der Herr Abg. Gsöllner, schon ausgeführt hat, daß die Weiden, die Almen, die jetzt nutzlos im Sommer vertrocknen, zur Weide- und Almwirtschaft der Gesamtheit der Bauern freigestellt werden.

Nun hat aber der Herr Abg. Hartleb gesagt, daß wir auch die Kleinbauern enteignen wollen. (Hartleb: „Das habe ich gar nicht gesagt!“ — Wallisch: „Er schämt sich seiner eigenen Worte!“ — Aufst: „Ist gut, wenn er noch ein Schamgefühl hat!“ — Hartleb: „Jedenfalls mehr wie Sie!“ — Ruschak: „Er übertrifft Bismarck in der Vernichtung der Sozialdemokratie!“) Ja, Sie haben gesagt: „Zuerst kommen die Großen, dann kommen die Kleinen dran!“ Wir wissen, daß durch die Steigerung der Kultur in den Städten und durch den Ausbau der sozialpolitischen Maßnahmen der Zuzug der Landbevölkerung in den Städten immer größer wird und daß die Stadt die Sonne ist, nach der die Schmetterlinge von auswärts immer zuflattern, dadurch kommt die Landwirtschaft in eine gewisse Bedrängnis. Aber nicht nur die arbeitenden Schichten am Lande, die Knechte und Mägde, sondern auch die Söhne und die Töchter der Landwirte richten ihren Blick nach der Stadt. Und es ist nichts Unbekanntes, daß auch die Landwirte selbst ihre Kinder lieber in der Stadt erziehen lassen, als ihnen ein größeres Interesse an der Landwirtschaft beizubringen. Nun frage ich Sie, was wir mit dem Grund und Boden machen sollten, den wir den Kleinbauern da draußen am Lande wegnehmen? Wenn wir es einmal so weit gebracht haben, daß wir eine solche Enteignung durchführen können, dann sind auch die sozialen und politischen Verhältnisse ganz anders, sind auch die Menschen mit ihrem Denken nicht mehr zu vergleichen mit den Menschen von heute. Wenn sich auch die sozialen und politischen Verhältnisse umgeändert haben werden, so werden die Menschen immer noch ein Interesse daran haben, daß ihnen die Landwirtschaft alle zum Leben notwendigen Nahrungsmittel liefert. Und was glauben Sie, wenn wir den Bauern und Landwirten den Grund und Boden wirklich wegnehmen, was sollen wir damit machen? Im Streichholzschacherl

können wir ihn nicht in die Stadt tragen. (Winkler: „Genossenschaftlich bewirtschaften!“) Darüber werden wir auch noch zu sprechen kommen. Was werden wir also damit machen? Wir können den Boden nicht wegtragen, wir müssen den Boden draußen am Lande lassen. Da draußen, wo er ist, muß er im Interesse der Gesamtbevölkerung auch bewirtschaftet werden. Wenn wir den Boden dem Bauern wegnehmen, dann können wir nicht zum Bauern sagen, jetzt komm mit deiner Familie in die Stadt und wir stellen dich an die Sechsmaschine, den Buchdrucker schicken wir dafür auf das Land, damit er den freigewordenen Boden bebaut. Glauben Sie, daß jemals in der Zukunft ein Mensch oder eine Gesellschaftsschicht so dumm sein wird, um so zu handeln. Ich verstehe nicht, wieso der Herr Kollege Hartleb auf den Gedanken kommt, daß, wenn wir von der Expropriierung sprechen, wir an die Kleinbauern denken. Sie haben erklärt, wenn wir die Großen enteignet haben, dann kommt der Kleine daran. (Hartleb: „Das habe ich mit keinem Worte gesprochen!“) Ich habe kein Interesse, Ihnen etwas zu unterschieben.

Nun hat der Herr Landesrat Winkler den Zwischenruf gemacht, daß wir den Grund genossenschaftlich bewirtschaften wollen. Ist eine solche Bewirtschaftung des Grundes für den Bauern so gefährlich? Ich weiß, wenn die Frage unter der Bauernschaft einer gründlichen Betrachtung unterzogen wird, daß die Bauernschaft in ihrer Gesamtheit davon nicht abgeneigt sein wird. (Zwischenruf: „Sicher!“) Untersuchen wir einmal die Frage. Wie war die wirtschaftliche Lage der Bauern vor dem Kriege und wie ist sie heute wieder? Wir wissen alle, daß vor dem Kriege alljährlich Hunderte von Bauernwirtschaften verschuldeten, nicht existieren konnten, deshalb die Wirtschaft verkaufen mußten oder unter den Hammer kamen. Gerade in den Alpengegenden gingen die Bauernwirtschaften in Massen zugrunde und wurden von kapitalstarken Leuten, Adligen, aufgekauft, die aus dem Bauernland ein Jagdgebiet machten. (Zwischenrufe.) Das erzählen Sie uns nicht, das wissen wir aus der Geschichte. Es ist uns ja auch nach dem Umsturze wiederholt erklärt worden, daß die Landwirte nicht mehr in der Lage sind, Ersparnisse zu machen, Gelder in der Raiffeisenkasse einzulegen, daß, umgekehrt, die Behebungen zunehmen und damit gleichzeitig mit jedem Tage die Verschuldung der Landwirtschaft. Und wenn wir hinausgehen und uns bei den Landwirten etwas umsehen, dann finden wir, daß bei vielen Gebäuden das Dach, der Stall und die Scheune zerlempert sind. Alles soll gemacht werden, den Landwirten fehlt jedoch das Geld. Beschaffen sich die Landwirte das dazu notwendige Geld bei irgend einer Bank, dann müssen sie dafür einen für sie unerschwinglichen Zins bezahlen. Nimmt ein Landwirt 20 Millionen auf, um diese Schäden zu beseitigen, dann muß er hierfür jährlich 4 bis 6 Millionen Kronen Zinsen bezahlen, die zu bezahlen die Mehrheit der Landwirte nicht in der Lage ist. Da fragen wir uns, welcher Situation geht unsere Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit entgegen? Sehen Sie, diese Situation ist katastrophal und die Folge davon ist (Winkler: „Eine Agrarkrise in Europa!“), ja, daß wir einer

Agrarkrise entgegengehen, als Folge des Kapitalismus. Wir können uns aber nicht, weil diese Agrarkrise auch in Rußland, Argentinien, Amerika und England besteht, mit dieser beschäftigen, sondern ich will mich mit der Krise in Steiermark beschäftigen. Herr Landesrat Winkler sagt, die Verhältnisse für die Landwirte seien katastrophal, seien zum Zusammenbrechen, das heißt wenn die Zustände wie vor dem Kriege in der Landwirtschaft Platz greifen, im erhöhten Maße die Bauern von Grund und Boden vertrieben werden. Ich will nicht untersuchen, ob die Entwicklung in Österreich wieder wie vor dem Kriege dazu führt, daß der Großgrundbesitz und das Großkapital die Kleinbauern aufkauft. Vielleicht wird das ausländische Kapital die Krise benützen, um große Teile der Alpen ausschließlich zu Jagdgebiete umzugestalten. Die Wirkung für die Bauern und die Landwirtschaft bleibt natürlich dieselbe, es würden dann noch weniger Agrarprodukte erzeugt werden als bisher. Unter diesen Umständen wäre schon ernstlich zu prüfen, ob es da nicht besser wäre, wenn den Bauern durch den Staat der Grund und Boden gesichert würde. Würde der Bauer angesichts dieser harten Tatsache nicht eine genossenschaftliche Bebauung des Grund und Bodens vorziehen, statt den Kapitalisten seinen Grund übergeben zu müssen? Wenn dann der Grund und Boden auch nicht ihm gehört, er und seine Nachfolger aber von demselben nicht vertrieben werden können, wenn sie denselben ordentlich bebauen und ihren Pflichten nachkommen, so wäre dies sicher eine größere Beruhigung für die Landwirte, als täglich mit der Gefahr rechnen zu müssen, gepfändet oder vertrieben zu werden. Ich kann es nicht glauben, daß der Bauer, wenn man ihm diese Dinge ohne demagogische Hintergedanken erzählt, daß er dann diesem Wirtschaftssystem, ganz gleich, wie es dann benannt wird, abgeneigt sein soll. Es ist dies ja nur eine theoretische Erwägung, und wir wissen ja nicht, was in 20, 50 oder 100 Jahren kommt. Wir überlassen die Lösung dieses Problems unseren Nachfolgern. Ich wollte nur eine Antwort auf die geradezu kleinlichen Agitationsreden geben, deren Tenor immer dahin ausklingt, wir wollen die Bauern enteignen. Was wir wollen, ist, die Wirtschaftsprobleme unserer Gesellschaft zum Wohle der Gesamtheit zu lösen, wozu natürlich auch das Agrarproblem gehört. Wir haben den Mut, das offen zu sagen, zu diskutieren und die Bevölkerung auf alle diese Dinge aufmerksam zu machen. Wir sind etwas anders geartet. Und wenn wir auch bestrebt sind, durch unsere Agitation die politische Macht zu erreichen, um die wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber den Kapitalisten zu verbessern, so werden wir uns niemals so weit herablassen und mit jenen kleinlichen demagogischen Argumenten kämpfen, wie Sie sie hier in einigen Reden zum besten gaben.

Gerade in der letzten Woche hat es in Österreich ein Schauspiel gegeben, worunter nicht zuletzt die Landwirte gewaltig zu leiden haben werden. Vor einigen Tagen hat der Frankenstein eingeseht. Das gab in Österreich den Spekulanten Anlaß, in Franken zu spekulieren, um sich neuerlich wieder zu bereichern. Nach kurzer Zeit ist bereits die Frankenspekulation zusammengebrochen, und wir haben mit diesem Zu-

sammenbruche der Frankenspekulation, ich möchte sagen, einen zweiten Krieg durch Frankreich verloren, der für uns nicht minder verlustreich wie der erste war. Dieser zweite verlorene Krieg wird aber schmerzlicher für die österreichische Volkswirtschaft sein, wie der erste. Die Verluste an dieser Frankenspekulation tragen nicht bloß die Spekulanten. Am härtesten wurden dadurch die Arbeiter getroffen, die diese Spekulation zu büßen haben werden. Abgesehen davon, daß die neuen Reichen durch diese Frankenspekulation wieder hinabgestoßen wurden, wird erzählt, daß Bosel bei diesem Zusammenbruche auf der Wiener Börse in der letzten Woche allein 3 Billionen Kronen verloren hat. Wenn nun Bosel allein so viel verloren hat, so kann man sich ungefähr ausrechnen, wie viele Billionen die gesamten Banken, die gesamten Börsenspekulanten in Österreich verloren haben. Welches Geschrei wurde im Jahre 1922 erhoben, als wir Sozialdemokraten der Regierung einen Sanierungsplan vorlegten und erklärten, das Geld, welches Österreich zur Sanierung braucht, das kann im Lande von Seite der Kapitalisten und der Banken mit Leichtigkeit aufgebracht werden. Im österreichischen „Volkswirt“ hat Stolper erklärt, daß er imstande sei, in 10 Minuten ein Duzend Männer zu nennen, die allein diese Summe aufbringen könnten, die Österreich zur Sanierung braucht, ohne dabei Schaden zu leiden. Unserer Anregung wurde nicht gefolgt, dafür haben Prälat Seipel und seine Helfer erklärt, daß wir damit die ganze Wirtschaft Deutschösterreichs zugrunde richten würden und daß wir aus lauter Haß blind für die Interessen der österreichischen Wirtschaft sind. Wenn damals diesen Reichen einiges von ihren Goldadern abgezapft worden wäre, so wären die Verluste der letzten Woche für uns nicht so ungeheure gewesen und könnten nicht so schmerzlich für die österreichische Volkswirtschaft sein. Dazu kommt noch, daß wir einen Zimmernann haben (Rufe: „Sehr richtig!“), der uns vorschreibt, was und wie viel wir ausgeben dürfen, der uns die Kredite für die Industrie vorenthält und damit systematisch unsere Volkswirtschaft abwürgt. Alle diese furchtbaren Hemmungen unserer Volkswirtschaft wären unterblieben, wenn man damals ernstlich zugegriffen und die Reichen und die Großbanken Österreichs etwas ausgeplündert hätte. Zugrundegegangen wären sie deshalb nicht, aber der Verlust, der uns alle jetzt getroffen hat, wäre nicht so groß.

Durch Zufall habe ich heute früh den „Sonntagsboten“ in die Hand genommen, und da sehe ich, daß die Christlichsozialen auch aus diesem Unglücke, das uns getroffen hat, Honig saugen und es in demagogischer Weise gegen uns Sozialdemokraten auszubenten suchen. So unglaublich das klingt, so geben sie an der Frankenspekulation und den damit verbundenen Krach uns Sozialdemokraten die Schuld. Der „Sonntagsbote“ zitiert zuerst einen kleinen Auszug aus der „Arbeiter-Zeitung“ und fährt dann in folgender Weise fort (liest): „So schaut der Kampf gegen die Hochfinanz aus. Damals, in den Zeiten des Umsturzes, waren die Sozialdemokraten an der Herrschaft“ — mit den Christlichsozialen natürlich — „und ihr Führer Dr. Renner Staatskanzler. Gerade unter den Augen der Anti-

kapitalisten wurde unser Volk durch östliche Zuzügler" — Herr Pfarrer Zenz, leider ist Ihr Amtsbruder Dr. Simpl, der Verbündete dieser Zuzügler, nicht hier —, „gerade unter den Augen der Antikapitalisten wurde unser Volk durch östliche Zuzügler (Tausk: „Die Wiener haben die Anständigen aufgenommen und Ihr die Unanständigen!") am schamlosesten ausgeplündert, das neue Großkapital, dessen Lebensretter die Sozialdemokraten waren, wuchs ins Riesige. Wer darum das jüngste Geschrei gegen die Hochfinanz gelesen hat, kann über diese Komödie der roten Demagogen nur lächeln."

Aber diese Komödie der roten Demagogen wird himmelhoch übertroffen durch die Komödie der Demagogen unter der Führung Rintelen, Zenz usw., die dort drüben sitzen. Wir haben wiederholt darauf verwiesen, wie gerade durch Ihre Finanzpolitik das Großkapital und die Banken, dabei auch jene, die aus dem Osten gekommen sind und bei Ihnen eine neue Heimat gefunden haben, zur Börsenspekulation angereizt wurden. (Spak: „Die Börsensteuer hat Doktor Gürkler eingeführt!") Reden Sie nicht darüber, denn das würde zu weit führen und ich müßte noch sechs Stunden sprechen. Dann müßten wir auch die Frage erörtern, warum der Herr Dr. Gürkler gegangen wurde. Gerade an Gürkler könnte man Ihre Politik vordemonstrieren. Weil er damals etwas zu stark zugegriffen hat, deshalb wurde er Ihrer Partei lästig. Die Faust des Herrn Dr. Gürkler ist dann wieder sanft durch die Hand des Herrn Prälaten Seipel geöffnet worden, damit er nicht etwa die Bankspekulanten erdrosselt.

Nun müssen wir uns aber fragen, wer wird die Kosten dieses Wiener Bankenkraches bezahlen? Vielleicht werden die einzelnen sagen: „Das trifft ja nur den Wosel und den Castiglioni; das trifft die Unmenge der anderen jüdischen und christlichen Schieber." Vielleicht haben einzelne aus kurzfristigem Antisemitismus daran ihre Freude, daß diesen Leuten gründlich der Bart geschert wurde. Aber so ist es gar nicht. Denn mit diesen Verlusten ist unsere Volkswirtschaft geschädigt worden, ist ein großer Teil unserer volkswirtschaftlichen Werte in das Ausland gewandert. Diese Verluste drücken sich erstens darin aus, daß die Industrie kein Geld hat, was zur Folge eine gesteigerte Arbeitslosigkeit hat. Das wird wieder zur Folge haben, daß die Handwerker nichts zu tun haben. Aber auch die Landwirtschaft wird einen großen Teil der Kosten des Bankkrahens bezahlen müssen. Mit diesen Verlusten ist auch dem Staate und dem Lande ein großer Teil der Steuern verloren gegangen, werden die Steuererträge in der nächsten Zeit viel spärlicher fließen. Weil aber die Gelder für Staat, Land und Gemeinde aufgebracht werden müssen, um den Haushalt aufrechtzuhalten, wird wieder der größte Teil der Steuern den Arbeitern, Angestellten und den Bauern aufgelastet werden. Also, nicht etwa der Schieber oder der Spekulant trägt die Verluste, sondern in Wirklichkeit und in letzter Linie trägt diese Verluste das gesamte Volk, die gesamte Volkswirtschaft, die darunter in der nächsten Zeit sehr schwer zu leiden haben wird. Daraus ersieht Sie, zu welch ungeheuren schmerzlichen

Folgen diese Börsenspekulation geführt hat, welche Früchte gerade durch die Förderung der Börsenspekulation, durch die Steuerpolitik Seipels ausgereift wurden.

Nun hat der Herr Landesrat Winkler gestern erklärt: „Es ist sicher etwas faul in der Industrie, wenn durch gesteigerte Produktionspreise nun auch die Preise für die Industrieprodukte höhere werden." Aus seinem Ausspruch geht hervor, daß er es nicht verstehen konnte, wieso das möglich ist. Ich habe das bereits im Laufe meiner Ausführungen des näheren erklärt. Aber es ist noch ein anderer Umstand, unter dem die gesamte Produktion der Industrie und der Landwirtschaft schwer leidet. Das sind die hohen Bankzinsen. Die christlichsoziale Regierung hat Einfluß auf die Gestaltung des Bankzinsfußes infolge ihres Einflusses auf die Nationalbank. Unser Parteigenosse Doktor Palla hat als Vertreter der Arbeiterkammer in der Generalversammlung der Nationalbank einen diesbezüglichen Antrag gestellt, daß die Nationalbank auf die Gestaltung des Zinsfußes Einfluß nehmen soll, weil unter der Höhe des Zinsfußes die ganze Industrie und die Landwirtschaft leidet, das ganze Baugewerbe darniederliegen muß. Aber damals, als unser Genosse Dr. Palla in der Generalversammlung der Nationalbank diesen Antrag stellte, da haben die Christlichsozialen gemeinsam mit den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrates diesen Antrag niedergestimmt. Da sehen Sie, daß Sie auf diesem Gebiete gar nichts getan haben, um einigermaßen die wirtschaftliche Lage der Industrie und der Landwirtschaft zu verbessern, damit unser wirtschaftliches Leben einer Gesundung zugeführt wird. Im Gegenteil, Sie zeigten nur Verständnis für die Interessen des Bankkapitals, für die Börsenspekulation.

Nun möchte ich mich mit einem Ausspruche des Kollegen Kandler beschäftigen, der gestern eine große Rede begonnen hat und sehr rasch damit endete. Er hat erklärt, daß einzig und allein durch die Erkenntnis des Herrn Finanzreferenten diese Vorlage über eine Verbrauchssteuer von der christlichsozialen Partei zurückgezogen wurde. Es fällt keiner anderen Partei ein Verdienst zu, dabei mitgeholfen oder mitgewirkt zu haben. Da täuscht sich der Herr Kollege Kandler oder er will nicht gestehen, was er selbst miterlebte. Wir Sozialdemokraten haben, meine Verehrten, im Finanzausschuß erklärt, daß wir mit uns über diese neue Steuerfrage, über die Frage der Getreide- und Mehlssteuer überhaupt nicht reden lassen. Wir haben gar keine weiteren Gründe angegeben, wir haben es für überflüssig gehalten, uns dort in eine besondere Debatte darüber einzulassen. Nützt es doch gar nicht, bei Ihnen viel Erklärungen zu machen, um Sie eines besseren zu belehren. Selbst wenn man mit Engelszungen reden würde, wären alle Bemühungen vergeblich. Wir wußten, und das war für uns maßgebend, daß durch diese Getreide- und Mehlauslage nicht nur die Arbeiter, Angestellten und Kleingewerbetreibenden, also die Leute in den Industriorten überhaupt, sondern auch die Kleinbauern hart betroffen werden. Denn wenn ein jeder für 1 kg Mehl nach den Plänen des Herrn Finanzdechanten Prißing